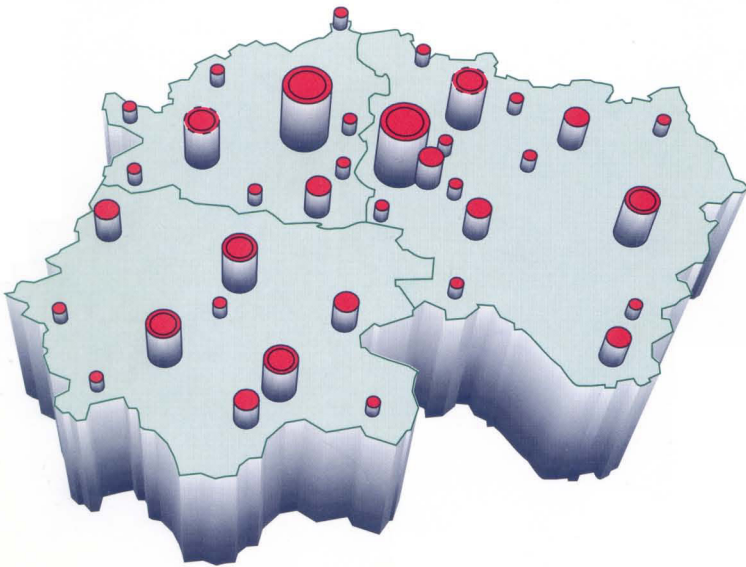




Regionalplan Neckar-Alb 1993

Erratum

Regionalplan 1993

Kapitel 2.6 *Schwerpunkte für Industrie und Dienstleistungen*

Seite 35 Absatz 3,4

Großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächigen Handelsbetriebe für Endverbraucher mit überörtlicher Bedeutung sollen nur in den Kernbereichen und in Sondergebieten der Ober-, Mittel- und Unterzentren ausgewiesen werden.

Die Ausweisungen entsprechender Sondergebiete ist auf solche großflächigen Einzelhandelsbetriebe zu beschränken, die sich aufgrund ihres spezifischen Warenangebots und des damit einhergehenden großen Flächenbedarfs oder hohen Verkehrsaufkommens nicht in die Kernbereiche der Zentralen Orte eingliedern lassen. In den Ober- und Mittelzentren sollen diese Sondergebiete nur in Schwerpunkten für Dienstleistungseinrichtungen ausgewiesen werden. In den Unterzentren sind sie nur in unmittelbarer Anlehnung an die Ortskerne zuzulassen. Die Größe der Verkaufsflächen hat sich am Verflechtungsbereich des jeweiligen Zentralen Ortes zu orientieren.

Vorwort

Seit der Aufstellung des ersten Regionalplans im Jahr 1978 haben in der Region Neckar-Alb erhebliche Veränderungen stattgefunden. Die Bevölkerungszahlen sind gestiegen, damit einher ging eine rapide Zunahme der Siedlungsflächen. Der Ausbau der Infrastruktur wurde vorangebracht. Die Wirtschaft hat sich verändert. Das ehemals dominante Produzierende Gewerbe verlor und verliert noch an Gewicht. Der Wandel zur "Dienstleistungsgesellschaft" verläuft nicht ohne Reibungsverluste, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Schließlich hat in den 80er Jahren der Umweltschutz erheblich an Bedeutung gewonnen.

Damit haben sich auch die Anforderungen an die Regionalplanung gewandelt. Steigende Flächenansprüche (z. B. für Wohnen und Gewerbe, Freizeit, Erholung, Infrastruktur etc.) treffen auf immer zahlreicher werdende Konflikte mit Einzelinteressen und mit den Notwendigkeiten des Schutzes der Naturgüter. Diese Konflikte lassen sich zunehmend schwerer lösen. Die Verfahren werden durch Einsprüche verzögert, häufig werden Gerichte bemüht, wo eigentlich politische Entscheidungen gefordert sind. Um diese Problematik zu entschärfen, ist es notwendig, über die einzelnen Ansprüche hinauszuschauen und strategisch zu planen und zu handeln. Es sind also fach- und gemeindeübergreifende Konzepte als Grundlage für Einzelentscheidungen notwendig. Diese Aufgabe stellte sich für den Regionalverband mit der Erarbeitung des Regionalplans.

Bei der Aufstellung des Regionalplans wurden die Anliegen der Fachbehörden und der Kommunen zusammengebracht. Sie wurden untereinander abgewogen und es wurden Prioritäten gesetzt. Die Abwägung und die Prioritätensetzung orientierten sich an den Problemen vor Ort und an den übergemeindlichen Notwendigkeiten. Die Entscheidungen für die Prioritäten erfolgten in den demokratisch legitimierten Gremien des Regionalverbands. Trotz zum Teil gegensätzlicher Interessen haben die Mitglieder der Verbandsversammlung und des Planungsausschusses des Regionalverbands Neckar-Alb immer versucht, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Sie haben sich nie der Verantwortung entzogen. Dieser Tatsache kommt eine besondere Bedeutung zu, wenn man bedenkt, daß der Regionalplan kein technischer Fachplan ist, sondern ein umfassendes Rahmenkonzept für die Gestaltung der Zukunft der Region, das gemeinsam getragen werden soll.

Unser Dank gilt den Mitgliedern der Gremien des Regionalverbands Neckar-Alb für ihre engagierte Mitarbeit. Wir bedanken uns auch bei den Kommunen und Fachbehörden; sie haben schon zu Beginn der Arbeiten ihre Vorstellungen in den Planungsprozeß eingebracht und sich in den Beteiligungsverfahren intensiv mit den Planentwürfen befaßt.

Im Interesse der hier lebenden Menschen – die zunehmend die Region als ihren Lebens- und Wirtschaftsraum empfinden – wünschen wir, daß dem Regionalplan bei den vielen Einzelentscheidungen, die täglich getroffen werden müssen, die notwendige Beachtung geschenkt wird.



Norbert Roth
Verbandsvorsitzender



Dieter Gust
Verbandsdirektor

Inhalt

Satzung	1
Regionalplan Neckar-Alb vom 30. November 1993	3
1 Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der Region	5
2 Regionale Siedlungsstruktur	9
2.0 Grundsätze zur regionalen Siedlungsstruktur	9
2.1 Zentrale Orte	11
2.1.1 Oberzentrum	12
2.1.2 Mittelzentren	13
2.1.3 Unterzentren	15
2.1.4 Kleinzentren	17
2.2 Entwicklungsachsen	21
2.3 Siedlungsbereiche zur Aufgliederung der Entwicklungsachsen	23
2.4 Richtwerte	26
2.5 Gemeinden mit Beschränkung auf Eigenentwicklung	30
2.6 Schwerpunkte für Industrie und Dienstleistungseinrichtungen	33
3 Regionale Freiraumstruktur	39
3.0 Grundsätze zur regionalen Freiraumstruktur	39
3.0.1 Bodenschutz	40
3.0.2 Klima, Emissions- und Immissionsschutz	42
3.1 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	43
3.2 Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen und Sicherung der Naturgüter	45
3.2.1 Schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege	45
3.2.2 Schutzbedürftige Bereiche für die Landwirtschaft	47
3.2.3 Schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft	49
3.2.4 Schutzbedürftige Bereiche für die Erholung	52
3.2.4.1 Regional bedeutsame Erholungsbereiche und Naherholungsschwerpunkte	52
3.2.4.2 Schwerpunkte der Fremdenverkehrsentwicklung	57
3.2.5 Schutzbedürftige Bereiche für die Wasserwirtschaft	61
3.2.6 Schutzbedürftige Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe	64
3.3 Bereiche zur Sicherung von Wasservorkommen oder von Rohstoffvorkommen	68

4 Bereiche für Trassen und Infrastrukturvorhaben	69
4.0 Grundsätze zur regionalen Infrastruktur	69
4.1 Verkehrswesen	70
4.1.1 Schienen- und kombinierter Verkehr	71
4.1.1.1 Schienenpersonenverkehr	71
4.1.1.2 Schienengüterverkehr/kombinierter Verkehr	74
4.1.2 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	75
4.1.3 Straßenverkehr	77
4.1.4 Nachrichtenverkehr	84
4.2 Energieversorgung	87
4.2.1 Elektrizitätsversorgung	88
4.2.2 Erdgasversorgung	90
4.2.3 Kraft-Wärme-Kopplung	90
4.2.4 Erneuerbare Energien	91
4.2.4.1 Wasserkraftnutzung	91
4.2.4.2 Solarenergienutzung	92
4.2.4.3 Windkraftnutzung	92
4.2.4.4 Stroh-, Restholz- und Schwachholznutzung	93
4.2.4.5 Erdwärmennutzung	93
4.3 Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft	94
4.3.1 Wasserwirtschaft	94
4.3.2 Abfallwirtschaft	94
Genehmigung	97

Raumnutzungskarte

Strukturkarte

Satzung

Satzung über die Feststellung des Regionalplans Neckar-Alb vom 30. November 1993

Die Verbandsversammlung hat am 30. November 1993 aufgrund von § 9 Abs. 6 des Landesplanungsgesetzes (LplG) in der Fassung vom 8. April 1992 (GBl. S. 229) folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Der Regionalplan Neckar-Alb - bestehend aus Text- und Kartenteil (Anlage zu dieser Satzung) - wird festgestellt.

§ 2

(1) Diese Satzung tritt mit Ablauf der öffentlichen Auslegung in Kraft. Die Grundsätze und Ziele des genehmigten Regionalplans Neckar-Alb werden damit verbindlich (§ 10 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1 bis 4 LplG).

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Feststellung des Regionalplans vom 5. Dezember 1978 außer Kraft.

Mössingen, den 16. August 1995

gez. Norbert Roth
Verbandsvorsitzender

Regionalplan Neckar-Alb vom 30. November 1993

Der Regionalplan wurde durch Satzungsbeschluß der Verbandsversammlung vom 30. November 1993 festgestellt.

Die Grundsätze und Ziele des Regionalplans wurden vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde) durch Genehmigung vom 28. September 1994 für verbindlich erklärt. Die Genehmigung wurde am 21. Juli 1995 geändert.

Die Satzung, der Textteil des Regionalplans und die Genehmigung wurden im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg vom 18. September 1995, Beilage zu Nr. 73/74, öffentlich bekanntgemacht.

Der Text- und Kartenteil des Regionalplans, die Satzung und die Genehmigung wurden beim Regionalverband Neckar-Alb sowie beim Regierungspräsidium Tübingen (Höhere Raumordnungsbehörde) vom 26. September 1995 bis 25. Oktober 1995 öffentlich ausgelegt.

Der Regionalplan wurde am 26. Oktober 1995 verbindlich.

Die Ziele "Z" sind von den Behörden des Bundes, des Landes, den Kreisen, den Nachbarschaftsverbänden, den Verwaltungsgemeinschaften, den Gemeinden und den sonstigen öffentlichen Planungsträgern bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten.

Die Grundsätze "G" sind von den öffentlichen Planungsträgern im Rahmen des ihnen zustehenden Ermessens bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen gegeneinander und untereinander abzuwägen.

Mit den regionalplanerischen Vorschlägen "V" sollen sich die öffentlichen Planungsträger bei ihren Planungen und Maßnahmen auseinandersetzen.

Als nachrichtliche Übernahme "N" sind verbindliche Festlegungen oder hinreichend konkretisierte Planungen anderer Planungsträger dargestellt, soweit es für die räumliche Ordnung und Entwicklung der Region erforderlich ist.

Die von der Verbindlichkeit ausgenommenen Ziele "Z" und Grundsätze "G" sind durch Kursivdruck im Textteil sowie durch Hinweise in eckigen Klammern in der Legende der Raumnutzungskarte und der Strukturkarte gekennzeichnet.

Die Ausnahmen von der Verbindlichkeit werden formalrechtlich begründet; der regionalplanerische Wille bleibt erhalten.

Die räumliche Entwicklung der Region Neckar-Alb ist gekennzeichnet durch

- die Nähe zum Ballungsraum Stuttgart und die davon ausgehenden Impulse und Belastungsfaktoren im nördlichen Teil der Region,
- die Eigendynamik des zum Verdichtungsraum Stuttgart gehörenden Raums Reutlingen/Tübingen,
- die Ausstrahlung des Verdichtungsraums auf die Gemeinden seiner Randzone,
- den Strukturwandel der ehemals einseitig auf die Textilindustrie ausgerichteten Wirtschaft, insbesondere im Verdichtungsgebiet Albstadt/Balingen/Hechingen,
- die Umstrukturierung der Landwirtschaft, vornehmlich in den südlichen Teilen des ländlichen Raums.

Daraus ergeben sich Überlastungserscheinungen in den nördlichen Teilräumen der Region einerseits, die Gefahr des Zurückbleibens der südlichen Teilräume bei der Infrastrukturausstattung und bei der Wirtschaftsentwicklung andererseits. Die bisherigen Anstrengungen konnten diese Probleme nur zum Teil abschwächen. Veränderungen zeichnen sich z. B. durch den europäischen Binnenmarkt, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Öffnung der Grenzen nach Osteuropa ab. Damit sind neue Impulse, aber auch ein verstärkter Wettbewerb für die Region Neckar-Alb und ihre Teilräume verbunden. Darüber hinaus verstärken die zunehmenden Umweltbelastungen die Notwendigkeit zur Sicherung der Naturgüter.

Als Ordnungs- und Entwicklungskonzept soll der Regionalplan dazu beitragen,

- die negativen Tendenzen aufzufangen sowie
- die Qualität und Leistungsfähigkeit der Region Neckar-Alb als Lebens- und Wirtschaftsraum zu sichern und zu stärken

- G Die Standortgunst und die Leistungsfähigkeit der Region Neckar-Alb als Lebens- und Wirtschaftsraum sollen erhalten und, soweit erforderlich, verbessert werden.
- G Den wachsenden Flächenansprüchen sowie der Sicherung der Naturgüter und der Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen ist Rechnung zu tragen. Dabei sollen die Funktionen Wohnen, Arbeiten und Erholen einander so zugeordnet werden, daß aufwendige Verkehre vermieden werden.
- G In den verdichteten Teilräumen der Region Neckar-Alb ist den Überlastungserscheinungen entgegenzuwirken durch
 - weitere Verdichtung und Konzentration der flächenbeanspruchenden baulichen Maßnahmen,
 - weitere Bündelung der Infrastruktur,
 - Erhalt zusammenhängender Freiräume,
 - Ausbau umweltschonender Techniken.
- G In den ländlichen Teilräumen der Region Neckar-Alb sind die Voraussetzungen für regions-spezifische Veränderungen der Wirtschaft und für den Erhalt der Einkommensmöglichkeiten der Bevölkerung zu verbessern, insbesondere durch
 - Konzentration und Ausbau der Dienstleistungseinrichtungen,
 - Schaffung von Schwerpunkten für die gewerbliche Entwicklung,
 - Ausbau und Bündelung der technischen Infrastruktur,

- Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten incl. der Verkehrsanbindung,
- Sicherung der Grundlagen für eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft,
- großräumige Sicherung der Naturgüter.

G Dazu sind die Belange der Siedlungstätigkeit, der Freiraumsicherung und der Infrastruktur miteinander und untereinander abzustimmen.

Diese Grundsätze werden ausgestaltet durch

- das System der Zentralen Orte und Achsen (vgl. Kap. 2.1 und 2.2.),
- die Siedlungsbereiche, die Richtwerte und die Beschränkung der Siedlungstätigkeit auf Eigenentwicklung (vgl. Kap. 2.3 bis 2.5),
- die Schwerpunkte für Industrie und Dienstleistungseinrichtungen (vgl. Kap. 2.6),
- die Festlegungen zur regionalen Freiraumstruktur und zur Sicherung der Naturgüter (vgl. Kap. 3),
- die Festlegungen für Trassen und Infrastrukturvorhaben (vgl. Kap. 4).

Die Umsetzung dieser Grundsätze soll in der Bauleitplanung, in den Fachplanungen und bei Investitions- bzw. Genehmigungsentscheidungen für Einzelmaßnahmen erfolgen.

V Zur Unterstützung der regionalen Aktivitäten ist eine stärkere Abstimmung der raumbedeutsamen Ausbau- und Förderprogramme der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Baden-Württemberg auf das Siedlungs- und Infrastrukturkonzept des Regionalplans Neckar-Alb vorzunehmen. Dies gilt insbesondere für

- das Strukturprogramm Ländlicher Raum (Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Baden-Württemberg),
- das Dorfentwicklungsprogramm (Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Baden-Württemberg),
- die einzelbetriebliche Regionalförderung des Landes (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg),
- das Landeswohnungsbauprogramm (Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg),
- die Regionalprogramme der Landeskreditbank,
- die Ausbaupläne für die Verkehrsinfrastruktur (Bundesministerium für Verkehr und Verkehrsministerium Baden-Württemberg),
- die Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz,
- die Ausbauprogramme für die Neuen Medien (Deutsche Telekom).

V In diesem Zusammenhang wird eine Überprüfung der Strukturräume nach dem Landesentwicklungsplan vorgeschlagen.

Begründung

Seit der Aufstellung des Regionalplans 1978 hat der Regionalverband Neckar-Alb anhand von Einzeluntersuchungen, Berichten und Gutachten kontinuierlich Informationen gesammelt, Grundlagen ergänzt und Veränderungen analysiert. Es handelt sich dabei um Untersuchungen zur Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur, zur technischen und sozialen Infrastruktur (incl. Verkehr und Energie), zum Siedlungswesen und zur Freiraumstruktur (Ressourcenschutz). Letztere fanden ihren Niederschlag im 1989 verabschiedeten Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb.

Bei diesen Arbeiten traten folgende Kernprobleme und Entwicklungspotentiale zum Vorschein:

Die Nähe zum Ballungsraum Mittlerer Neckar mit der Landeshauptstadt Stuttgart beeinflusst in zunehmendem Maß den nördlichen Teil der Region Neckar-Alb, der identisch ist mit dem Verdichtungsraum um das Oberzentrum Reutlingen/Tübingen. Trotz der bis etwa Mitte der 80er Jahre allgemein in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Baden-Württemberg erkennbaren Stagnation im Bevölkerungswachstum (vgl. Tab. 1.1) und des in Teilräumen feststellbaren Bevölkerungsrückgangs stieg die Einwohnerzahl in der Region Neckar-Alb insgesamt an, vor allem im Raum Reutlingen/Tübingen (vgl. Strukturbericht Neckar-Alb 1987, Bevölkerungsbericht Neckar-Alb 1987).

Tabelle 1.1: Veränderung der Einwohnerzahl (in %)

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Baden-Württemberg	Region Neckar-Alb	darin		
				Verdichtungsraum (VR)	Randzone um den VR	Ländlicher Raum
1975 - 1980	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,4	+ 5,5	+ 0,2
1980 - 1985	- 1,1	+ 0,1	+ 1,3	+ 2,2	+ 4,1	- 1,2
1985 - 1989	+ 2,7	+ 3,8	+ 4,7	+ 4,3	+ 6,7	+ 4,0

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

Die Ursachen dafür lagen in den Überlastungserscheinungen im Ballungsraum Stuttgart und den dort damit verbundenen Abwanderungstendenzen. Hinzu kam die Attraktivität der Universität Tübingen und der Fachhochschulen in Reutlingen, die aus dem gesamten Land Baden-Württemberg, insbesondere auch aus den ländlichen Teilräumen der Region Neckar-Alb, Bevölkerung anzog. Der Bevölkerungsdruck setzte sich auf die Gemeinden in der Randzone des Verdichtungsraums fort. Mit der Öffnung der Grenzen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten kam es zu einem weiteren Bevölkerungsschub, der sich nach Aussagen des Statistischen Landesamts bis zum Jahr 2000 noch fortsetzen wird.

Ähnliche Tendenzen sind im Bereich der gewerblichen Wirtschaft zu erkennen. Die verbesserte verkehrsmäßige Erschließung durch die Bundesstraße B 27 und die Bundesautobahn A 81, verbunden mit Problemen der Flächenverfügbarkeit im Ballungsraum Stuttgart, führen seit Mitte der 80er Jahre zu einem sich stetig verstärkenden Wachstum im verdichteten Raum Reutlingen/Tübingen und in seiner Randzone (vgl. Tab. 1.2 und Strukturbericht Neckar-Alb 1987).

Tabelle 1.2: Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer (in %)

Zeitraum	Baden-Württemberg	Region Neckar-Alb	darin		
			Verdichtungsraum (VR)	Randzone um den VR	Ländlicher Raum
1980 - 1985	- 2,6	- 2,2	- 2,2	+ 1,1	- 3,3
1985 - 1989	+ 9,3	+ 5,8	+ 8,7	+ 6,1	+ 2,3

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

Der Strukturwandel der in der gesamten Region vorherrschenden Textilindustrie mit dem teilweise an sie gekoppelten Maschinenbau konnte somit im Verdichtungsraum Reutlingen/Tübingen rascher und effektiver

vollzogen werden als im Verdichtungsraum Albstadt/Balingen/Hechingen und in den übrigen ländlichen Teilräumen der Region. Hier überwogen bis Mitte der 80er Jahre Abwanderungstendenzen der Bevölkerung und Rückgang der Arbeitsplätze (vgl. Forschungsbericht zum Umzugsverhalten am Beispiel der Region Neckar-Alb 1985, Bevölkerungsbericht Neckar-Alb 1987 und Strukturbericht Neckar-Alb 1987). Es ist andererseits unverkennbar, daß der Verdichtungsraum um das Oberzentrum Reutlingen/Tübingen immer weiter in das Umland hinausgreift. Eine Neuabgrenzung der Strukturräume nach dem Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983 (Verdichtungsraum, Randzone um den Verdichtungsraum, Ländlicher Raum und Verdichtungsraum im ländlichen Raum; vgl. Strukturkarte) erscheint deshalb notwendig.

Die o. g. Untersuchungen des Regionalverbands bestätigen die daraus resultierenden Probleme:

- Zunehmende Überlastungserscheinungen im Verdichtungsraum Reutlingen/Tübingen und in einigen Gemeinden der Randzone; sie dokumentieren sich in einer intensiven Flächeninanspruchnahme, Flächenverknappung, Verkehrsbelastung der Städte und Gemeinden sowie in den damit einhergehenden Belastungen der natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Luft, Flora, Fauna) und der Landschaft. Die Umnutzung freiwerdender militärischer Liegenschaften konnte in Teilbereichen zu einer Entlastung auf dem Wohnungsmarkt und einer teilweisen Entspannung hinsichtlich der Bauflächenknappheit beitragen. Der Siedlungsdruck ist jedoch weiterhin ungebrochen.
- Gefahren für die infrastrukturelle Versorgung im ländlichen Raum durch Abwanderung vor allem jüngerer Bevölkerungsteile sowie Funktionsverlust der Städte und Gemeinden; beides könnte wiederum die Abwanderungstendenzen verstärken, da ein Ausgleich weder bei der infrastrukturellen Versorgung noch bei den Arbeitsplätzen in Pendelentfernung möglich ist.

Die innerregionalen Ungleichgewichte bergen somit die Gefahr der Minderung der Standortqualitäten für Wohnen und Gewerbe in sich, und zwar wegen der

- Überbeanspruchung der Ressourcen im Verdichtungsraum,
- fehlenden Tragfähigkeit für eine leistungsfähige technische und soziale Infrastruktur im ländlichen Raum.

Grundlage eines regionalen Ordnungs- und Entwicklungskonzepts muß deshalb eine Betrachtung der Region als Funktionsraum sein, innerhalb dessen ein Ausgleich von Nutzungsansprüchen unter Berücksichtigung der Tragfähigkeit der natürlichen Ressourcen und der regionsspezifischen Entwicklungspotentiale stattfinden muß. Diesen Ansatz verfolgt der Regionalplan. Er bündelt die Interessen der Region Neckar-Alb als Lebens- und Wirtschaftsraum.

Die bisherige Siedlungsentwicklung in der Region Neckar-Alb zeigt, daß die Siedlungstätigkeit zunehmend zu Konflikten mit Ansprüchen von seiten des Naturhaushalts führt und z. T. an topographische Grenzen stößt. Dies gilt insbesondere

- im Verdichtungsraum um das Oberzentrum Reutlingen/Tübingen,
- in den Tallagen der Region und
- in den am Albtrauf gelegenen Teilen des Verdichtungsereichs Albstadt/Balingen/Hechingen.

Nach den vorliegenden Analysen zur Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur ist von einem noch steigenden Bedarf an Bauflächen auszugehen. Gleichzeitig ist festzustellen, daß die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Sicherung der Naturgüter ebenfalls noch zunehmen wird.

Im Verdichtungsraum Reutlingen/Tübingen ist die Verfügbarkeit von Flächen stark eingeschränkt; es besteht die Gefahr, daß notwendige Baulandausweisungen nicht realisiert werden können. Deshalb ist eine Konzentration der Siedlungstätigkeit in Abstimmung mit den Erfordernissen der Freiraumsicherung notwendig.

Im ländlichen Raum hingegen ist vielfach ein großzügiger Umgang mit Bauflächen festzustellen. Hier führt die lockere Bebauung, die häufig von den Ortskernen abrückt, zusätzlich zu einer Gefährdung der Tragfähigkeit vorhandener Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen und behindert den notwendigen Ausbau neuer Techniken. Um die Leistungsfähigkeit des ländlichen Raums zu stärken und die Naturgüter langfristig zu sichern, ist deshalb auch hier eine Konzentration der Siedlungstätigkeit in Abstimmung mit dem Verkehrskonzept und der infrastrukturellen Ausstattung erforderlich.

2.0 Grundsätze zur regionalen Siedlungsstruktur

- G Dem zukünftigen Bedarf an notwendigen Siedlungsflächen in der Region Neckar-Alb ist unter Beachtung der
- Sicherung des Freiraums und der Naturgüter sowie
 - Ausbauerfordernisse und der Auslastung von Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen
- Rechnung zu tragen.
- G Im einzelnen sollen dabei folgende Leitlinien gelten:
- sparsamer Umgang mit Freiflächen,
 - Vermeidung zusätzlicher Zersiedelung der Landschaft,
 - Angliederung neuer Baugebiete an bestehende Ortslagen,
 - keine Erweiterung und Neuausweisung von Splittersiedlungen,
 - Vermeidung bzw. Schließung von Baulücken,
 - Erneuerung und Verdichtung innerörtlicher Baugebiete,
 - Ausrichtung der Siedlungstätigkeit auf die Erfordernisse des ÖPNV.

Diese Grundsätze werden durch das regionale Siedlungskonzept ausgestaltet. Es ist mit dem regionalen Freiraumkonzept (Kap. 3) und dem Infrastrukturkonzept (Kap. 4) abgestimmt. Die Eigenentwicklung der Gemeinden wird davon nicht berührt.

Begründung

In den letzten 30 Jahren hat sich die Siedlungsfläche in der Region Neckar-Alb nahezu verdoppelt. Zwischen 1961 und 1989 nahm sie von 18 500 ha auf 30 321 ha zu, der Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche stieg von 7,3 % auf 12,0 %. Die Region Neckar-Alb gehört damit zu den am dichtesten besiedelten Regionen im Land Baden-Württemberg.

Die Analysen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur zeigen, daß in der Region Neckar-Alb mit einem noch steigenden Bedarf an Bauflächen zu rechnen ist. Die Gründe dafür sind insbesondere:

- Wachsende Bevölkerungszahlen durch Wanderungsgewinne, vor allem durch Zuzüge aus dem Osten Europas (vgl. Kap. 2.4),
- Verringerung der Belegungsdichte, Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung und die steigende Zahl der Ein-Personen-Haushalte,
- erhöhter Wohnflächenanspruch im Zusammenhang mit Eigentumsbildung,
- Ersatzbedarf infolge von Modernisierungs-/Sanierungsmaßnahmen.

Hinzu kommt die steigende Nachfrage nach gewerblichen Bauflächen, insbesondere wegen der Expansion und Verlagerung ansässiger Betriebe sowie der Neuansiedlung von Betrieben im Zuge der Erweiterung der Märkte (europäischer Binnenmarkt, Öffnung der osteuropäischen Märkte) und der Einführung neuer Vertriebs- und Produktionsformen.

In Teilen der Region stößt die Siedlungstätigkeit bereits an natürliche Grenzen, die durch die topographischen Gegebenheiten oder den erforderlichen Schutz der Naturgüter gesetzt werden. Vielfach besteht die Gefahr des ungliederten, bandartigen Zusammenwachsens von Orten und Ortsteilen, dessen negative Auswirkungen für das Siedlungsklima und das Landschaftsbild ausführlich im Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989 dargestellt wurden (vgl. auch Kap. 3). Damit einher gehen jedoch auch soziale und siedlungsstrukturelle Probleme, z. B. die Auslastung von Kindergärten, Schulen etc., die Identifikation des Bürgers mit seiner Gemeinde und das Engagement für das kulturelle Leben. Zusammengenommen bestimmen diese Faktoren sehr wesentlich die Wohnqualität und damit die Standortqualität einer Gemeinde. Deshalb ist die Konzentration der Siedlungstätigkeit und die Gliederung der Siedlungskörper durch Freiräume in den verdichteten Teilräumen der Region notwendig.

In den ländlich geprägten Gemeinden führte die Möglichkeit eines großzügigen Umgangs mit Bauflächen häufig zu locker bebauten neuen Siedlungsgebieten, abgesetzt von den gewachsenen Ortskernen. Solche isolierten Neubaugebiete können einen negativen Einfluß auf die Sozialstruktur dieser Gemeinden haben und die Auslastung von Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen erschweren. Die geringe Siedlungsdichte behindert zudem den notwendigen Ausbau höherwertiger Infrastruktureinrichtungen (z. B. Gasversorgung, neue Kommunikationstechniken) und den Ausbau bzw. Betrieb eines leistungsfähigen Nahverkehrsnetzes. Auch im ländlichen Raum ist deshalb eine angemessene Konzentration der Siedlungstätigkeit erforderlich. Sie ist vorrangig mit dem regionalen Verkehrskonzept und der infrastrukturellen Ausstattung abzustimmen.

Dem Ziel des sparsamen Flächenverbrauchs, der Sicherung ausreichend großer und zusammenhängender Freiräume sowie einer bestmöglichen Auslastung und Erreichbarkeit der überörtlich bedeutsamen Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen kommt das punktaxiale Siedlungskonzept der Landesplanung entgegen. Es wird als Siedlungskonzept für die Region Neckar-Alb ausgestaltet und ist mit dem regionalen Freiraumkonzept (Kap. 3) sowie dem Verkehrs- und Infrastrukturkonzept (Kap. 4) abgestimmt. Das Siedlungskonzept besteht aus den

- Zentralen Orten,
- Achsen,
- Siedlungsbereichen zur Aufgliederung der Achsen,
- Richtwerten,
- Gemeinden mit Beschränkung auf Eigenentwicklung,
- Schwerpunkten für Industrie und Dienstleistungseinrichtungen.

2.1 Zentrale Orte

- G Die Zentralen Orte werden als Standorte für solche Einrichtungen ausgewiesen, die nicht flächendeckend in jedem Ort innerhalb des Verflechtungsbereichs errichtet und unterhalten werden können.
- G Zur Sicherung der Erreichbarkeit und der Auslastung dieser Einrichtungen sollen die Zentralen Orte als Ziel- und Verknüpfungspunkte des Nahverkehrs erhalten und ausgebaut werden.
- G Einrichtungen, deren Tragfähigkeit durch die Bevölkerung am Ort gegeben ist, sollen unabhängig von der zentralörtlichen Einstufung erhalten und ausgebaut werden.
- G Einrichtungen mit überörtlichem Einzugsbereich sollen grundsätzlich in den Kernen der als Zentrale Orte ausgewiesenen Städte und Gemeinden angesiedelt werden. Um die Auslastung dieser Einrichtungen zu unterstützen, soll die Siedlungstätigkeit auf die Zentralen Orte konzentriert werden.

Begründung

Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen erfordert, daß der Zugang zu notwendigen Einrichtungen für die Gestaltung des täglichen Lebens und der Daseinsvorsorge für alle Bürger gleichermaßen gewährleistet wird. Dazu zählen Einrichtungen des Bildungs- und Gesundheitswesens, des kulturellen Lebens, der Sozial- und Behindertenhilfe etc. Sie sollten prinzipiell in jedem Ort angeboten werden. Dies ist für solche Einrichtungen, deren Tragfähigkeit langfristig durch die Bevölkerungszahl am Ort gegeben ist, unabhängig von der zentralörtlichen Einstufung vorzusehen.

Viele dieser Einrichtungen können jedoch nur dann wirtschaftlich vertretbar angeboten und unterhalten werden, wenn sie auf eine größere Bevölkerungszahl, d. h. auf die Benutzung durch die Bevölkerung mehrerer Orte (des Verflechtungsbereichs) ausgelegt sind. Für solche Einrichtungen ergibt sich die Notwendigkeit, den Standort so zu wählen, daß sie von der Bevölkerung aus dem Verflechtungsbereich mit angemessenem Aufwand erreicht werden können.

Der Verkehrsinfrastruktur und insbesondere dem öffentlichen Verkehr kommen dabei besondere Aufgaben zu. Ein tragfähiges Verkehrskonzept läßt sich nur dann realisieren, wenn die Ziele des Verkehrs gebündelt werden. Das bedeutet, daß Einrichtungen mit überörtlichem Einzugsbereich in den Zentralen Orten und dort möglichst in den Stadt- oder Ortskernen angesiedelt werden sollen.

Dies ist das Grundkonzept der Zentralen Orte. Es ist somit weder ein zentralistisch orientiertes Planungs- noch ein Versorgungskonzept, sondern ein Koordinationsinstrument für die Standortsuche nach Erreichbarkeitskriterien und steht in engem Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept (vgl. Kap. 4.1). Durch die Bündelung der Einrichtungen wird zudem die Standortgunst verbessert; dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Dieses Konzept trägt zur Erhaltung und Weiterentwicklung einer dezentralen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur bei, deren Vorteile im Vergleich mit zentralistisch orientierten Konzeptionen erkennbar sind. Nicht zuletzt wegen dieser dezentralen Planungs- und Verwaltungsprinzipien, die ein eigenverantwortliches und flexibles Reagieren auf Veränderungen ermöglichen, haben sich in Baden-Württemberg und auch in der Region Neckar-Alb leistungsfähige Siedlungs- und Wirtschaftsräume mit einem vergleichsweise hohen Standard an Infrastrukturausstattung erhalten bzw. neu gebildet.

Um die Tragfähigkeit und die Auslastung der Einrichtungen zusätzlich zu sichern und zu erhöhen, sollte angestrebt werden, die Einwohnerzahlen vorrangig in den Zentralen Orten zu festigen. Deshalb sollte die Ausweisung von Wohnbauflächen schwerpunktmäßig im jeweiligen Zentralen Ort erfolgen. Dabei ist eine möglichst hohe bauliche Dichte vorzusehen (vgl. Richtwerte Kap. 2.4).

Nach Plansatz 1.5.1 des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg 1983 sind Zentrale Orte die Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren.

2.1.1 Oberzentrum

- N Oberzentrum für die Region Neckar-Alb sind die Städte Reutlingen und Tübingen.
- Z In den Städten Reutlingen und Tübingen sollen solche Einrichtungen erhalten, ausgebaut oder neu angesiedelt werden, deren Tragfähigkeit auf die gesamte Region ausgerichtet ist und die für die Bevölkerung aus dem Verflechtungsbereich des Oberzentrums, d. h. den Landkreisen Reutlingen und Tübingen sowie dem Zollernalbkreis, erreichbar sein müssen.
- Z Die Städte Reutlingen und Tübingen sollen als gemeinsames Oberzentrum der Region Neckar-Alb verkehrsmäßig so erschlossen, ausgestattet und miteinander verbunden werden, daß sie der Funktion als Ziel- und Verknüpfungspunkte des regionalen Verkehrs mit dem Fernverkehr gerecht werden (vgl. Kap. 4.1).
- V Die sich ergänzenden Standortvorteile der gemeinsam als Oberzentrum ausgewiesenen Städte Reutlingen (insbesondere Industrie-/Gewerbe- und Fachhochschulstandort) und Tübingen (insbesondere Universitäts- und Behördenstandort) sollten durch eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten und mit den Gemeinden im Umland bei der Industrie- und Gewerbeansiedlung, der Standortwerbung, im Verkehr, im Städtetourismus etc. ausgeschöpft werden.
- V Die Erreichbarkeit der auf die beiden Städte Reutlingen und Tübingen aufgeteilten Einrichtungen mit regionalem Einzugsbereich sollte durch eine die Kreisgrenzen überschreitende Kooperation im Nahverkehr verbessert werden.
- V Bund und Land sollten überprüfen, welche ihrer Einrichtungen zur Stärkung der Dienstleistungsfunktion des Oberzentrums in Reutlingen und Tübingen erweitert oder neu angesiedelt werden können.

Begründung

Gemäß § 8 Abs. 5 Nr. 2 LplG sind die Oberzentren aus dem Landesentwicklungsplan in die Regionalpläne nachrichtlich zu übernehmen. Im Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983 sind unter Plansatz 1.5.5 die Städte Reutlingen/Tübingen als Oberzentrum ausgewiesen.

Die Einrichtungen, deren Einzugsbereich auf die Bevölkerung der gesamten Region Neckar-Alb ausgerichtet ist, sind auf die Städte Reutlingen und Tübingen verteilt. Durch die dezentrale Lage des Oberzentrums im Norden der Region und durch die Ausrichtung der Nahverkehrskonzepte auf die jeweiligen Kreisstädte wird die Erreichbarkeit der oberzentralen Einrichtungen aus dem Zollernalbkreis insgesamt und aus den Landkreisen Reutlingen und Tübingen in der jeweils anderen Kreisstadt erschwert. Ein Verkehrsverbund über die Kreisgrenzen hinweg könnte dem entgegenwirken und gleichzeitig die Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Reutlingen und Tübingen sowie dieser Städte mit dem Umland auf wirtschaftlicher, dienstleistungsbezogener und kultureller Ebene verbessern.

Von Rationalisierungs- und Zentralisierungsmaßnahmen einiger Institutionen auf Bundes- und Landesebene waren auch die Städte Reutlingen und Tübingen betroffen (z. B. Auflösung der Pädagogischen Hochschule Reutlingen, Verlagerung von Teilen der Oberpostdirektion Tübingen nach Stuttgart). Um das Oberzentrum der Region Neckar-Alb im Sinne des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg 1983 (PS 3.10.21) zu stärken, sollte bei Bund und Land geprüft werden, welche Einrichtungen in Reutlingen und Tübingen erweitert oder neu geschaffen werden können. Voraussetzung hierfür ist eine gute Verknüpfung des Regionalverkehrs mit dem Fernverkehr und der Ausbau der neuen Kommunikationstechniken (vgl. Kap. 4.1).

2.1.2 Mittelzentren

- N Mittelzentren sind die Städte Albstadt, Balingen, Hechingen und Münsingen.
- V Die Städte Metzingen und Rottenburg am Neckar sollen im Landesentwicklungsplan als Mittelzentren ausgewiesen werden.
- Z In den Mittelzentren sollen solche Einrichtungen erhalten, ausgebaut oder neu angesiedelt werden, deren Tragfähigkeit auf den Verflechtungsbereich des jeweiligen Mittelzentrums ausgerichtet ist und die für die Bevölkerung aus diesem Mittelbereich erreichbar sein müssen.
- Z Die Mittelzentren sollen verkehrsmäßig so erschlossen und ausgestattet werden, daß sie der Funktion als Ziel- und Verknüpfungspunkte des Nahverkehrs mit dem Regional- und Fernverkehr gerecht werden (vgl. Kap. 4.1).

Die Verflechtungsbereiche auf der Stufe der Mittelzentren sind:

	Zentraler Ort		Verflechtungsbereich (Stadt/Gemeinde)
N	Albstadt	(MZ)	Albstadt, Bitz, Meßstetten, Nusplingen, Obernheim, Straßberg, Winterlingen
N	Balingen	(MZ)	Balingen, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Hausen am Tann, Ratshausen, Rosenfeld, Schömburg, Weilen unter den Rinnen, Zimmern unter der Burg
N	Hechingen	(MZ)	Bisingen, Burladingen, Grosselfingen, Haigerloch, Hechingen, Jungingen, Rangendingen
V	Metzingen	(MZ)	Bad Urach, Dettingen an der Erms, Grabenstetten, Grafenberg, Hülben, Metzingen, Riederich, Römerstein
N	Münsingen	(MZ)	Engstingen, Gomadingen, Hayingen, Hohenstein, Mehrstetten, Münsingen, Pfronstetten, St. Johann, Trochtelfingen, Zwiefalten, Gutsbezirk Münsingen
V	Reutlingen	(OZ)*	Eningen unter Achalm, Lichtenstein, Pfullingen, Pliezhausen, Reutlingen, Sonnenbühl, Walldorfhäslach, Wannweil

*) Der im Landesentwicklungsplan ausgewiesene Mittelbereich Reutlingen umfaßt neben den oben genannten noch die folgenden Gemeinden: Bad Urach, Dettingen an der Erms, Grabenstetten, Grafenberg, Hülben, Metzingen, Riederich und Römerstein. (Vgl. Hinweis in der Genehmigung vom 28.09.1994)

- V Rottenburg (MZ) Hirrlingen, Neustetten, Rottenburg am Neckar, Starzach am Neckar
- V Tübingen (OZ)* Ammerbuch, Bodelshausen, Dettenhausen, Dußlingen, Gomaringen, Kirchentellinsfurt, Kusterdingen, Mössingen, Nehren, Ofterdingen, Tübingen
- V Die Abgrenzung der Mittelbereiche ist zu überprüfen, wenn
 - eine Neuabgrenzung der Strukturräume im Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg erfolgt,
 - die vorgesehenen Standorte und Bereiche für Industrie und Gewerbe in das Wirtschaftsgefüge eingegliedert sind,
 - die Trennwirkung des Truppenübungsplatzes Münsingen nicht mehr besteht.

Begründung

Die Mittelzentren erfüllen wichtige Funktionen zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in der Region Neckar-Alb:

- In den verdichteten Räumen übernehmen sie Entlastungs- und Ergänzungsfunktionen für das Oberzentrum Reutlingen/Tübingen,
- in den dünn besiedelten Räumen sind sie Kristallisationspunkte für den Ausbau höherwertiger Infrastruktur.

Die Mittelzentren und Mittelbereiche sind gemäß § 8 Abs. 5 Nr. 2 LplG aus dem Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983 in die Regionalpläne nachrichtlich zu übernehmen. Nach Plansatz 3.10.22 des Landesentwicklungsplans sind die Städte Albstadt, Balingen, Hechingen und Münsingen als Mittelzentren ausgewiesen.

Zusätzlich wird die Aufnahme der Städte Metzingen und Rottenburg am Neckar als Mittelzentren in den Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg beantragt.

Die Begründung dafür liegt in der Größe der derzeitigen Mittelbereiche in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen. So umfaßt der Mittelbereich Reutlingen den Landkreis Reutlingen mit Ausnahme des Mittelbereichs Münsingen, also ca. 220 000 Einwohner, und der Mittelbereich Tübingen den gesamten Landkreis Tübingen mit ca. 190 000 Einwohnern. Demgegenüber liegt die Einwohnerzahl in den übrigen Mittelbereichen bei ca. 40 000 - 75 000 Einwohnern. Diese Zahlen zeigen die ungleiche Bevölkerungsverteilung auf die Mittelbereiche.

Nimmt man die Lage der Gemeinden hinzu, werden erhebliche Erreichbarkeitsprobleme von den Randgemeinden der Mittelbereiche (z. B. Grabenstetten, Römerstein, Rottenburg-Ergenzingen, Starzach etc.) in die Städte Reutlingen und Tübingen deutlich. Diese Situation steht in Wechselwirkung mit der Verkehrsbelastung. Sie hat sich gegenüber dem Zeitpunkt der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg im Jahr 1983 weiter verschärft. Es ist deshalb notwendig, den schon im Regionalplan Neckar-Alb 1978 enthaltenen Antrag zur Aufnahme der Städte Metzingen und Rottenburg am Neckar als Mittelzentren erneut zu stellen.

Metzingen und Rottenburg am Neckar erfüllen die Voraussetzungen für die Ausweisung als Mittelzentren. Beide liegen an regional bedeutsamen Nahverkehrslinien (Schienenstrecken), eignen sich als Ziel- und Verknüpfungspunkte des Nahverkehrs mit dem Regional- und Fernverkehr, können wirksam Entlastungs- und

*) Der im Landesentwicklungsplan ausgewiesene Mittelbereich Tübingen umfaßt neben den oben genannten noch die folgenden Gemeinden: Hirrlingen, Neustetten, Rottenburg am Neckar und Starzach. (Vgl. Hinweis in der Genehmigung vom 28.09.1994)

Ergänzungsfunktionen übernehmen und besitzen hinsichtlich der geforderten Tragfähigkeit die notwendige Größe (vgl. Tab. 2.1).

Mit der Neuordnung der Mittelbereiche ergibt sich für die Mittelzentren Metzingen und Rottenburg am Neckar eine Erhöhung des Benutzerpotentials. Damit verbessern sich die Standortbedingungen für höherwertige Infrastruktureinrichtungen.

Tabelle 2.1: Verflechtungsbereiche auf der Stufe der Mittelzentren

Zentraler Ort	Verflechtungsbereich						
	Einwohner 30.06.1990	Einwohner 30.06.1990	Fläche 1989 (ha)	Einwoh- nerdichte (EW/km ²)	Erwerbs- tätige 1987	Beschäftigte 1987	davon im Dienstlei- stungsbereich
Albstadt	48 320	74 479	33 135	225	36 660	37 090	8 777
Balingen	31 413	50 704	24 018	211	23 873	24 214	7 728
Hechingen	16 652	54 434	34 620	157	26 404	22 666	5 623
Metzingen	20 454	55 748	18 092	308	25 672	26 326	7 429
Münsingen	12 044	39 088	64 019	61	17 706	12 281	3 564
Reutlingen	102 818	161 136	27 294	590	72 835	71 870	25 457
Rottenburg am Neckar	35 415	43 868	19 878	221	18 985	9 511	3 505
Tübingen	79 392	147 175	32 036	459	61 465	56 985	16 298

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

Im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans erfolgte eine generelle Überprüfung der Zuordnung und Abgrenzung der Mittelbereiche. Verschiedene Varianten der Neuabgrenzung im Raum Bad Urach/Münsingen/Engstingen/Sonnenbühl wurden diskutiert. Die Abgrenzung der Mittelbereiche sollte erneut geprüft werden, wenn die anstehende Neuabgrenzung der Strukturräume (Verdichtungsraum, Randzone um den Verdichtungsraum, Ländlicher Raum und Verdichtungsbereich im ländlichen Raum) im Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg vollzogen wird. Auch können die interkommunalen Industrieschwerpunkte (vgl. Kap. 2.6) die Verflechtungsbeziehungen verändern. Schließlich ist im Zusammenhang mit der Truppenreduzierung mittel- bis langfristig nicht auszuschließen, daß die Trennwirkung des Truppenübungsplatzes Münsingen entfällt. Für die Gemeinden im nordöstlichen Teil der Albhochfläche könnte sich dadurch die Erreichbarkeit des Mittelzentrums Münsingen erheblich verbessern.

2.1.3 Unterzentren

- Z Als Unterzentren werden ausgewiesen:
Bad Urach, Burladingen, Engstingen, Haigerloch, Meßstetten, Metzingen, Mössingen, Pfullingen, Rottenburg am Neckar und *Zwiefalten*.
Die Stadt Pfullingen erfüllt zusätzlich Entlastungsfunktionen auf der Stufe eines Mittelzentrums.
- V Die Unterzentren Metzingen und Rottenburg am Neckar sollen im Landesentwicklungsplan als Mittelzentren ausgewiesen werden.
- Z In den Unterzentren sollen solche Einrichtungen erhalten, ausgebaut oder neu angesiedelt werden, deren Tragfähigkeit auf den Verflechtungsbereich des jeweiligen Unterzentrums ausgerichtet ist und die für die Bevölkerung aus diesem Nahbereich erreichbar sein müssen.

- Z Die Unterzentren sollen verkehrsmäßig so erschlossen und ausgestattet werden, daß sie der Funktion als Ziel- und Verknüpfungspunkte des Nahverkehrs mit dem Regionalverkehr gerecht werden (vgl. Kap. 4.1).
- Z Die Verflechtungsbereiche auf der Stufe der Unterzentren sind:

Zentraler Ort		Verflechtungsbereich (Stadt/Gemeinde)
Albstadt	(MZ)	Albstadt, Bitz, Straßberg, Winterlingen
Bad Urach	(UZ)	Bad Urach, Dettingen an der Erms, Grabenstetten, Hülben, Römerstein
Balingen	(MZ)	Balingen, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Hausen am Tann, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Weilen unter den Rinnen, Zimmern unter der Burg
Burladingen	(UZ)	Burladingen
Engstingen	(UZ)	Engstingen, Hohenstein, Trochtelfingen
Haigerloch	(UZ)	Haigerloch
Hechingen	(MZ)	Bisingen, Gosseltingen, Hechingen, Jungingen, Rangendingen
Meßstetten	(UZ)	Meßstetten, Nusplingen, Obernheim
Metzingen	(MZ)	Grafenberg, Metzingen, Riederich
Mössingen	(UZ)	Bodelshausen, Dußlingen, Gomaringen, Mössingen, Nehren, Ofterdingen
Münsingen	(MZ)	Gomadingen, Mehrstetten, Münsingen, St. Johann, Gutsbezirk Münsingen
Pfullingen	(UZ)	Lichtenstein, Pfullingen, Sonnenbühl
Reutlingen	(OZ)	Eningen unter Achalm, Pliezhausen, Reutlingen, Walddorfhäslach, Wannweil
Rottenburg am Neckar	(MZ)	Hirrlingen, Neustetten, Rottenburg am Neckar, Starzach
Tübingen	(OZ)	Ammerbuch, Dettenhausen, Kirchentellinsfurt, Kusterdingen, Tübingen
Zwiefalten	(UZ)	Hayingen, Pfronstetten, Zwiefalten

Begründung

Mit der Ausweisung der Unterzentren sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß hochwertige Infrastruktureinrichtungen, die ein größeres Benutzerpotential benötigen, flächendeckend in der Region angeboten werden können. Die Unterzentren sind somit die "Trittsteine" für die Ausbreitung moderner Infrastruktureinrichtungen, die man in der Regel nur in vergleichsweise größeren Städten vorfindet. Dabei kann die Art der Infrastruktur zwischen den Unterzentren im Verdichtungsraum, in der Randzone um den Verdichtungsraum und im ländlichen Raum erheblich variieren. Zur Stützung der Auslastung dieser Einrichtungen sind die Unterzentren als Ziel- und Verknüpfungspunkte des Nahverkehrs mit dem Regionalverkehr und als Schwerpunkte der Siedlungstätigkeit vorzusehen.

Im Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983 (PS 3.10.23) sind folgende Städte und Gemeinden der Region Neckar-Alb als Unterzentren enthalten: Burladingen, Engstingen, Haigerloch, Metzingen, Meßstetten, Mössingen, Rottenburg am Neckar und Bad Urach. Nach dem neuen Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg vom 10.10.1983 werden die Unterzentren nicht mehr im Landesentwicklungsplan, sondern in den Regionalplänen ausgewiesen (vgl. § 8 Abs. 2 Nr. 1 LplG).

Die Überarbeitung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans hat folgende Änderungen ergeben: Die Städte Metzingen und Rottenburg am Neckar sollen Mittelzentren werden (vgl. Kap. 2.1.2). Die Stadt Pfullingen und die Gemeinde Zwiefalten werden als Unterzentren ausgewiesen.

Im Regionalplan Neckar-Alb 1978 war Pfullingen als Teilzentrum auf der Stufe eines Mittelzentrums enthalten, allerdings ohne eigenen Verflechtungsbereich. Der Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983 unterzog Teilzentren und Doppelzentren einer sehr kritischen Bewertung. Die Stadt Pfullingen wird weder als Mittelzentrum noch als Unterzentrum noch als Teilzentrum genannt. Lediglich in einer Fußnote der Begründung wird Pfullingen erwähnt, ohne daß eine Zuordnung erkennbar wird. Um sicherzustellen, daß die Stadt Pfullingen auch in der Landesplanung eine angemessene Berücksichtigung findet, wird sie als Unterzentrum mit eigenem Verflechtungsbereich (Stadt Pfullingen, Gemeinden Lichtenstein und Sonnenbühl) ausgewiesen. Die Sonderstellung Pfullingens wird mit dem Zusatz "Entlastungsfunktionen auf der Stufe eines Mittelzentrums" deutlich gemacht.

Zusammen mit Hayingen ist Zwiefalten im Regionalplan Neckar-Alb 1978 als Kleinzentrum (Doppelzentrum) ausgewiesen. Doppelzentren auf dieser Stufe tragen in der Regel zu einer Zersplitterung des Potentials bei und sollten nach dem Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983 möglichst vermieden werden. Andererseits benötigt der dünnbesiedelte Südosten der Region dringend raumplanerische Impulse. Die Auswertung der Pendlerzahlen aus der Volkszählung von 1987 hat ergeben, daß hier regionsweit die längsten Fahrzeiten zu den Ausbildungs- und Arbeitsstätten bestehen. Um den daraus resultierenden Abwanderungstendenzen vor allem junger Menschen langfristig entgegenzuwirken, wird Zwiefalten als Unterzentrum an der neuen Achse Reutlingen - Riedlingen (vgl. Kap. 2.2) ausgewiesen. Damit soll die Erreichbarkeit höherwertiger Einrichtungen für die Bevölkerung im Nahbereich langfristig verbessert werden.

Tabelle 2.2: Unterzentren und Verflechtungsbereiche

	Unterzentrum		Verflechtungsbereich			Entfernung zum nächsten Mittelzentrum im Verflechtungsbereich		
	Einwohner 30.06.1990	Einwohner 30.06.1990	Anzahl der Orte	Erwerbstätige 1987	Beschäftigte 1987	Zentraler Ort	km	Min. (OPNV)
Bad Urach	12 209	28 784	11	13 161	12 677	Metzingen	11,3	25
Burladingen	12 346	12 346	10	6 302	5 400	Hechingen	13,9	25
Engstingen	4 185	13 017	13	6 237	4 105	Münsingen	17,7	26
Haigerloch	9 851	9 851	9	4 801	3 676	Hechingen	14,0	26
Meßstetten	10 044	13 479	9	7 019	4 995	Albstadt	7,5	14
Mössingen	16 905	40 669	9	18 159	13 275	Tübingen	14,8	27
Pfullingen	16 897	32 452	9	14 820	10 576	Reutlingen	3,7	9
Zwiefalten	2 309	5 946	20	2 472	1 863	Münsingen	26,0	44

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

2.1.4 Kleinzentren

Z Als Kleinzentren werden ausgewiesen:

Ammerbuch, Bisingen, *Bodelshausen*, *Dettenhausen*, *Dettingen an der Erms*, *Eningen unter Achalm*, Gomaringen, *Hayingen*, Kusterdingen, Lichtenstein, Pliezhausen, Römerstein, Rosenfeld, Rottenburg-Ergenzingen, St. Johann, Schömburg, Sonnenbühl, Starzach, Trochtelfingen, Winterlingen.

Pliezhausen erfüllt zusätzlich Ergänzungsfunktionen auf der Stufe eines Unterzentrums.

Z In den Kleinzentren sollen solche Einrichtungen erhalten, ausgebaut oder neu angesiedelt werden, deren Tragfähigkeit auf den Verflechtungsbereich des jeweiligen Kleinzentrums ausgerichtet ist und die für die Bevölkerung aus diesem Verflechtungsbereich erreichbar sein müssen.

Z Die Kleinzentren sollen verkehrsmäßig so erschlossen und ausgestattet werden, daß sie der Funktion als Zielpunkte des Nahverkehrs gerecht werden (vgl. Kap. 4.1).

V Die Verflechtungsbereiche der Kleinzentren sind:

Zentraler Ort	Verflechtungsbereich
Ammerbuch-Entringen/ -Poltringen	Gemeinde Ammerbuch
Bisingen	Gemeinden Bisingen, Grosselfingen
Bodelshausen	Gemeinde Bodelshausen
Dettenhausen	Gemeinde Dettenhausen
Dettingen an der Erms	Gemeinde Dettingen an der Erms
Eningen unter Achalm	Gemeinde Eningen unter Achalm
Gomaringen	Gemeinden Dußlingen, Gomaringen, Nehren
Hayingen	Stadt Hayingen
Kusterdingen	Gemeinde Kusterdingen
Lichtenstein-Unterhausen	Gemeinde Lichtenstein
Pliezhausen	Gemeinden Pliezhausen, Walddorfhäslach
Römerstein-Böhringen	Gemeinde Römerstein
Rosenfeld	Stadt Rosenfeld
Rottenburg-Ergenzingen	Rottenburg-Baisingen, Rottenburg-Eckenweiler, Rottenburg-Ergenzingen
St. Johann-Würtingen	Gemeinde St. Johann
Schömborg	Stadt Schömborg, Gemeinden Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Hausen am Tann, Ratshausen, Weilen unter den Rinnen, Zimmern unter der Burg
Sonnenbühl-Undingen	Gemeinde Sonnenbühl
Starzach-Bierlingen	Gemeinde Starzach
Trochtelfingen	Stadt Trochtelfingen
Winterlingen	Gemeinden Straßberg, Winterlingen

Begründung

Kleinzentren erfüllen im wesentlichen die gleichen Funktionen wie die Unterzentren (vgl. Kap. 2.1.3); die Unterscheidung liegt in der Größe des Verflechtungsbereichs.

Kleinzentren werden dort ausgewiesen, wo die Erreichbarkeiten im Nahbereich Defizite aufweisen. Dies sind im ländlichen Raum die großen Entfernungen zu den nächstgelegenen Unterzentren (z. B. von Römerstein, St. Johann, Starzach) und im Verdichtungsraum (incl. Randzone) die Ausrichtung auf mehrere Zentren (z. B.

Bodelshausen, Dettenhausen, Pliezhausen). Dadurch werden die Einrichtung und der Betrieb eines leistungsfähigen ÖPNV behindert.

Nach dem Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983 (PS 1.5.44) sollen für die Ausweisung der Kleinzentren folgende Kriterien zugrunde gelegt werden:

1. Mindesteinwohnerzahl:
 - im ländlichen Raum 5 000 bis 8 000 Einwohner,
 - in sehr dünn besiedelten Gebieten 3 500 Einwohner,
 - im Verdichtungsraum und in der Randzone um den Verdichtungsraum 15 000 Einwohner.
2. Verflechtungsbereich muß vorhanden sein.
3. Schlechte Erreichbarkeit des nächsten Zentralen Orts.

Tabelle 2.3: Kleinzentren und Verflechtungsbereiche

Kleinzentrum (Raumkategorie)*	Verflechtungsbereich					Entfernung zum nächsten Zentralen Ort im Nahbereich		
	Ein- wohner 30.06.1990	Ein- wohner 30.06.1990	Fläche 1989 (ha)	Ein- wohner- dichte (EW/km ²)	Anzahl der Orte	Zentraler Ort	km	Min. (ÖPNV)
Ammerbuch (RZ)	10 064	10 064	4 800	210	6	Tübingen	9,3	17
Bisingen (VB)	7 749	9 465	4 898	193	5	Hechingen	8,0	6
Bodelshausen (RZ)	5 074	5 074	1 382	367	1	Mössingen	7,3	16
Dettenhausen (RZ)	4 985	4 985	1 101	453	1	Tübingen	11,5	20
Dettingen an der Erms (RZ)	8 903	8 903	1 582	563	1	Bad Urach	5,9	15
Eningen unter Achalm (VR)	9 566	9 566	2 316	413	1	Reutlingen	5,3	14
Gomaringen (RZ)	7 076	14 782	3 895	380	4	Mössingen	5,6	20
Hayingen (LR)	2 104	2 104	6 334	33	6	Zwiefalten	5,7	14
Kusterdingen (VR)	7 073	7 073	2 424	292	5	Tübingen	6,9	21
Lichtenstein (RZ)	9 363	9 363	3 425	273	3	Pfullingen	4,4	8
Pliezhausen (RZ)	7 534	11 448	3 174	361	6	Reutlingen	7,5	15
Römerstein (LR)	3 599	3 599	4 596	78	3	Bad Urach	8,7	32
Rosenfeld (LR)	5 340	5 340	5 112	104	7	Balingen	13,1	29
Rottenburg- Ergenzingen (RZ)	3 218**	4 781**	1 922	249	3	Rottenburg am Neckar	11,3	27
St. Johann (LR)	4 646	4 646	5 896	79	6	Münsingen	14,1	17
Schömberg (LR)	3 953	8 738	6 676	131	9	Balingen	10,9	22
Sonnenbühl (LR)	6 192	6 192	6 127	101	4	Pfullingen	12,0	20
Starzach (LR)	3 731	3 731	2 781	134	5	Rottenburg am Neckar	14,0	32
Trochtelfingen (LR)	5 682	5 682	7 917	72	5	Engstingen	10,6	14
Winterlingen (LR)	6 575	9 062	7 554	83	5	Albstadt	9,7	15

* (VR) Verdichtungsraum

(RZ) Randzone um den Verdichtungsraum

(LR) Ländlicher Raum

(VB) Verdichtungsbereich im ländlichen Raum

** Zahlen Volkszählung 1987

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

Im Regionalplan Neckar-Alb 1978 sind die Kleinzentren Bodelshausen, Dettingen an der Erms, Eningen unter Achalm und Kusterdingen von der Verbindlichkeit ausgenommen mit der Begründung, daß ihnen ein eigener Verflechtungsbereich fehlt, die im verdichteten Raum erforderliche Tragfähigkeit von 15 000 Einwohnern nicht erreicht wird und von diesen Orten gut ausgestattete Zentrale Orte leicht erreichbar sind.

Mit Ausnahme von Kusterdingen besitzen diese Kleinzentren tatsächlich keinen Verflechtungsbereich und können demnach im strengen Sinn kein 'Zentraler Ort' sein. Sie sind jedoch auf mehrere Zentrale Orte höherer Stufe ausgerichtet und müssen deshalb ein größeres Maß an 'Selbstversorgung', d. h. Ergänzungsfunktionen für die benachbarten Zentralen Orte im Verdichtungsraum bzw. den Randzonen, übernehmen. Neue Kleinzentren ohne Verflechtungsbereich sind nach den o. g. Kriterien nicht vertretbar.

In der Gemeinde Ammerbuch sind bisher die Orte Entringen und Poltringen als Doppelzentrum ausgewiesen. Doppelzentren entsprechen auf dieser Stufe nicht den planerischen Grundsätzen für Zentrale Orte (Bündelungsprinzip zur Verbesserung der Auslastung). Nach dem Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983 sollte auf die Ausweisung von Doppelzentren verzichtet werden. Wegen der Abweichung der gemeindlichen Entwicklungsplanung aus den 70er Jahren von den bestehenden Verflechtungen kann gegenwärtig nicht bestimmt werden, welcher der Teilorte zukünftig das Zentrum des Verflechtungsbereichs werden soll. Deshalb wird vorgeschlagen, daß sich die Gemeinde für einen der beiden Orte als Kleinzentrum entscheidet.

Starzach-Bierlingen wird zusätzlich als Kleinzentrum ausgewiesen. Ausschlaggebend dafür ist die ungünstige Lage zu benachbarten Zentralen Orten und damit die schlechte Erreichbarkeit zentralörtlicher Einrichtungen (vgl. Tab. 2.3).

Die Gemeinde Pliezhausen ist dem Verflechtungsbereich der Stadt Reutlingen zugeordnet, sie besitzt jedoch zusammen mit den benachbarten Gemeinden gleichzeitig enge Verflechtungen zum Oberzentrum Tübingen und liegt im Einzugsbereich des engeren Verdichtungsraums Stuttgart. Trotz der relativ geringen Entfernung zu den benachbarten hochwertigen Versorgungszentren ist deren Erreichbarkeit wegen der z. T. gegenläufigen Verkehrsbeziehungen behindert. Das Kleinzentrum Pliezhausen übernimmt deshalb für den Nordteil des Mittelbereichs Reutlingen Ergänzungsfunktionen auf der Stufe eines Unterzentrums.

Die Ausstattung des Kleinzentrums Bisingen geht teilweise über den Bedarf im eigenen Verflechtungsbereich hinaus. Damit übernimmt Bisingen zum Teil Funktionen auf der Stufe eines Unterzentrums. In unmittelbarer, gut erreichbarer Nachbarschaft befinden sich jedoch die Mittelzentren Balingen und Hechingen. Die Ausweisung eines zusätzlichen Unterzentrums im Verdichtungsgebiet Albstadt/Balingen/Hechingen ist aus Gründen der Tragfähigkeit gegenwärtig nicht angebracht. Die Zentralen Orte und Verflechtungsbereiche in diesem Verdichtungsgebiet sind zu überprüfen, wenn eine Neuabgrenzung der Strukturräume erfolgt.

Die Ausstattung der Gemeinden Dotternhausen, Hirrlingen, Hülben, Kirchentellinsfurt, Nusplingen und Rangendingen geht in Teilen über die Eigenversorgung hinaus. Diese Gemeinden übernehmen einzelne Funktionen für angrenzende Gemeinden oder Ortsteile anderer Gemeinden, besitzen (mit Ausnahme von Rangendingen) formal jedoch keinen eigenen Verflechtungsbereich und befinden sich in Nachbarschaft gut erreichbarer Zentraler Orte. Für sie gilt ebenso wie für die o. g. Kleinzentren ohne Verflechtungsbereich (Bodelshausen, Dettenhausen, Dettingen an der Erms und Eningen unter Achalm) der Grundsatz, daß Einrichtungen, deren Tragfähigkeit durch die Bevölkerung vor Ort gegeben ist, unabhängig von der zentralörtlichen Einstufung erhalten und ausgebaut werden sollen. Darüber hinaus sollen auch dort die vorhandenen höherwertigen Ausstattungen erhalten und gezielt gefördert werden.

2.2 Entwicklungsachsen

- G Um die Vorteile der Siedlungsverdichtung auszuschöpfen und die Voraussetzungen für den Erhalt bestehender bzw. den Ausbau neuer Infrastruktureinrichtungen zu verbessern, soll die zukünftige Siedlungstätigkeit verstärkt an Standorten in den Achsen erfolgen.
- G Durch die Konzentration der Siedlungstätigkeit in den Achsen soll einer weiteren Zersiedelung der Landschaft entgegengewirkt werden.
- G Die Achsen sollen durch regionale Grünzüge und Grünzäsuren (vgl. Kap. 3.1) gegliedert werden, um Bandsiedlungen zu vermeiden und zusammenhängende siedlungsnah Freiräume zu sichern.
- G Über den Eigenbedarf hinausgehende Ausweisungen von
 - Wohnbauflächen sowie
 - Bauflächen für Industrie und Dienstleistungseinrichtungensollen vorrangig in Gemeinden innerhalb der Achsen erfolgen.
- G Entlang der Achsen sollen überörtlich wirksame
 - Straßenverbindungen,
 - Schienenverbindungen,
 - ÖPNV-Netze,
 - Erdgas- und Fernwärmenetze sowie
 - Kommunikationsnetzevorrangig erhalten und ausgebaut werden.
- N Folgende Entwicklungsachsen des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg 1983 werden übernommen:
 - (Nürtingen -) Metzingen - Reutlingen/Tübingen - Hechingen - Balingen (- Rottweil),
 - Balingen - Albstadt (- Sigmaringen).
- Z Ergänzend zu den Landesentwicklungsachsen werden folgende regionale Siedlungs- und Nahverkehrsachsen ausgewiesen:
 - Metzingen - Dettingen an der Erms - Bad Urach - Münsingen (- Ehingen - Ulm),
 - Bad Urach - Römerstein (- Laichingen),
 - Reutlingen - Pfullingen - Lichtenstein - Engstingen - Zwiefalten (- Riedlingen),
 - Engstingen - Trochtelfingen (- Gammertingen),
 - Engstingen - Münsingen,
 - Tübingen - Rottenburg am Neckar - Rottenburg-Ergenzingen/Landesentwicklungsachse (- Horb),
 - Tübingen - Ammerbuch (- Herrenberg),
 - (Gammertingen -) Burladingen - Hechingen - Rangendingen - Haigerloch (- Horb),
 - Balingen - Rosenfeld (- Oberndorf).

V Als Landesentwicklungsachsen sollen im Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg ausgewiesen werden:

- Metzingen - Dettingen an der Erms - Bad Urach - Münsingen (- Ehingen - Ulm),
- Tübingen - Rottenburg am Neckar - Rottenburg-Ergenzingen/Landesentwicklungsachse (- Horb).

Die Achsen sind in der Strukturkarte als Korridor dargestellt.

Begründung

Das Konzept der Achsen steht in enger Verknüpfung mit dem System der Zentralen Orte. Beide dienen der Konzentration der Siedlungstätigkeit und des Infrastrukturausbaus mit dem Ziel, die Auslastung von Infrastruktureinrichtungen zu erhalten bzw. die Voraussetzungen für deren Ausbau zu schaffen. Dies gilt sowohl für den verdichteten als auch für den ländlichen Raum, da höherwertige Infrastruktur, z. B. auch ein tragfähiges ÖPNV-Konzept, ein Mindestmaß an Bevölkerungsdichte benötigen, um mit vertretbaren Kosten realisiert werden zu können.

Die geringe Benutzer-/Siedlungsdichte im ländlichen Raum ist jedoch vielfach der ausschlaggebende Grund für die räumlichen Ungleichgewichte bei der Infrastrukturausstattung, die sich angesichts der Einführung neuer Techniken für die Kommunikation noch verschärfen können. Dies hat auch Auswirkungen auf die Standortgunst und damit auf die Entwicklungschancen der Gemeinden. Andererseits kann mit der Konzentration der Siedlungstätigkeit und der Bündelung des Infrastrukturausbaus ein Beitrag zur Vermeidung der Landschaftszersiedelung geleistet werden (vgl. auch Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989).

Die Entwicklungsachsen des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg (LEP) 1983 werden in den Regionalplan übernommen. Im LEP verbinden die Landesentwicklungsachsen in der Regel die Oberzentren untereinander, die Oberzentren mit den Mittelzentren sowie die Mittelzentren untereinander. Insofern ist eine Ergänzung der Landesentwicklungsachsen zur Anbindung des Mittelzentrums Münsingen sowie der neu auszuweisenden Mittelzentren Metzingen und Rottenburg am Neckar erforderlich.

Zur Ausweisung als Landesentwicklungsachse im LEP werden deshalb die Achsen Metzingen - Dettingen an der Erms - Bad Urach - Münsingen (- Ehingen - Ulm) und Tübingen - Rottenburg am Neckar - Rottenburg-Ergenzingen/Landesentwicklungsachse (- Horb) beantragt. Damit soll einerseits das Mittelzentrum Münsingen stärker mit dem Oberzentrum Reutlingen und dem Verdichtungsraum Stuttgart verknüpft werden, andererseits das Mittelzentrum Rottenburg am Neckar einen Anschluß an die großräumige Nord-Süd-Achse im Verlauf der A 81 erhalten.

Im Regionalplan werden ergänzend zu den Landesentwicklungsachsen regionale Siedlungs- und Nahverkehrsachsen ausgewiesen, in denen die Siedlungstätigkeit und der Ausbau der linienhaften Infrastruktur vorrangig konzentriert werden sollen.

Die im Regionalplan Neckar-Alb 1978 für verbindlich erklärte Achse Tübingen - Ammerbuch (- Herrenberg) wird übernommen.

Die Achsen

- Bad Urach - Römerstein (- Laichingen),
- Engstingen - Trochtelfingen (- Gammertingen),
- (Gammertingen -) Burladingen - Hechingen - Rangendingen - Haigerloch (- Horb) und
- Balingen - Rosenfeld (- Oberdorf)

waren im Regionalplan 1978 von der Verbindlichkeit ausgenommen. Sie werden erneut ausgewiesen, um durch eine verstärkte Siedlungsentwicklung die notwendigen Potentiale für eine tragfähige moderne Infrastruktur zu schaffen und damit die Standortbedingungen vor Ort zu verbessern.

Eine zusätzliche Achse wird von Engstingen über das neu ausgewiesene Unterzentrum Zwiefalten nach Riedlingen geführt. Damit soll eine Stärkung des strukturschwachen ländlichen Raums im äußersten Südosten der Region erreicht werden.

Die Ausweisung der ergänzenden Achsen ist wegen des steigenden Wohnungs- und Siedlungsbedarfs unumgänglich. Die bisherigen Achsen weisen jetzt schon hohe Verdichtungen auf. Die Achsenstandorte können aufgrund ihres begrenzten Flächenpotentials nicht im erforderlichen Maß dem Siedlungsdruck gerecht werden.

Das Achsenkonzept ist mit dem Freiraumkonzept (Kap. 3) und dem Verkehrskonzept (Kap. 4.1) des Regionalplans abgestimmt.

Siedlungs- und Verkehrsentwicklung werden vom Regionalverband weiter beobachtet. Bei der nächsten Fortschreibung des Regionalplans wird das Achsenkonzept erneut überprüft. In diesem Zusammenhang soll auch untersucht werden, inwieweit die Achsenführung im Raum Balingen/Hechingen/Haigerloch angepaßt werden muß.

2.3 Siedlungsbereiche zur Aufgliederung der Entwicklungsachsen

- Z Um die Tragfähigkeit bzw. Auslastung der Infrastruktur, insbesondere des ÖPNV, zu erhöhen und einer Zersiedelung der Landschaft vorzubeugen, soll die Siedlungstätigkeit auf Schwerpunkte konzentriert werden. Dazu werden Siedlungsbereiche zur Aufgliederung der Achsen ausgewiesen.
- Z *Für Orte, die weder als "Siedlungsbereich" noch mit "Beschränkung auf Eigenentwicklung" ausgewiesen sind, ist der Umfang der Siedlungsentwicklung vorrangig am örtlichen Eigenbedarf und in geringerem Maß an Wanderungsgewinnen zu bemessen.*
- V Der Umfang der Bauflächenausweisung steht im Zusammenhang mit den Richtwerten (vgl. Kap. 2.4). Die Festlegung erfolgt im Rahmen der Bauleitplanung.
- Z In den Siedlungsbereichen sollen schwerpunktmäßig Wohnbauflächen und/oder gewerbliche Bauflächen für den überörtlichen Bedarf ausgewiesen werden. Dabei ist eine erhöhte bauliche Verdichtung vorzusehen (vgl. Kap. 2.4).

Siedlungs- und Nahverkehrsachse

(Nürtingen -) Metzingen - Reutlingen/Tübingen - Hechingen - Balingen (- Rottweil)

Z Stadt/Gemeinde mit Siedlungsbereich

Metzingen	Metzingen
Reutlingen	Reutlingen Kernstadt mit Betzingen, Ohmenhausen, Sondelfingen
Kusterdingen	Kusterdingen, Wankheim
Tübingen	Tübingen
Gomaringen	Gomaringen
Dußlingen	Dußlingen
Ofterdingen	Ofterdingen
Mössingen	Mössingen

Bodelshausen	Bodelshausen
Hechingen	Hechingen
Bisingen	Bisingen
Balingen	Balingen, Engstlatt, Frommern, Ostdorf, Weilstetten
Dotternhausen	Dotternhausen
Schömborg	Schömborg

Siedlungs- und Nahverkehrsachse
Balingen - Albstadt (- Sigmaringen)

Z Stadt/Gemeinde mit Siedlungsbereich

Balingen	Balingen, Engstlatt, Frommern, Ostdorf, Weilstetten
Albstadt	Ebingen, Tailfingen
Meßstetten	Meßstetten
Winterlingen	Winterlingen

Siedlungs- und Nahverkehrsachse
Metzingen - Dettingen an der Erms - Bad Urach - Münsingen (- Ehingen - Ulm)

Z Stadt/Gemeinde mit Siedlungsbereich

Metzingen	Metzingen
Bad Urach	Hengen, Sirchingen, Wittlingen
Münsingen	Münsingen, Auingen

Siedlungs- und Nahverkehrsachse
Bad Urach - Römerstein (- Laichingen)

Z Stadt/Gemeinde mit Siedlungsbereich

Bad Urach	Hengen, Sirchingen, Wittlingen
Römerstein	Böhringen

Siedlungs- und Nahverkehrsachse
Reutlingen - Pfullingen - Lichtenstein - Engstingen - Zwiefalten (- Riedlingen)

Z Stadt/Gemeinde mit Siedlungsbereich

Reutlingen	Reutlingen Kernstadt mit Betzingen, Ohmenhausen, Sondelfingen
Pfullingen	Pfullingen
Lichtenstein	Holzelfingen
Engstingen	Großengstingen, Kleinengstingen
Hohenstein	Bernloch, Oberstetten, Ödenwaldstetten
Pfronstetten	Pfronstetten
Zwiefalten	Zwiefalten, Gauingen
Hayingen	Hayingen

Siedlungs- und Nahverkehrsachse
Engstingen - Trochtelfingen (- Gammertingen)

Z Stadt/Gemeinde mit Siedlungsbereich

Engstingen	Großengstingen, Kleingstingen
Trochtelfingen	Trochtelfingen

Siedlungs- und Nahverkehrsachse
Engstingen - Münsingen

Z Stadt/Gemeinde mit Siedlungsbereich

Engstingen	Großengstingen, Kleingstingen
Münsingen	Münsingen, Auingen

Siedlungs- und Nahverkehrsachse
Tübingen - Rottenburg am Neckar - Rottenburg-Ergenzingen/Landesentwicklungsachse
(- Horb)

Z Stadt/Gemeinde mit Siedlungsbereich

Tübingen	Tübingen
Rottenburg am Neckar	Rottenburg, Ergenzingen
Neustetten	Remmingsheim

Siedlungs- und Nahverkehrsachse
Tübingen - Ammerbuch (- Herrenberg)

Z Stadt/Gemeinde mit Siedlungsbereich

Tübingen	Tübingen
Ammerbuch	Entringen, Poltringen

Siedlungs- und Nahverkehrsachse
(Gammertingen -) Burladingen - Hechingen - Rangendingen - Haigerloch (- Horb)

Z Stadt/Gemeinde mit Siedlungsbereich

Burladingen	Burladingen
Jungingen	Jungingen
Hechingen	Hechingen
Rangendingen	Rangendingen
Haigerloch	Haigerloch, Owingen, Stetten, Weildorf

Siedlungs- und Nahverkehrsachse
Balingen - Rosenfeld (- Oberndorf)

Z Stadt/Gemeinde mit Siedlungsbereich

Balingen	Balingen, Engstlatt, Frommern, Ostdorf, Weilstetten
Rosenfeld	Rosenfeld

Die Siedlungsbereiche sind in der Raumnutzungskarte dargestellt.

Begründung

Die Siedlungsbereiche stellen ein regionalplanerisch abgestimmtes Angebot für die verstärkte Siedlungstätigkeit dar, die sich aus dem übergemeindlichen Bedarf ergibt. Sie sind im punktaxialen Siedlungskonzept begründet. Damit soll gewährleistet werden, daß das Potential gebündelt, die Auslastung der Infrastruktur verbessert und Zersiedelungserscheinungen vermieden werden.

Als Kriterien zur Ausweisung der Siedlungsbereiche wurden herangezogen:

- Lage an einer Achse,
- mögliche Entlastungsfunktion für Orte mit nur noch eingeschränkt verfügbaren Bauflächen,
- günstige Möglichkeiten für den Anschluß der Orte an das Nahverkehrs- und Infrastrukturnetz,
- geeignetes Bauflächenpotential.

Mit den Siedlungsbereichen sollen Schwerpunkte für die zukünftige Siedlungsentwicklung sowohl für Wohnen als auch für Gewerbe gesetzt werden. Dabei ist im Sinne des sparsamen Flächenverbrauchs und der Optimierung der Auslastung von Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen eine erhöhte bauliche Verdichtung vorzusehen (vgl. Kap. 2.4).

Die "Siedlungsbereiche" bilden das Gegenstück zur "Beschränkung auf Eigenentwicklung" (vgl. Kap. 2.5). Zwischen diesen beiden Kategorien befindet sich die Mehrzahl der Gemeinden, in denen sich die Siedlungstätigkeit auch weiterhin vorrangig am örtlichen Eigenbedarf unter Einbeziehung eines geringeren Anteils an Wanderungsgewinnen bemessen soll.

Im Oberzentrum Reutlingen ist mit einem Bevölkerungszuwachs zu rechnen, der die Aufnahmefähigkeit der Kernstadt mit ihren engeren Randbezirken übersteigt. Deshalb ist auch in weiteren Stadtbezirken im Nordraum eine angemessene städtebauliche Schwerpunktbildung mit höherer Siedlungsverdichtung im Rahmen der Bauleitplanung vorzusehen. Insbesondere in Reutlingen-Mittelstadt wird nach Aufgabe des fachlichen Entwicklungsplans "Kraftwerksstandorte", der eine Entwicklungsbeschränkung zur Folge hatte, eine verstärkte Siedlungsentwicklung möglich.

2.4 Richtwerte

- G Um der zunehmenden Nachfrage nach Siedlungsflächen und den Anforderungen des Freiraumschutzes gerecht zu werden und um die Auslastung der Infrastruktureinrichtungen zu verbessern, werden Dichtewerte als Richtwerte für die Berechnung von Wohnbauflächen in der Flächennutzungsplanung ausgewiesen. Sie dienen zugleich dem Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Freiflächen und dem Bodenschutz.*)

- V Folgende Dichtewerte (Einwohner je Hektar Bruttowohnbau land) sind als Mindestwerte anzuwenden:

Oberzentrum	90 EW/ha
Mittelzentrum	80 EW/ha
Untierzentrum	60 EW/ha
Kleinzentrum	60 EW/ha
Ort mit Siedlungsbereich	60 EW/ha
Sonstiger Ort	50 EW/ha

*) Dichtewerte können zwar sinnvolle Orientierungswerte für die Siedlungsentwicklung sein, sie sind jedoch keine planerischen Richtwerte im Sinne des Landesplanungsgesetzes, denn sie beziffern nicht die Bevölkerungsentwicklung durch Zuwanderung. Richtwerte gemäß § 8 Abs. 4 LplG sind bisher nicht ausgewiesen. (Vgl. Hinweis in der Genehmigung vom 28.09.1994)

- V In der Bebauungsplanung sind die Dichtewerte zur Prüfung von Möglichkeiten für städtebauliche Verdichtungen heranzuziehen. Einzelne Bebauungspläne können niedrigere Bebauungsdichten aufweisen, sofern in der Summe die Dichtewerte erreicht werden.
- V Zum Bedarfsnachweis für Bauflächenausweisungen in den Flächennutzungsplänen können die Orientierungswerte zur Bevölkerungsentwicklung (vgl. Tab. 2.5) herangezogen werden.
- V Für die Ermittlung des Gewerbeflächenbedarfs wird empfohlen, einen Dichtewert von 50 Beschäftigten je Hektar Bruttobauland anzulegen.

Begründung

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß die für verbindlich erklärten Bevölkerungsrichtwerte des Regionalplans Neckar-Alb 1978 als raumordnerisches Mittel zur Siedlungslenkung häufig zu Mißverständnissen geführt haben. Sie wurden nicht als Koordinationsinstrument, sondern als Ziel angesehen und waren deshalb ungeeignet, kurz- und mittelfristigen Veränderungen Rechnung zu tragen.

Aus diesen Gründen wird das Konzept der Bevölkerungsrichtwerte in Form von verbindlichen Vorgaben für künftige Baulandausweisungen vom Regionalverband Neckar-Alb nicht weiterverfolgt. Es wird durch Orientierungswerte ersetzt, die bei Bedarf, mindestens jedoch alle fünf Jahre, fortgeschrieben werden sollen.

Die Grundlage der Orientierungswerte ist die neueste Voraussrechnung zur Entwicklung der Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistische Berichte A 1 8 - Basis 1990 (Kreise), 23.08.1991). Die obere Variante dieser Voraussrechnung ergibt für die Region Neckar-Alb eine Einwohnerzahl von 719 798 im Jahr 2005. Auf dieser Zahl bauen die Orientierungswerte auf (vgl. Tab. 2.5). Gegenüber der Voraussrechnung des Statistischen Landesamts wurde ein Ausgleich zwischen den Landkreisen vorgenommen, da bei den Werten für den Landkreis Tübingen die Wechselwirkung zwischen Studenten und Aussiedlern/Asylbewerbern zu berücksichtigen ist.

Am 01.01.1990 betrug die Einwohnerzahl der Region Neckar-Alb 618 873; dies bedeutet eine vorausberechnete Zunahme von ca. 100 000 Einwohnern bis zum Jahr 2005. Der Bevölkerungsdruck schlägt sich deutlich spürbar in der Nachfrage nach Wohnungen und Wohnbauland nieder. Für die gegenwärtig sehr hohe Nachfrage nach Mietwohnungen sind die Zuzüge aus dem Osten der Bundesrepublik Deutschland und aus Osteuropa als Ursache zu nennen, aber auch die Tatsache, daß die Kinder aus den geburtenstarken Jahrgängen Ende der 60er Jahre in das Alter der Familiengründung gekommen sind (vgl. Tab. 2.4).

Tabelle 2.4: Zusammensetzung der Bevölkerung in der Region Neckar-Alb nach ausgewählten Altersgruppen (obere Variante)

Altersgruppe	1989 (1989 = 100)	1995	2000	2005
18 - 21 Jahre	26 824 (100,0)	21 248 (79,2)	23 734 (88,5)	24 433 (91,1)
21 - 27 Jahre	73 211 (100,0)	62 363 (85,2)	54 332 (74,2)	57 928 (79,1)
27 - 35 Jahre	87 687 (100,0)	105 411 (120,2)	93 553 (106,7)	77 469 (88,3)
35 - 40 Jahre	43 437 (100,0)	56 134 (129,2)	64 493 (148,5)	60 877 (140,2)

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistische Berichte A 1 8 - Basis 1990 (Kreise), Stuttgart 1991; eigene Berechnungen

Tabelle 2.4 zeigt außerdem, daß die 27 - 35jährigen, die nach Familiengründung und Etablierung im Beruf nach Wohneigentum streben, bis zum Jahr 2005 die größte Altersgruppe sein werden. Daraus ist abzuleiten, daß die Nachfrage nach Wohnbauland im Planungszeitraum noch erheblich steigen wird. Dies vor dem Hintergrund, daß in einzelnen Städten und Gemeinden im Verdichtungsraum der Anteil der Siedlungsflächen an der Gesamtmarkung bei bis zu 30 % liegt (vgl. Flächenbericht Neckar-Alb, Informationen 1/91). Diese Zahlen verdeutlichen die Notwendigkeit des sparsamen Umgangs mit der Fläche in der Region Neckar-Alb.

Für die Flächennutzungsplanung der Gemeinden werden deshalb Dichtewerte als Richtwerte vorgegeben. Durch die höhere Verdichtung wird neben der Reduzierung der Flächeninanspruchnahme eine bessere Auslastung der vorhandenen oder notwendigen neuen Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen angestrebt (vgl. Kap. 2.1 bis 2.3 und Kap. 4).

Die Notwendigkeit der Siedlungsverdichtung ist auch im Zusammenhang mit dem regionalen Freiraumkonzept (Kap. 3) gegeben: Regionale Grünzüge, Grünzäsuren und schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen sind zur Erhaltung der Wohn- und Standortqualitäten erforderlich. Umso wichtiger ist es, die verfügbaren Bauflächen möglichst optimal zu nutzen.

Schon im Regionalplan Neckar-Alb 1978 sind in Kapitel 8.3 Einwohnerdichtewerte ausgewiesen, die jedoch von der Verbindlichkeit ausgenommen wurden, weil sie zu niedrig angesetzt waren. Die jetzt ausgewiesenen Werte orientieren sich am 2. Bauflächenkataster von 1984.

Die Dichtewerte sollen zur Ermittlung des Flächenbedarfs im Rahmen der Flächennutzungsplanung herangezogen werden. In den Flächennutzungsplänen sollten solche Bauflächen gekennzeichnet werden, die für eine höhere Verdichtung vorgesehen werden können, um an anderer Stelle eine geringere Verdichtung zu ermöglichen. Die Dichtewerte gewährleisten somit den Städten und Gemeinden ein hohes Maß an Gestaltungsmöglichkeiten in der Bebauungsplanung. Sie reichen von der Festlegung zu Grundstücksgrößen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB bis zur Festlegung der Bauweise (z. B. Hausgruppen, Doppelhäuser, Reihenhäuser) gemäß § 22 BauNVO. Sie ermöglichen den Mehrgeschoßwohnungsbau einerseits und die Ausweisung von Bauland für freistehende Einfamilienhäuser andererseits. Entscheidend ist, daß in der Summe der Baugebiete der Dichtewert erreicht wird und damit dem Anliegen der Konzentration der Siedlungsentwicklung und dem sparsamen Umgang mit der freien Landschaft Rechnung getragen wird.

Tabelle 2.5: Orientierungswerte für Einwohnerzahlen bis zum Jahr 2005

Verwaltungsraum	Einwohnerzahl			Vorausrechnung 2005 * Statistisches Landesamt			Orientierungswert 2005 Regionalplan 1993 (Basis 1990)					
	01. 01. 1974	01. 01. 1990	30. 09. 1992	untere Variante	obere Variante	Veränderung Spalte 5 zu Spalte 3	untere Variante	Zunahme %/Jahr	obere Variante	Zunahme %/Jahr	Veränderung Spalte 7 zu Spalte 3	Veränderung Spalte 9 zu Spalte 3
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Reutlingen	95 988	101 987	106 233	111 595	114 725	8 492	115 000	0,9	116 000	0,9	8 767	9 767
Eningen unter Achalm	9 273	9 561	9 901	10 462	10 755	854	10 200	0,4	10 800	0,9	299	899
Lichtenstein	8 176	9 094	9 688	9 951	10 230	542	9 800	0,5	10 500	1,0	112	812
Pfullingen	16 422	16 788	17 329	18 370	18 885	1 556	18 000	0,5	18 500	0,7	671	1 171
VR Pliezhausen	8 710	11 306	12 250	12 371	12 718	468	12 900	0,9	13 000	1,0	650	750
Sonnenbühl	5 212	6 143	6 555	6 722	6 910	355	7 000	0,9	7 400	1,4	445	845
Wannweil	4 839	4 753	5 120	5 201	5 347	227	5 200	0,6	5 500	1,0	80	380
VR Metzingen	24 483	26 584	28 209	29 088	29 904	1 695	29 000	0,6	30 500	1,0	791	2 291
Dettingen an der Erms	7 527	8 790	9 128	9 618	9 888	760	9 700	0,7	10 000	0,9	572	872
VR Bad Urach	18 497	19 552	20 583	21 394	21 994	1 411	22 000	0,8	22 300	0,9	1 417	1 717
VR Münsingen	14 555	15 236	16 188	16 671	17 139	951	16 900	0,7	18 200	1,3	712	2 012
VR Engstingen	7 205	7 267	7 803	7 952	8 175	372	8 400	1,0	8 800	1,4	597	997
St. Johann	4 253	4 567	4 841	4 986	5 126	285	5 200	0,9	5 300	1,1	359	459
Trochtelfingen	4 954	5 550	6 084	6 073	6 243	159	6 200	0,8	6 500	1,1	116	416
VR Zwielfalten	6 289	5 888	6 124	6 443	6 623	499	6 300	0,5	6 700	0,9	176	576
Lkr. Reutlingen	236 383	253 056	266 036	276 896	284 662	18 626	281 800	0,8	290 000	1,0	15 764	23 964
Tübingen	70 993	78 643	82 716	97 659	102 107	19 391	9 100	1,0	93 800	1,3	8 284	11 084
Ammerbuch	8 083	9 859	10 539	12 243	12 801	2 262	11 500	1,1	12 000	1,4	961	1 461
Dettenhausen	3 797	4 963	5 142	6 163	6 444	1 302	5 600	0,9	5 800	1,1	458	658
Kirchentellinsfurt	4 458	4 962	5 252	6 162	6 442	1 190	5 600	0,9	5 900	1,3	348	648
Kusterdingen	5 998	6 955	7 395	8 637	9 030	1 635	7 900	0,9	8 200	1,2	505	805
VR Mössingen	20 897	25 566	27 232	31 748	33 194	5 962	28 500	0,8	30 000	1,2	1 268	2 768
VR Steinlach- Wiesaz	13 222	14 590	15 361	18 118	18 943	3 582	16 500	0,9	17 300	1,2	1 139	1 939
VR Rottenburg am Neckar	37 069	43 344	46 616	53 825	56 276	9 660	52 000	1,3	52 000	1,3	5 384	5 384
Lkr. Tübingen	164 517	188 882	200 253	234 554	245 238	44 985	218 600	1,0	225 000	1,3	18 347	24 747
VR Balingen	34 654	36 362	38 402	38 281	39 026	624	41 000	0,9	43 000	1,2	2 598	4 598
Rosenfeld	5 274	5 283	5 727	5 562	5 670	-57	5 800	0,7	6 200	1,2	73	473
VR Schömburg	7 748	8 573	9 316	9 026	9 201	-115	9 500	0,7	9 900	1,0	184	584
VR Albstadt	55 082	50 865	53 455	53 550	54 592	1 137	55 000	0,5	58 000	0,9	1 545	4 545
VR Meßstetten	13 215	13 400	13 830	14 107	14 382	552	14 600	0,6	15 500	1,0	770	1 670
VR Winterlingen	8 719	8 990	9 377	9 465	9 649	272	9 700	0,5	10 300	1,0	323	923
VR Hechingen	21 411	22 391	24 192	23 573	24 031	-161	26 500	1,2	26 500	1,2	2 308	2 308
VR Bisingen	8 726	9 265	10 210	9 754	9 944	-266	10 000	0,5	10 800	1,1	-210	590
Burladingen	12 418	12 029	12 845	12 664	12 910	65	13 500	0,8	13 600	0,9	655	755
Haigerloch	9 554	9 777	10 496	10 293	10 493	-3	11 000	0,8	11 200	1,0	504	704
Zollernalbkreis	176 801	176 935	187 850	186 274	189 898	2 048	196 600	0,7	205 000	1,1	8 750	17 150
Region Neckar-Alb	577 701	618 873	654 139	697 724	719 798	65 659	697 000	0,8	720 000	1,1	42 861	65 861

* Die Vorausrechnung des Statistischen Landesamts (Basis 1990) ermittelte nur Werte für die Landkreise, nicht für die Verwaltungsräume. Die Werte für die Verwaltungsräume wurden entsprechend der Anteile an den Kreisen (Stand 1990) vom Regionalverband errechnet.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; eigene Berechnungen

2.5 Gemeinden mit Beschränkung auf Eigenentwicklung

- G In Gemeinden, in denen die Ausweisung neuer Siedlungsflächen an Grenzen stößt, soll die zukünftige Siedlungstätigkeit auf die Eigenentwicklung beschränkt werden.
- G Damit sollen die verbleibenden Möglichkeiten für die Eigenentwicklung, die Wohnqualität der Gemeinden und die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts langfristig gesichert werden.
- Z In folgenden Gemeinden der Region Neckar-Alb soll aus besonderen Gründen, insbesondere aus Rücksicht auf Naturgüter, keine über die Eigenentwicklung hinausgehende Siedlungstätigkeit stattfinden; hier soll die innerörtliche Siedlungstätigkeit im Vordergrund stehen:
Stadt/Gemeinde mit Beschränkung auf Eigenentwicklung
- Z *Albstadt*
- V Burgfelden
- Z *Ammerbuch*
- V Breitenholz
- Z *Bad Urach*
- V Bad Urach, Seeburg
- Z *Balingen*
- V Roßwangen, Streichen, Zillhausen
- Z *Burladingen*
- V Hausen im Killertal, Hermannsdorf, Hörschwag, Killer, Starzeln, Stetten unter Holstein
- Z *Gomadingen*
- V Dapfen, Marbach, Offenhausen, Wasserstetten
- Z *Haigerloch*
- V Bad Imnau
- Z *Hayingen*
- V Anhausen, Ehestetten, Indelhausen, Oberwilzingen, Weiler
- Z *Hechingen*
- V Beuren, Schlatt
- Z *Hohenstein*
- V Eglingen
- Z *Lichtenstein*
- V Honau, Unterhausen
- Z *Metzingen*
- V Glems
- Z *Mössingen*
- V Bad Sebastiansweiler
- Z *Münsingen*
- V Apfelstetten, Bichishausen, Bremelau, Buttenhausen, Dürrenstetten, Gundelfingen, Hundertsingen

-
- Z *Pfronstetten*
 - V *Aichstetten*
 - Z *Reutlingen*
 - V *Bronnweiler*
 - Z *Riederich*
 - V *Riederich*
 - Z *Rottenburg am Neckar*
 - V *Bad Niedernau, Baisingen, Bieringen, Kiebingen, Obernau*
 - Z *Starzach*
 - V *Börstingen, Sulzau*
 - Z *Trochtelfingen*
 - V *Hausen an der Lauchert*
 - Z *Tübingen*
 - V *Bebenhausen*
 - Z *Zwiefalten*
 - V *Baach, Gossenzugen, Hochberg, Mörsingen, Sonderbuch, Upflamör*
 - V Zur Unterstützung der innerörtlichen Siedlungsentwicklung sollen bei den entsprechenden Förderprogrammen schwerpunktmäßig die Gemeinden berücksichtigt werden, in denen die Siedlungstätigkeit auf Eigenentwicklung beschränkt werden soll.

Begründung

Vor dem Hintergrund, daß Flächen nicht vermehrbar sind und die naturräumlichen Rahmenbedingungen in einigen Gemeinden schon heute der weiteren Siedlungstätigkeit erkennbare Grenzen setzen, muß es darum gehen, der ansässigen Bevölkerung dieser Gemeinden den Handlungsspielraum für die zukünftige Eigenentwicklung zu sichern. Insbesondere dort, wo eine verstärkte Siedlungstätigkeit nur zu Lasten der Naturgüter und damit unter Verringerung der Wohnqualität vonstatten gehen könnte, soll auf eine Siedlungsflächenausweisung zur Aufnahme von Wanderungsgewinnen bzw. zur Neuansiedlung von Gewerbebetrieben verzichtet werden.

Solche Gemeinden befinden sich in der Regel in den topographisch eng begrenzten Tallagen des Verdichtungsraums Reutlingen/Tübingen und seiner Randzone (z. B. Ermstal, Echaztal, oberes Neckartal), aber auch im ländlichen Raum (z. B. Lautertal, Killertal u. a.). Darüber hinaus befinden sich einige dieser Gemeinden in naturräumlich hochsensiblen, exponierten Landschaftsteilen.

Unter regionalplanerischen Gesichtspunkten werden für die Beschränkung auf Eigenentwicklung folgende Kriterien zugrunde gelegt:

- topographisch bedingte Siedlungsgrenzen, z. B. enge Tallage (Topographie),
- Frischluftschneisen, Siedlungssäure zu Nachbarorten, empfindliches Landschaftsbild (Grünzug/Grünzäsur),
- schutzbedürftige Landschaftsbestandteile, z. B. Naturschutzgebiete, wertvolle Biotope, Naturdenkmale (Natur- und Landschaftsschutz),
- schutzbedürftige Wasservorkommen, Überschwemmungsflächen (Wasserschutz),
- schutzbedürftige Wälder (Forst),
- hochwertige Böden, Vorrangflur (Landwirtschaft),

- empfindliche Erholungsräume (Erholung),
- zu sichernde Rohstoffe, Abbaufächen (Rohstoffsicherung).

Die folgende Zusammenstellung zeigt, welche Kriterien jeweils zur Beschränkung auf Eigenentwicklung geführt haben:

Stadt/Gemeinde mit Beschränkung auf Eigenentwicklung		Topographie	Grünzug/Grünzäsur	Natur- und Landschaftsschutz	Wasserschutz	Forst	Landwirtschaft	Erholung	Rohstoffsicherung
Albstadt	Burgfelden		x	x	x			x	
Ammerbuch	Breitenholz		x	x	x		x	x	
Bad Urach	Bad Urach	x	x	x	x	x		x	
	Seeburg	x		x	x	x		x	
Balingen	Roßwangen		x	x				x	
	Streichen	x	x	x				x	
	Zillhausen	x	x	x	x		x	x	
Burladingen	Hausen im Killertal	x	x	x		x		x	
	Hermannsdorf			x	x	x	x	x	
	Hörschwag	x	x	x	x			x	
	Killer	x	x	x		x	x	x	
	Starzeln	x	x	x		x		x	
	Stetten unter Holstein	x	x	x	x		x	x	
Gomadingen	Dapfen	x	x	x	x			x	
	Marbach	x	x	x		x		x	
	Offenhausen	x	x	x	x	x		x	
	Wasserstetten	x	x	x				x	
Haigerloch	Bad Imnau	x		x	x	x		x	
Hayingen	Anhausen	x	x	x	x	x		x	
	Ehestetten			x	x		x	x	
	Indelhausen	x	x	x	x	x		x	
	Oberwilzingen			x	x		x	x	
	Weiler	x	x	x	x			x	
Hechingen	Beuren			x			x	x	
	Schlatt	x	x	x			x	x	x
Hohenstein	Eglingen			x	x		x	x	
Lichtenstein	Honau	x	x	x	x	x		x	
	Unterhausen	x	x	x	x	x		x	
Metzingen	Glems		x	x	x		x	x	
Mössingen	Bad Sebastiansweiler		x	x	x			x	
Münsingen	Apfelstetten	x		x	x	x		x	
	Bichishausen	x	x	x				x	
	Bremelau		x	x	x				
	Buttenhausen	x	x	x		x		x	
	Dürrenstetten		x	x	x				
	Gundelfingen	x	x	x				x	
	Hundersingen	x	x	x				x	

Stadt/Gemeinde mit Beschränkung auf Eigenentwicklung		Topographie	Grünzug/Grünzäsur	Natur- und Landschaftsschutz	Wasserschutz	Forst	Landwirtschaft	Erholung	Rohstoffisicherung
Pfronstetten	Aichstetten		x	x	x				
Reutlingen	Bronnweiler	x	x	x			x		
Riederich	Riederich		x	x			x		
Rottenburg am Neckar	Bad Niedernau	x	x	x	x	x		x	
	Baisingen		x	x	x		x		
	Bieringen	x	x	x	x	x			
	Kiebingen		x				x		
	Obernau	x	x	x	x	x		x	
Starzach	Börstingen	x	x	x	x	x	x	x	
	Sulzau	x	x	x	x	x		x	
Trochtelfingen	Hausen an der Lauchert	x	x	x	x		x	x	
Tübingen	Bebenhausen		x	x	x	x		x	
Zwiefalten	Baach	x	x	x				x	
	Gossenzugen	x	x	x				x	
	Hochberg			x	x			x	
	Mörsingen			x	x			x	
	Sonderbuch			x	x		x		x
	Upflamör			x	x		x	x	

"Beschränkung auf Eigenentwicklung" bedeutet kein absolutes Ende der Siedlungstätigkeit. Vielmehr werden für die Deckung des Eigenbedarfs auch künftig neue Bauflächenausweisungen notwendig sein. Die Möglichkeiten dazu sollen mit der Beschränkung auf Eigenentwicklung gesichert werden.

Der Bedarf für die Eigenentwicklung ergibt sich aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, steigenden Wohnansprüchen, abnehmender Belegungsdichte, dem Bedarf der örtlichen gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft sowie aus Sanierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen. Im Vordergrund soll jedoch die qualitative Siedlungsentwicklung in Form von Sanierungen, Umwidmungen brachliegender Gewerbebetriebe etc. stehen.

Das regionalplanerische Ziel, die Siedlungstätigkeit in den Gemeinden mit Beschränkung auf Eigenentwicklung vorrangig qualitativ, d. h. durch Sanierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen, durchzuführen, ist mit hohen finanziellen Aufwendungen verbunden. Um diese zu bewältigen, ist eine Unterstützung von außen dringend erforderlich. Deshalb wird vorgeschlagen, zur Stützung der innerörtlichen Siedlungsentwicklung die Gemeinden mit Beschränkung auf Eigenentwicklung bei der Vergabe entsprechender Fördermittel verstärkt zu berücksichtigen.

2.6 Schwerpunkte für Industrie und Dienstleistungseinrichtungen

- G Neuansiedlungen oder Verlagerungen von überörtlich bedeutsamen Industrieanlagen und Dienstleistungseinrichtungen sollen grundsätzlich an solchen Standorten konzentriert wer-

den, die mit den Anforderungen der Freiraumsicherung (Kap. 3) in Einklang gebracht werden können und den Möglichkeiten des Infrastrukturausbaus (Kap. 4) entsprechen.

- G Industrie- und Gewerbeanlagen sowie produktionsorientierte Dienstleistungseinrichtungen sind möglichst an vorhandene Gewerbestandorte anzugliedern. Vorhandene Industrie- und Gewerbegebiete sollen erhalten und weiterentwickelt werden. Dienstleistungseinrichtungen mit Versorgungscharakter, d. h. mit Publikumsverkehr, sind möglichst in den Kernbereichen der Zentralen Orte anzusiedeln. Dienstleistungseinrichtungen, die der Kur- und Ferienerholung dienen, sind in den Schwerpunkten der Fremdenverkehrsentwicklung (vgl. Kap. 3.2.4.2) zu konzentrieren.
- G Für überörtlich bedeutsame Neuansiedlungen oder Verlagerungen von Gewerbebetrieben, die wegen der Größe ihres Flächenbedarfs nicht in bestehende Industrie- und Gewerbegebiete eingegliedert werden können, werden Vorsorgestandorte für Industrie und Gewerbe ausgewiesen.
- G Für Dienstleistungseinrichtungen, die nicht im Zusammenhang mit dem Produzierenden Gewerbe, dem Fremdenverkehr oder dem Gesundheitswesen stehen und die wegen ihres hohen Flächenbedarfs oder wegen ihres großen Verkehrsaufkommens räumlich und funktional nicht in die Kernstädte der Ober- und Mittelzentren eingegliedert werden können, werden Schwerpunkte für Dienstleistungseinrichtungen ausgewiesen.
- Z Als Vorsorgestandorte für Industrie und Gewerbe werden ausgewiesen:
Bad Urach-Hengen, Engstingen-Haid, Münsingen, Schömberg.
Sie sind in der Raumnutzungskarte dargestellt.
- Z Als Vorsorgestandort für Gewerbe wird ausgewiesen:
Rottenburg-Ergenzingen.
Er ist in der Raumnutzungskarte dargestellt.
- V Zusätzlich wird die langfristige Sicherung folgender Bereiche für Industrie und Gewerbe vorgeschlagen:
Bisingen, Hechingen/Bodelshausen, Rosenfeld, Wannweil/Reutlingen.
Sie sind in der Raumnutzungskarte dargestellt.
- Z Als Schwerpunkte für Dienstleistungseinrichtungen werden ausgewiesen:
Albstadt, Balingen, Hechingen, Metzingen, Münsingen, Reutlingen-West, Rottenburg, Tübingen.
Sie sind in der Raumnutzungskarte dargestellt.
- Z Die Vorsorgestandorte und Schwerpunkte sind in das Netz des ÖPNV einzubinden; bestehende Anschlüsse sind zu erhalten und auszubauen.
- Z Bei der Inanspruchnahme der Vorsorgestandorte und Schwerpunkte ist im Konfliktfall aus regionalplanerischer Sicht der Nutzung für Gewerbe und Dienstleistungen Vorrang vor ande-

ren Nutzungen und Funktionen einzuräumen.*) Die Abgrenzung und Ausgestaltung der Standorte obliegt der Bauleitplanung.

- V Eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit bei der Planung und Erschließung dieser regional bedeutsamen Standorte ist vorzusehen.
- Z Großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe für Endverbraucher mit überörtlicher Bedeutung sollen nur in den Kernbereichen und in Sondergebieten der Ober-, Mittel- und Unterzentren ausgewiesen, errichtet oder erweitert werden.
- Z Die Ausweisung entsprechender Sondergebiete ist auf solche großflächigen Einzelhandelsbetriebe zu beschränken, die sich aufgrund ihres spezifischen Warenangebots und des damit einhergehenden großen Flächenbedarfs oder hohen Verkehrsaufkommens nicht in die Kernbereiche der Zentralen Orte eingliedern lassen. Zentren sollen diese Sondergebiete nur in den Schwerpunkten für Dienstleistungseinrichtungen ausgewiesen werden. In den Unterzentren sind sie nur in unmittelbarer Anlehnung an die Ortskerne zuzulassen. Die Größe der Verkaufsflächen hat sich am Verflechtungsbereich des jeweiligen Zentralen Ortes zu orientieren.

Begründung

Bei der Ausweisung notwendiger Industrie- und Gewerbeflächen macht sich vor allem im Verdichtungsraum Reutlingen/Tübingen und in der Randzone die Mittelgebirgslage mit ihrem bewegten Relief als begrenzender Faktor bemerkbar. Die topographisch für Industrie- und Gewerbeflächen besonders geeigneten Tallagen sind weitestgehend bereits in Anspruch genommen; mögliche Erweiterungsflächen stoßen auf Konflikte mit der Wohnbebauung und zunehmend mit den Anforderungen des Schutzes der Naturgüter, insbesondere mit dem Siedlungsklima.

Gleichzeitig ist eine verstärkte Nachfrage nach solchen Flächen festzustellen, die aus den wirtschaftlichen Impulsen des europäischen Binnenmarkts, der Öffnung der osteuropäischen Märkte, dem Zusammenwachsen der alten und neuen Bundesländer sowie dem Umstrukturierungsprozeß der gewerblichen Wirtschaft hin zu Dienstleistungen resultieren.

Um mittel- bis langfristig diesem Flächenbedarf und damit den Entwicklungschancen der Region Neckar-Alb gerecht zu werden, sind vorsorglich solche Standortbereiche für Industrie und Gewerbe sowie für Dienstleistungseinrichtungen zu sichern, die mit dem Freiraumkonzept (Kap. 3) und dem Infrastrukturkonzept (Kap. 4) des Regionalplans in Einklang gebracht werden können. Insbesondere soll ihre Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel gewährleistet werden.

Mit der Ausweisung entsprechender Standortbereiche im Regionalplan wird gleichzeitig der vom Land geforderten Standortvorsorge für übergemeindlich bedeutsame Industrie- und Gewerbeanlagen und Dienstleistungseinrichtungen Rechnung getragen. Die Modalitäten der konkreten Vorsorgeplanung müssen in Abstimmung mit der Landesregierung festgelegt werden (vgl. § 8 Abs. 2 Nr. 7 LplG und Kommissionsbericht "Standortvorsorge und Flächensicherung 1990").

Durch eine gemeindeübergreifende Kooperation bei der Industrie- und Gewerbeansiedlung sowie bei der Ansiedlung bestimmter Dienstleistungen soll erreicht werden, daß der Druck auf die verbliebenen Freiflächen im Verdichtungsraum und seiner Randzone abgeschwächt wird. Gleichzeitig sollen durch Kooperation

*) Eine Abwägung hinsichtlich der vorrangigen Nutzung findet nicht mehr statt. (Vgl. Hinweis in der Genehmigung vom 28.09.1994)

die Standortchancen, die bei einer gemeindeübergreifenden Planung auch für kleinere und wirtschaftsschwächere Gemeinden entstehen, genutzt werden.

Die zunehmend eingeschränkte Flächenverfügbarkeit im Verdichtungsraum Reutlingen/Tübingen und in Teilen seiner Randzone sowie die dort ständig wachsenden Verkehrsprobleme vor allem im Berufsverkehr machen es unabdingbar, die erforderlichen Standortbereiche für großflächige Industrie- und Gewerbeansiedlungen außerhalb dieser Problemgebiete vorzusehen. Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im Vorfeld des Verdichtungsraums soll der weiteren Zunahme der Pendlerströme und den Abwanderungstendenzen aus dem ländlichen Raum entgegengewirkt werden.

Im Regionalplan wird unterschieden zwischen Vorsorgestandorten für Industrie und Gewerbe, Vorsorgestandorten für Gewerbe und langfristig zu sichernden Bereichen für Industrie und Gewerbe.

Als Vorsorgestandorte für Industrie und Gewerbe werden ausgewiesen:

Bad Urach-Hengen

Standortbereich nordöstlich von Hengen südlich der B 28 und westlich der L 245. Die regionalplanerische Ausweisung eines Vorsorgestandorts für Industrie und Gewerbe nördlich des Truppenübungsplatzes Münsingen ergibt sich aus der Notwendigkeit und dem Ziel, das Ermtal zu entlasten, dabei jedoch ausiedlungswillige und zur Aussiedlung gezwungene Betriebe in der Region und im Mittelbereich Metzingen zu halten sowie den ländlichen Raum im Hinterland des Ermtals zu stärken.

Engstingen-Haid

Umwidmung des Kasernengeländes und Standortübungsplatzes Haid. Die Erschließung des Gewerbeparks erfolgt über die Hohenzollerische Landesbahn und die B 312/B 313; die technische Ver- und Entsorgung ist vorhanden, ggf. jedoch ausbaubedürftig. Die Verwirklichung des Gewerbe- und Industrieparks Engstingen-Haid soll zur Entlastung des Echaztals und zur Stärkung des ländlichen Raums auf der Reutlinger Alb und der Zwiefalter Alb beitragen. Im Zusammenhang damit tritt die Dringlichkeit eines neuen Alaufstiegs im Zuge der B 312/B 313 vermehrt in den Vordergrund (vgl. Kap. 4.1.3).

Münsingen

Standortbereich im Westen der Stadt südlich der L 230 im Anschluß an das bestehende Gewerbegebiet nördlich der Landesstraße. Die Erschließung erfolgt durch die Bahnlinie Engstingen - Münsingen - Schelklingen, durch die L 230 und die künftige Ortsumfahrung im Zuge der B 465. Die regionalplanerische Ausweisung dieses Vorsorgestandorts für Industrie und Gewerbe leitet sich ab aus dem Wohnungsbau-schwerpunkt Münsingen (Schaffung von Arbeitsplätzen für die zuziehende Bevölkerung) und aus der Notwendigkeit, das Mittelzentrum Münsingen und damit seinen Mittelbereich zu stärken. Sollte es zu einer Teilauflösung des Truppenübungsplatzes kommen, ist alternativ zu Münsingen-West auch ein Standortbereich westlich der Straße Böttingen - Zainingen (jetzt noch Truppenübungsplatzgelände) zu prüfen. Diese Möglichkeit sollte offengehalten werden.

Schömborg

Standortbereich nördlich der B 27 (neu) im Anschluß an das bestehende Gewerbegebiet. Bei Fertigstellung der Umgehung Schömborg ist ein ortsdurchfahrtsfreier Anschluß an die B 27 (neu) möglich. Die regionalplanerische Ausweisung eines übergemeindlich bedeutsamen Vorsorgestandorts für Industrie und Gewerbe Schömborg soll zur Stärkung des ländlichen Raums im Bereich der Landesentwicklungsachse Reutlingen/Tübingen - Balingen - Kleinzentrum Schömborg - Rottweil beitragen.

Als Vorsorgestandort für Gewerbe wird ausgewiesen:

Rottenburg-Ergenzingen

Standortbereich nordöstlich von Ergenzingen zwischen der Bahnlinie und der Autobahn A 81; ortsdurchfahrtsfreie Autobahnzufahrt (Anschluß Rottenburg am Neckar). Die regionalplanerische Ausweisung des Vorsorgestandorts für Gewerbe Ergenzingen basiert auf umfangreichen Standortanalysen, die sämtlich die besondere Lagegunst dieses Bereichs hervorheben. Durch die Ansiedlung von Gewerbe kann auch das Kleinzentrum Ergenzingen gestärkt werden.

Als Bereiche für Industrie und Gewerbe sind zu sichern:

Bisingen

Gelände nördlich der B 27 und der L 391. Zur Entlastung des Verdichtungsraumes im Norden der Region und zur Stärkung des Mittelbereichs Hechingen wird langfristig ein weiterer übergemeindlich bedeutsamer Industrie- und Gewerbebestandort im Bereich der Landesentwicklungsachse Reutlingen/Tübingen - Balingen für geeignet gehalten.

Hechingen/Bodelshausen

Standortbereich südlich des Bahnhofs Bodelshausen, jedoch überwiegend auf Hechinger Gemarkung. Die Erschließung über einen ortsdurchfahrtsfreien Anschluß an die B 27, die B 32 und die L 410 ist möglich. Sowohl in Bodelshausen als auch in Hechingen sind die Möglichkeiten begrenzt, Gewerbe- und Industriegebiete, die auch den Belangen des regionalen Freiraumkonzepts Rechnung tragen, auszuweisen. Vor allem aus topographischen und verkehrstechnischen Gründen (Schiene, Bahnhofsnähe, günstige Straßenanbindung) sollte deshalb dieser Standortbereich südlich des Bahnhofs Bodelshausen als neues Gewerbe- und Industriegebiet (Vorsorgebereich) gesichert werden.

Rosenfeld

Standortbereich westlich der Stadt Rosenfeld südlich der L 415, relativ günstige Lage zum Autobahnanschluß Oberndorf (ca. 10 km). Durch die langfristige Vorsorgeplanung eines übergemeindlich bedeutsamen Bereichs für Industrie und Gewerbe auf dem Kleinen Heuberg soll der ländliche Raum entlang der regionalen Siedlungs- und Nahverkehrsachse Balingen - Kleinzentrum Rosenfeld (- Oberndorf) gestärkt werden. Die in Rosenfeld neu zu schaffenden Arbeitsplätze sollen langfristig dem Abbau des Auspendlerüberschusses aus dem Raum Kleiner Heuberg/Haigerloch, der seit Fertigstellung der A 81 nach Böblingen/Sindelfingen erheblich zugenommen hat, dienen.

Wannweil/Reutlingen

Standortbereich Mark-Nord nördlich der B 28 im Anschluß an das bestehende Industriegebiet Reutlingen/Kusterdingen (Mark-West/Mark-Nord). Die Erschließung kann über den neuen Mittelknoten der B 28 erfolgen. Die Gemeinde Wannweil lehnt diesen Standortbereich aufgrund eines Bürgerentscheids gegen das im Flächennutzungsplan genehmigte Gewerbegebiet "Mark" ab. Aus regionalplanerischer Sicht sprechen jedoch die verkehrsgünstige Lage an der B 28, die Nähe zu bereits bestehenden Industrie- und Dienstleistungsbetrieben ("Führungsvorteile") und die Größe der zusammenhängenden, relativ ebenen Fläche dafür, diesen Standortbereich planerisch offen zu halten.

Schwerpunkte für übergemeindlich bedeutsame Dienstleistungseinrichtungen sind in den Ober- und Mittelzentren der Region angesiedelt. Sie sollen diejenigen Einrichtungen aufnehmen, die wegen ihres hohen Flächenbedarfs und/oder ihres hohen Verkehrsaufkommens nicht in die Stadtkerne integriert werden können. Dabei ist an Dienstleistungseinrichtungen mit hohem Publikumsverkehr, also vor allem an Einzelhandel, Bildung, Freizeitgestaltung und Serviceleistungen gedacht, nicht jedoch an Krankenhäuser, Kur- und Fremdenverkehrseinrichtungen oder an gewerbliche Dienstleistungsbetriebe, die mit der Produktion zusammenhängen. Letztere sollten in Gewerbegebieten untergebracht werden. Einrichtungen für das Kur- und Erholungswesen sind auf die Schwerpunkte der Fremdenverkehrsentwicklung (vgl. Kap. 3.2.4.2) auszurichten. Durch diese Beschränkungen soll eine Konzentration der Dienstleistungseinrichtungen mit hohem Verkehrsaufkommen erreicht werden, damit eine Chance besteht, sie in ein Nahverkehrskonzept einzubinden.

Die Begriffsbestimmung, Größe und Bewertung großflächiger Einzelhandelsbetriebe sind in der Gemeinsamen Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums und des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie vom 15. Januar 1988 (GABl. S. 167) ausführlich dargestellt und hinreichend konkret geregelt. Demnach besteht kein Zweifel, daß sich großflächige Einzelhandelsbetriebe negativ auf die städtebauliche Struktur und die regionale Siedlungsstruktur auswirken können, wenn sie an nicht integrierten Standorten errichtet werden (vgl. auch Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983, PS 2.2.34). Die relativ stark bindenden Vorschriften haben in den letzten Jahren dazu geführt, daß typische Neuansiedlungen von Einkaufszentren "auf der grünen Wiese" nicht mehr genehmigt wurden.

Probleme bereiten weiterhin die sog. atypischen Fälle, z. B.:

- großflächige Erweiterungen bestehender Einkaufszentren,
- Umwidmung ehemaliger Produktionsanlagen zu Einkaufszentren,
- Sortimentenerweiterungen von Fachmärkten,
- Umwidmung von Verbrauchermärkten zu Fachmärkten.

Bei den Fachmärkten ist zu unterscheiden zwischen solchen, die aufgrund ihres Warensortiments und des damit verbundenen Transportaufkommens nicht in die Stadtkerne integriert werden können (z. B. Möbelmärkte, Baumärkte, Garten- und Hobbymärkte etc.), und solchen, die spezifisch innenstadttypische Warensortimente anbieten (z. B. Photo-/Phonomärkte, Schuhmärkte, Teppich-/Gardinen-/Farbenmärkte, Spielzeugmärkte etc.).

Der Verdrängungswettbewerb bei den klassischen Verbrauchermärkten mit Vollsortiment scheint sich zu verstärken und führt infolgedessen zu einer Umwidmung zu Fachmärkten mit innenstadtrelevanten Warensortimenten. Dies beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit und die Entwicklungschancen der Innenstädte bzw. Ortskerne im Einzugsbereich solcher Märkte. Es besteht die Gefahr, daß mit öffentlichen Mitteln geförderte Stadt-sanierungs- und Dorferneuerungsmaßnahmen in ihrem Erfolg gemindert oder gar zunichte gemacht werden, wenn das Potential für eine wesentliche Funktion der Stadt- und Dorikerne, nämlich die Einkaufsfunktion, über den Kaufkraftabzug auf Standorte außerhalb der Zentren gelenkt wird. Zudem fördert die Ansiedlung und die Erweiterung solcher nichtintegrierten Einzelhandelsgroßbetriebe die Zersiedelung der Landschaft, nimmt wertvolle Industrie- und Gewerbeflächen in Anspruch und behindert wegen der Verlagerung der Zielpunkte des Verkehrs den Erhalt oder Ausbau tragfähiger öffentlicher Verkehrssysteme.

Für die Neuansiedlung und Erweiterung solcher Einzelhandelsgroßbetriebe, die wegen ihres Warensortiments und Transportaufkommens nicht in die Stadtkerne integriert werden können, werden aus regional-planerischer Sicht deshalb Schwerpunkte für Dienstleistungseinrichtungen festgelegt, an denen solche Einrichtungen in dafür auszuweisenden Sondergebieten konzentriert werden sollen. Außerhalb solcher Sondergebiete und der Stadt- bzw. Ortskerne von Ober-, Mittel- und Unterzentren sollen Neuansiedlungen und großflächige Erweiterungen von Einzelhandelsbetrieben nicht zugelassen werden.

Die steigenden Ansprüche an die Landschaft durch Flächenumwidmung für bauliche Zwecke (einschließlich Verkehr und technischer Infrastruktur), für die Erholung oder zur verstärkten Nutzung der Naturgüter haben zu einer erheblichen Verminderung der naturnahen Freiräume in der Region Neckar-Alb geführt. Die Ansprüche an den Freiraum werden - nicht zuletzt aufgrund des technischen Fortschritts und der zunehmenden Freizeit - weiter steigen; die Konflikte zwischen einzelnen Nutzungsansprüchen werden zunehmen.

Es besteht die Gefahr, daß die Standortgunst und die Leistungsfähigkeit der Region Neckar-Alb durch eine unzureichend abgestimmte Inanspruchnahme von Freiräumen und die Übernutzung der Naturgüter beeinträchtigt wird. Deshalb ist es notwendig, zukünftig erforderliche Maßnahmen an dem regionalen Freiraumkonzept zu orientieren, das sowohl den Belangen des Naturhaushalts Rechnung trägt als auch auf die Erfordernisse der Siedlungstätigkeit (Kap. 2) und des Verkehrs- und Infrastrukturausbaus (Kap. 4) abgestimmt ist.

3.0 Grundsätze zur regionalen Freiraumstruktur

- G In der Region Neckar-Alb sind zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen ausreichend große Freiräume zu erhalten.
- G Die Naturgüter Boden, Wasser, Luft, Pflanzen- und Tierwelt sollen in der Region Neckar-Alb so behandelt, genutzt und geschützt werden, daß sie ihre Aufgaben als natürliche Lebensgrundlagen für die Bevölkerung dauerhaft erfüllen können. Dabei sind sowohl die Einzel-faktoren als auch das Zusammenspiel aller Faktoren im Naturhaushalt zu berücksichtigen.
- G Bei Eingriffen in die Landschaft sind aus regionalplanerischer Sicht vor allem folgende Grund-sätze zu beachten:
 - Maßnahmen der Siedlungstätigkeit und zum Ausbau der Infrastruktur sind mit den Er-fordernissen der Freiraumsicherung abzustimmen.
 - Bei der Planung und Durchführung notwendiger Baumaßnahmen ist auf eine möglichst sparsame Flächeninanspruchnahme hinzuwirken.
 - Eine weitere Zerschneidung zusammenhängender naturnaher Landschaftsteile durch Maß-nahmen der technischen Infrastruktur, Splittersiedlungen, nicht landschaftsgebundene Sporteinrichtungen und dgl. soll vermieden werden.
 - Klimatisch wertvolle Bereiche, insbesondere für lokale Luftaustauschsysteme, Kaltluftent-stehung und Kaltluftabfluß, sind zu erhalten.
 - Durch notwendige Eingriffe bedingte Störungen im Naturhaushalt sind mit Hilfe von land-schaftspflegerischen Begleitmaßnahmen auszugleichen oder zu mildern.

Begründung

Die aus den steigenden Ansprüchen an die Landschaft resultierenden Probleme und die Notwendigkeit der Freiraumsicherung wurden ausführlich im Landschaftsrahmenbericht Neckar-Alb 1981 und im Landschafts-rahmenplan Neckar-Alb 1989 dargelegt.

Die Sicherung der Freiräume darf nicht ausschließlich auf die dünn besiedelten Gebiete der Region be-schränkt werden. Gerade auch innerhalb der verdichteten Regionsteile müssen ausreichende Freiräume zur Regeneration des Naturhaushalts, insbesondere in siedlungsklimatischer Hinsicht, und für die Erholung der Bevölkerung erhalten bleiben (vgl. Landschaftsrahmenbericht Neckar-Alb 1981, S. 6). Dem dient das regiona-

le Freiraumkonzept; es ergänzt das Siedlungs- und Infrastrukturkonzept (Kap. 2 und 4) des Regionalplans und besteht aus

- regionalen Grünzügen und Grünzäsuren,
- schutzbedürftigen Bereichen von Freiräumen und Sicherung der Naturgüter sowie
- Erholung und Fremdenverkehr.

Weitere notwendige Flächeninanspruchnahmen für bauliche Anlagen (Wohnen, Gewerbe, Verkehr, Freizeit), u. U. auch Bodenbehandlungen zum Zweck der Ertragssteigerung und Aufforstungen im Zuge der Extensivierung landwirtschaftlicher Bodennutzungen, sowie die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf einzelne Naturgüter, auf die Balance des Naturhaushalts und das Landschaftsbild machen die Einbeziehung dieser Elemente in die Raumplanung erforderlich.

In der Region Neckar-Alb befindet sich zudem eine Reihe militärischer Anlagen mit und ohne Schutzbereich, durch die teilweise auch die Nutzung der Umgebung eingeschränkt wird. Diese Anlagen sowie solche militärischen Planungen, zu denen die Landesregierung bereits abschließend zustimmend Stellung genommen hat, sind den Planungsbehörden im einzelnen bekannt und müssen bei raumbeanspruchenden und raumbeeinflussenden Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden, auch wenn sie in der Raumnutzungskarte nicht dargestellt sind.

Die räumlichen und textlichen Festlegungen zur regionalen Freiraumstruktur sollen dazu beitragen, daß die Regenerationsfähigkeit der einzelnen Naturgüter (Boden, Wasser, Luft, Pflanzen- und Tierwelt) und des Naturhaushalts insgesamt langfristig gesichert bleibt. Die hierfür auf regionaler Ebene, d. h. im großräumigen Zusammenhang und unabhängig von den Verwaltungsgrenzen der Gemeinden und Landkreise der Region Neckar-Alb, erforderlichen Untersuchungen wurden mit dem Regionalen Raumordnungsbericht 1976 begonnen, im Landschaftsrahmenbericht 1981 fortgesetzt, im Landschaftsrahmenplan 1989 aktualisiert und ergänzt.

3.0.1 Bodenschutz

- G Der Boden ist so zu behandeln und zu schützen, daß er seine Funktionen als
- Standort und Lebensraum für die Pflanzen- und Tierwelt,
 - Produktionsgrundlage für Nahrungs- und Futtermittel sowie pflanzliche Rohstoffe,
 - Regler für den Abbau von Schadstoffen,
 - Wasserspeicher, -leiter und -filter zum Schutz des Grundwassers und zur Regelung des Wasserabflusses
- dauerhaft erfüllen kann.
- G Unter regionalplanerischen Gesichtspunkten sind dabei vor allem folgende Grundsätze zu beachten:
- Bei erforderlichen baulichen Maßnahmen ist die Flächeninanspruchnahme und damit die Zerstörung und Versiegelung des Bodens auf das Minimum zu beschränken. Insbesondere sind bauliche Maßnahmen soweit wie möglich auf solche Gebiete zu konzentrieren, die für bestimmte bodenabhängige Nutzungen und Funktionen nur mindere Bedeutung haben. Erdaushub (humoser Oberboden, kulturfähiger Unterboden und Gesteinsmaterial) ist so weit wie möglich im Zusammenhang mit der durchzuführenden Baumaßnahme zu vermeiden.
 - Der Bodenerosion ist durch standortgerechte Bodennutzungen mit möglichst langdauernder geschlossener Pflanzendecke entgegenzuwirken. Nutzungen und Maßnahmen, die

die Vegetation schädigen und dadurch der Bodenerosion Vorschub leisten können, sind zu vermeiden. Soweit erforderlich, ist der Erosionsschutz durch landschaftspflegerische Maßnahmen zu unterstützen.

- Zur Erhaltung der Bodenstruktur und damit zum Schutz des Wassers und der Nahrungskette sind Schadstoffeinträge in den Boden sowie Bodenschäden durch Verdichtungen und Erosion zu vermeiden.
- Es ist anzustreben, Bodenbelastungen, Altlasten und Altstandorte so zu sanieren, daß eine Nutzung der Flächen wieder möglich ist.
- Vorkommen seltener Böden sind Zeugen der Erdgeschichte und deshalb als landschaftsgeschichtliche Urkunde nach § 1 Bodenschutzgesetz und als Naturdenkmal nach § 24 Naturschutzgesetz zu schützen.

Der Verwirklichung dieser Grundsätze dienen die

- Dichtewerte für die Bauflächenausweisung,
- regionalen Grünzüge und Grünzäsuren,
- schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege,
- schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft,
- schutzbedürftigen Bereiche für die Forstwirtschaft,
- schutzbedürftigen Bereiche für die Wasserwirtschaft sowie
- schutzbedürftigen Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe.

Begründung

Böden sind in ihrer Struktur und Qualität sehr leicht zerstörbar. Die Behebung von Schäden bedarf langer Zeiträume. Eingebrachte Schadstoffe können dazu führen, daß der Boden als landwirtschaftlicher Produktionsfaktor vollständig ausfallen kann. Daher muß dem Bodenschutz besondere Sorgfalt zukommen (vgl. Landschaftsrahmenbericht Neckar-Alb 1981, S. 18 ff., S. 61 u. a., Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung vom 07.03.1985, Bodenschutzkonzept Baden-Württemberg vom 25.11.1985, Bodenschutzprogramm Baden-Württemberg vom 01.12.1986, Gesetz zum Schutz des Bodens Baden-Württemberg vom 24.06.1991, GBl. S. 434).

Mit der Bodennutzung sind zwangsläufig Eingriffe und Einwirkungen verbunden, die den Boden hinsichtlich der Qualität und der verfügbaren Humusmenge verändern und damit auch seine Funktionen beeinträchtigen können (vgl. Landschaftsrahmenbericht Neckar-Alb 1981, S. 18, S. 59 ff. u. a. sowie Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 67 ff.). Den Extremfall bildet die Versiegelung des Bodens durch Überbauung.

Die Möglichkeiten der Regionalplanung, einen Beitrag zum Bodenschutz zu leisten, liegen in den Festsetzungen zum sparsamen Umgang mit der Freifläche, insbesondere den Dichtewerten, und in den Ausweisungen des Regionalplans zum Freiraum. Die Grundlagen dafür sind in den Kapiteln 2.4, 3.0, 3.1 und 3.2 des Regionalplans dargestellt. Die dort getroffenen Aussagen und Festlegungen dienen gleichzeitig dem Bodenschutz (vgl. auch Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 68 f.). Umgekehrt beinhaltet der Schutz des Bodens gleichzeitig den Schutz der Wasservorkommen, den Schutz spezifischer Biotope und die Sicherung der Grundlagen für die Land- und Forstwirtschaft. Die Schutzzwecke ergänzen sich also gegenseitig. Zur Beurteilung konkreter Flächen für verschiedene Nutzungsmöglichkeiten stehen Unterlagen, wie die Reichsbodenschätzung, zur Verfügung. Ggf. müssen ergänzende Untersuchungen durchgeführt werden.

Die genannten raumbezogenen Festsetzungen der Regionalplanung bilden nur einen Teil des Bodenschutzes. Konkrete Maßnahmen für exakt abgegrenzte Flächen müssen diesen Rahmen ausfüllen,

- in der Landwirtschaft z. B. durch Entscheidungen, wo der Boden als Dauergrünland und wo als Ackerland genutzt werden kann, wo welche Fruchtfolge die für den Bodenerhalt günstigste ist, wo wie hoch der Eintrag von Düngemitteln und Pflanzenbehandlungsmitteln maximal sein darf usw.;

- im Naturschutz z. B. durch die Festsetzung geeigneter Pflegemaßnahmen für den Erhalt bestimmter Biotope;
- in der Wasserwirtschaft z. B. durch Entscheidungen über Maßnahmen zur Regelung des Wasserabflusses (Ausweisung von Überschwemmungsgebieten oder Bau von Hochwasserrückhaltebecken) und durch die Ausweisung von Wasserschutzgebieten mit Auflagen;
- in der Forstwirtschaft z. B. durch eine dem Bodenschutz dienende Art der Waldbewirtschaftung, wie sie in den ausgewiesenen Bodenschutzwäldern (§ 30 LWaldG) vorgenommen wird;
- beim Rohstoffabbau z. B. durch eine optimale Ausnutzung vorhandener Abbaustätten.

Für die angesprochenen Maßnahmen sind die Fachplanungsträger zuständig. Sie werden von der Regionalplanung im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt.

3.0.2 Klima, Emissions- und Immissionsschutz

- G Zur Erhaltung bzw. Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Standortgunst der Region Neckar-Alb sind Emissionen, die als Immissionen belastend auf den Naturhaushalt und auf das Wohlbefinden der Bevölkerung wirken, so gering wie möglich zu halten.
- G Um dies zu erreichen, sind vor allem in den verdichteten Teilräumen der Region Neckar-Alb neben den erforderlichen technischen Maßnahmen des Emissionsschutzes und den entsprechenden Plansätzen der Kapitel 4.1 (Verkehr) und 4.2 (Energie) insbesondere folgende Grundsätze für den Immissionsschutz zu beachten:
 - Durch eine auf die topographischen und klimatischen Verhältnisse abgestimmte räumliche Zuordnung der verschiedenen Funktions- und Lebensbereiche ist den unmittelbaren Immissionsbelastungen durch Schadstoffe, Lärm und Geruch entgegenzuwirken. Insbesondere sind Anlagen und Trassen mit starken Emissionen in ausreichender Entfernung von Wohn- und Erholungsgebieten vorzusehen.
 - Im Rahmen der Siedlungsentwicklung sind siedlungsklimatisch besonders wichtige Freiräume in Siedlungsnähe und in ausreichender Größe langfristig zu sichern. Dies sind insbesondere Kaltluftentstehungsgebiete und die in Siedlungsgebiete hineinführenden Frisch- bzw. Kaltluftbahnen.
 - Soweit erforderlich und möglich, sind Immissionsbelastungen auch durch landschaftspflegerische Maßnahmen (Schutzpflanzungen) zu mildern.
- G Zur Verwirklichung dieser Grundsätze sind die Ausweisungen der regionalen Grünzüge in der Raumnutzungskarte zu beachten und die entsprechenden Plansätze der Kapitel 3.1, 4.1 und 4.2 anzuwenden.

Begründung

In der Regel können die Landesentwicklungs-, Regional- und Bauleitpläne mit den dazugehörigen Landschaftsplanungen nur allgemeine Hinweise darüber enthalten, welche Konsequenzen sich möglicherweise aus den Emissionen und klimatischen Zusammenhängen für die Flächennutzung ergeben. Konkretere Aussagen erfordern fachspezifische Sondergutachten (vgl. Landschaftsrahmenbericht Neckar-Alb 1981, S. 25).

Hinsichtlich des Immissionsschutzes muß an erster Stelle das Bestreben stehen, Emissionen so weit wie möglich zu verringern. Hierbei muß es sich vor allem um technische Maßnahmen wie z. B. die Schadstoff-Filterung nach dem jeweils neuesten Stand der Technik oder den verstärkten Einsatz von Erdgas und Fernwärme handeln, die durch entsprechende Festsetzungen in der Bauleitplanung unterstützt werden können. Sie werden auch durch die regionalplanerischen Zielsetzungen zur Bündelung und Konzentration der Siedlungstätigkeit gefördert. Die regionale Energie- und Umweltanalyse Neckar-Alb zeigt zudem Möglichkeiten einer rationellen Energieverwendung in der Region auf. Sie sind in die Plansätze zur Energieversorgung (Kap. 4.2) und zum Verkehr (Kap. 4.1) eingeflossen und werden durch die Aussagen des regionalen Siedlungskonzepts (Kap. 2) unterstützt.

Am größten sind die Immissionsbelastungen mit Smoggefährdungen (Abgase aus der gewerblichen Produktion, aus Verkehr und Hausbrand, durch Wärmeabstrahlung von Baukörpern und Verkehrsflächen) naturgemäß in den stark verdichteten Bereichen der Region:

- Reutlingen - Pfullingen - Eningen unter Achalm,
- Metzingen und Bad Urach,
- Tübingen,
- Balingen einschließlich Frommern und Weilstetten sowie
- im "Talgang" (Albstadt-Ebingen/-Tailfingen/-Onstmettingen).

Insbesondere hier sind raumordnerische Maßnahmen zur Verminderung der Luftbelastung und zur Verbesserung des Siedlungsklimas notwendig.

Aufgabe der Regionalplanung ist es, durch Abwägung der überörtlich relevanten Gesichtspunkte den Rahmen für eine möglichst umweltfreundliche Zuordnung der verschiedenen Funktions- und Lebensbereiche zu erarbeiten. Hierbei wird deutlich, daß die Zielsetzungen zum Klimaausgleich und zum Immissionsschutz nur durch ein enges Zusammenwirken zwischen Regionalplanung, Bauleitplanung und Fachplanung zum Tragen kommen können. Das regionalplanerische Bindeglied stellen dabei die regionalen Grünzüge dar, die eine möglichst ungehinderte Frischluftzufuhr in bebaute Gebiete und damit verbunden eine Reduzierung der lokalen Schadstoffkonzentration und Wärmebelastung bewirken sollen (vgl. Kap. 3.1 und Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 75 f.).

Für einige Gebiete der Region Neckar-Alb wurden bereits allgemeine oder spezielle siedlungsklimatische Untersuchungen durchgeführt, aus denen langfristig zu sichernde, für den Luftaustausch bedeutsame Freiräume und Freiflächen abgeleitet werden können (vgl. Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 76). Für spezielle Problemstellungen können vor allem in den verdichteten Teilräumen der Region weitere Untersuchungen als Entscheidungshilfen für die Planung künftiger Bauflächen erforderlich werden.

3.1 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren

- G Zur Stabilisierung des Siedlungsklimas und zur Erhaltung der Wohnqualität der Region Neckar-Alb sind unabhängig von der Schutzwürdigkeit einzelner natürlicher Ressourcen solche siedlungsnahen Freiräume zu erhalten, die
- die Siedlungskörper voneinander abgrenzen,
 - zur Erhaltung des charakteristischen Landschaftsbilds der Region notwendig sind,
 - zur Durchlüftung und damit zur Verbesserung des Lokalklimas beitragen,
 - den freien Zugang zur unbebauten Landschaft ermöglichen,
 - freie Landschaften miteinander und mit innerörtlichen Grünflächen verbinden.

- Z In den verdichteten Teilräumen der Region sind gemeindeübergreifend zusammenhängende, dem Siedlungsumfang entsprechend ausreichend große siedlungsnahe Freiräume langfristig zu erhalten. Diese Freiräume sind als regionale Grünzüge ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte dargestellt.
- Z Auch in den weniger verdichteten Teilräumen der Region sind ungegliederte, bandartige Siedlungsentwicklungen zu vermeiden. Dazu sind siedlungsgliedernde Freiräume als Grünzäsuren ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte dargestellt.
- Z In den regionalen Grünzügen und Grünzäsuren ist der Erhaltung der Freiräume Vorrang vor Nutzungen einzuräumen, die die Freiraumfunktion beeinträchtigen. Insbesondere soll eine weitere Siedlungstätigkeit vermieden werden. *Die exakte Abgrenzung der regionalen Grünzüge und Grünzäsuren ist im Rahmen der Bauleitplanung vorzunehmen. Ggf. sind zu diesem Zweck Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen.*
- G Neue Infrastruktureinrichtungen mit regionaler Bedeutung können in regionalen Grünzügen oder in Grünzäsuren ausnahmsweise dann zugelassen werden, wenn sie im öffentlichen Interesse notwendig sind und außerhalb der Grünzüge und Grünzäsuren nicht verwirklicht werden können. Die Beeinträchtigungen sollen dabei auf das unumgänglich erforderliche Ausmaß beschränkt bleiben und ggf. durch begleitende Maßnahmen gemildert werden (vgl. Kap. 3.0).
- V Ein Verbund zwischen den innerörtlichen Grünflächen und dem Freiraum im Außenbereich ist im Rahmen der Bauleitplanung anzustreben. Dabei ist darauf zu achten, daß Frischluftbahnen, die für eine Verbesserung des Siedlungsklimas von Bedeutung sind, nicht durch Aufforstungen, Hecken- oder Gebüschpflanzungen verriegelt werden.
- V In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit Baulücken als innerörtliche Grünflächen oder zur baulichen Verdichtung genutzt werden können.

Begründung

Die Gefahr des weiteren Zusammenwachsens von Siedlungen mit den damit verbundenen Nachteilen für das Siedlungsklima und den Wohnwert erfordert die Sicherung siedlungsnahe Freiräume. Dazu werden regionale Grünzüge und Grünzäsuren ausgewiesen.

Vor allem im Verdichtungsraum Reutlingen/Tübingen, in dessen Randzone und im Verdichtungsgebiet Albstadt/Balingen/Hechingen wächst die Gefahr, daß durch die Siedlungstätigkeit weitere noch zusammenhängende Freiräume überbaut werden und ungegliederte Siedlungsverdichtungen entstehen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Freiraumsicherung durch zusammenhängende regionale Grünzüge.

Die Kriterien für die Ausweisung und Abgrenzung der regionalen Grünzüge wurden im Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989 (S. 11, Begründung zu PS 2.2) dargelegt. Ausschlaggebend sind Gesichtspunkte des Landschaftsbilds und des Siedlungsklimas. Wichtig ist, daß die Kaltluftabflußbahnen zur Frischluftzufuhr für die Siedlungen offen gehalten, also weder bebaut noch aufgeforstet werden.

Grünzäsuren erfüllen ebenso wie die regionalen Grünzüge die Funktion der Siedlungsgliederung. Im Verdichtungsraum Reutlingen/Tübingen, in seiner Randzone und im Verdichtungsgebiet Albstadt/Balingen/Hechingen sind die Grünzäsuren daher in den regionalen Grünzügen enthalten und nicht gesondert dargestellt.

Außerhalb der verdichteten Siedlungsräume ist die Ausweisung eines zusammenhängenden Systems regionaler Grünzüge nicht notwendig, da die offene Landschaft überwiegt und nur punktuell die Gefahr einer unegliederten Siedlungsentwicklung besteht. Dort erfolgt die Siedlungsgliederung durch Grünzäsuren. Aus regionalplanerischer Sicht ist die Ausweisung von Grünzäsuren dann notwendig, wenn der Abstand zwischen zwei Siedlungskörpern geringer als etwa 1500 m ist. Dieser Orientierungswert beruht auf der Erfahrung, daß Freiräume eine Mindestausdehnung brauchen, um ihre Funktionen wirksam erfüllen zu können. Sie sollten also an den Stellen, wo der Abstand zwischen zwei Siedlungen bereits relativ gering ist, nicht weiter eingeengt werden.

Während die schutzbedürftigen Bereiche von Freiräumen (Kap. 3.2) "sachbezogene" Freiräume sind, die ein bestimmtes Naturgut aus regionalplanerischer Sicht schützen sollen, haben die regionalen Grünzüge und Grünzäsuren in erster Linie die Gliederung der Siedlungen durch Freiräume als Aufgabe. Daraus ergibt sich, daß regionale Grünzüge und Grünzäsuren sonstige schutzbedürftige Bereiche und regional bedeutsame Erholungsbereiche überlagern und deren Freiraumfunktionen in vielen Fällen unterstützen können.

In den regionalen Grünzügen und Grünzäsuren soll jegliche weitere Siedlungstätigkeit unterbleiben. Dazu zählen neben Wohnungsbau und gewerblicher Nutzung auch Sport- und Freizeiteinrichtungen, die ein hohes Maß an baulichen Anlagen und Flächenversiegelung nach sich ziehen.

Besondere Probleme ergeben sich, wenn für notwendige regional bedeutsame Einrichtungen keine Standorte bzw. Trassen außerhalb der regionalen Grünzüge und Grünzäsuren gefunden werden können. Hier muß ein Kompromiß gefunden werden. Derartige Einrichtungen müssen in regionalen Grünzügen und Grünzäsuren grundsätzlich möglich sein, wenn sie nicht außerhalb dieser Bereiche verwirklicht werden können. Dabei ist allerdings die Beeinträchtigung so gering zu halten, daß der Freiraum seine Funktionen noch in ausreichendem Maß erfüllen kann.

Es ist nicht möglich, in regionalem Maßstab sämtliche denkbaren Konflikte mit zukünftigen Siedlungs- und Infrastrukturanprüchen vorab zu lösen. Daher muß die konkrete Ausgestaltung und Abgrenzung der regionalen Grünzüge und Grünzäsuren im Rahmen der Bauleitplanung vorgenommen werden. Für Entscheidungen im Einzelfall können u. U. Umweltverträglichkeitsprüfungen erforderlich sein.

Ergänzt werden sollten die regionalen Grünzüge und Grünzäsuren durch einen Verbund mit den innerörtlichen Grünflächen, z. B. entlang von Bachläufen. Dabei ist vor allem auf die Freihaltung von Frischluftbahnen zu achten. Die Schaffung einer solchen Grünflächenvernetzung kann mit einer Nutzungskonzeption für bestehende Baulücken verbunden werden.

3.2 Schutzbedürftige Bereiche von Freiräumen und Sicherung der Naturgüter

3.2.1 Schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege

- G Um die Vielfalt von Natur und Landschaft und damit die Regenerationsfähigkeit des Naturhaushalts in der Region Neckar-Alb zu erhalten bzw. wiederherzustellen, sind bei raumbeanspruchenden Maßnahmen verstärkt die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege zu berücksichtigen. Insbesondere soll einer weiteren Reduzierung bzw. Zerstückelung wertvoller Ökosysteme entgegengewirkt werden.
- Z Gebiete, die zur Erhaltung einer artenreichen und standorttypischen Pflanzen- und Tierwelt und damit für die langfristige Sicherung landschaftlicher Eigenarten sowie die Regenerationsfähigkeit des Naturhaushalts eine besondere Bedeutung haben, sollen möglichst zusammen-

hängend im Verbund geschützt werden. Sie sind als schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte als regionaler Biotopverbund dargestellt. In den schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege sind andere verträgliche Nutzungen möglich. Bei konkurrierenden Nutzungsansprüchen ist im Konfliktfall aus regionalplanerischer Sicht dem Naturschutz und der Landschaftspflege Vorrang vor anderen Nutzungen und Funktionen einzuräumen.)*

- V Die schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege sind durch die jeweils zuständigen Stellen von Forst-, Landwirtschafts-, Wasserwirtschafts-, Naturschutzverwaltung, der Verwaltung für Flurneuordnung und Landentwicklung sowie der Kommunen so zu behandeln, daß sie langfristig ihre ökologischen Aufgaben erfüllen können.
- V Zur Verbesserung und Stabilisierung der unterschiedlichen Lebensräume ist anzustreben, das regionale Biotopverbundkonzept der schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege durch örtliche Biotopvernetzungen zu ergänzen (vgl. auch Kap. 3.2.2). Dazu wird aus regionalplanerischer Sicht vorgeschlagen:
 - Die überwiegend offenen Kulturlandschaften des Oberen Gäus, der Härten und der Tübinger Stufenrandbucht sollten in ihrem Charakter erhalten bleiben. Gestaltungsmaßnahmen und Biotopvernetzungen sollten daher vor allem durch Einzelbäume und kleine Baumgruppen, Baumreihen entlang von Straßen sowie durch Wege- und Ackerrandstreifen geschaffen werden. Streuobstbestände sollten insbesondere dort erhalten werden, wo sie die Ortsränder sowie die Hänge des Schönbuchs und des Rammerts in charakteristischer Weise gestalten.
 - Im Albvorland sind die charakteristischen großflächigen Streuobstbestände am Fuß des Rammerts und der Schwäbischen Alb langfristig durch entsprechende Pflegemaßnahmen zu sichern. Beim Ersatz abgehender Bestände ist die Langfristigkeit bis zum Erreichen des ökologischen Werts von Altbeständen zu beachten. Biotopvernetzungen sollten durch Baumreihen entlang von Straßen, Wegen und Ackerrainen geschaffen werden. Bach- und Flußläufe sollten von Bebauungen jeder Art freigehalten und nicht verdolt werden. Bei der Ufergestaltung ist auf eine standortgerechte ökologische Vielfalt zu achten.
 - Auf der Schwäbischen Alb sollten die charakteristischen Trocken- und Halbtrockenbiotope durch landwirtschaftlich extensiv genutzte "Pufferzonen" stabilisiert und gesichert werden. Dabei ist auch auf die Erhaltung typischer Steinriegel- und Heckenlandschaften sowie vorhandener Streuobstbestände zu achten. Biotopvernetzungen können bevorzugt entlang von Wegen und Ackerrändern geschaffen werden.
 - Die auf der Schwäbischen Alb relativ selten vorkommenden Feuchtbiotope sind ebenso wie die Trockenbiotope durch extensive landwirtschaftliche Nutzung im Umfeld zu stabilisieren. Möglichkeiten für eine Vergrößerung der Feuchtbiotope sollten ausgeschöpft werden. Für eine Biotopvernetzung sind Wassergräben zu erhalten und, wenn möglich, einschließlich ihrer Randbereiche naturnah zu gestalten.

*) Eine Abwägung hinsichtlich der vorrangigen Nutzung findet nicht mehr statt. (Vgl. Hinweis in der Genehmigung vom 28.09.1994)

Begründung

Vielfalt und Eigenart und damit auch die Qualität von Natur und Landschaft werden in zunehmendem Maß durch die Tätigkeiten des Menschen gefährdet (vgl. Landschaftsrahmenbericht Neckar-Alb 1981 sowie Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 13 f.). Damit der Naturhaushalt und die Landschaft in der Region Neckar-Alb langfristig regenerationsfähig erhalten werden können, müssen bei allen Planungen und Maßnahmen die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Zusammenhang, d. h. über den singulären Artenschutz hinaus, berücksichtigt werden.

Besonders wertvolle und gefährdete Biotope werden in der Regel durch Rechtsverordnungen nach dem Naturschutzgesetz bzw. durch das Biotopschutzgesetz gesichert. Der langfristig erforderliche, umfassende Vorsorgeschutz der Landschaft ist jedoch nicht allein durch die Ausweisung von Schutzgebieten zu erreichen, sondern muß verstärkt auch durch raumordnerische Mittel angestrebt werden (vgl. Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983, PS 1.72). Im Vordergrund steht dabei die Notwendigkeit des Verbunds wertvoller Landschaftsbestandteile, der die Regenerationsfähigkeit der Landschaft und damit ihre Stabilität langfristig sichern soll.

Die Erarbeitung eines solchen regionalen Biotopverbunds erfolgte im Zuge der Landschaftsrahmenplanung (vgl. Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 14 ff., Begründung zu PS 3.1.2). Dieses Konzept ist in die Ausweisung der schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege eingeflossen.

Bei den schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege handelt es sich nicht um parzellenscharf abgegrenzte Flächen zum Schutz von Einzelbiotopen, sondern um weiter gefaßte Bereiche, die die wertvollen Naturräume im Sinne eines regionalen Verbundkonzepts stärken sollen. Die konkrete Ausgestaltung und Ergänzung kann nur auf kommunaler Ebene mit Hilfe der Fachbehörden erfolgen. Gute Möglichkeiten zur Verwirklichung bieten - vor allem in ausgeräumten, landwirtschaftlich intensiv genutzten Bereichen - Flurneuordnungsverfahren, Maßnahmen zur Extensivierung der landwirtschaftlichen Bodennutzung und die Durchführung von Biotopvernetzungen nach den Landschaftspflegerichtlinien des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Baden-Württemberg vom 18.12.1990. Dabei ist den verschiedenartigen Natur- und Kulturräumen der Region Rechnung zu tragen. Die angeführten Vorschläge kennzeichnen dieses Anliegen; sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

3.2.2 Schutzbedürftige Bereiche für die Landwirtschaft

- G Die Landwirtschaft ist in allen Teilen der Region Neckar-Alb so zu unterstützen und zu fördern, daß sie langfristig ihre wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und landschaftspflegerischen Aufgaben erfüllen kann. Dabei sind die Grenzen der Belastbarkeit des Naturhaushalts, insbesondere der Naturgüter Boden und Wasser, zu beachten.
- Z Flächen, die wegen der Bodengüte und betrieblicher Erfordernisse besondere Bedeutung für die Landwirtschaft haben, sind als schutzbedürftige Bereiche für die Landwirtschaft ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte dargestellt. In den schutzbedürftigen Bereichen für die Landwirtschaft sind andere verträgliche Nutzungen möglich. Bei konkurrierenden Nutzungsansprüchen ist im Konfliktfall aus regionalplanerischer Sicht der Landwirtschaft Vorrang vor anderen Nutzungen und Funktionen einzuräumen.)* Entsprechend den Grundsätzen zum Bodenschutz (Kap. 3.0.1) ist insbesondere in den schutzbedürftigen Bereichen für die Landwirtschaft die natürliche Ertragsleistung langfristig zu erhalten.

*) Eine Abwägung hinsichtlich der vorrangigen Nutzung findet nicht mehr statt. (Vgl. Hinweis in der Genehmigung vom 28.09.1994)

- V Dieses Ziel ist durch Maßnahmen der Landwirtschafts- und Flurneuordnungsbehörden zu unterstützen.
- V Auch in den schutzbedürftigen Bereichen für die Landwirtschaft sind wertvolle Biotope zu erhalten sowie im Rahmen von Flurneuordnungsverfahren und kommunalen Initiativen lokale Biotopvernetzungen und -verbesserungen anzustreben, soweit es die Möglichkeiten der Landbewirtschaftung zulassen (vgl. auch Kap. 3.2.1).
- V Bei Extensivierungsmaßnahmen für die Landbewirtschaftung sollte den Belangen des ökologischen Landbaus, des Naturschutzes, der Forstwirtschaft (Aufforstungen) und des Landschaftsbilds in gegenseitiger Abwägung Rechnung getragen werden. Dabei sind die charakteristischen Besonderheiten der verschiedenen Natur- und Kulturräume in der Region zu beachten:
 - Auf den Härten, in der Tübinger Stufenrandbucht und im Oberen Gäu sollte die hohe natürliche Bodenfruchtbarkeit für eine verstärkte Umstellung auf integrierten und ökologischen Landbau genutzt werden. Diesem ist – etwa im Zuge von Flächenextensivierungen – Vorrang vor Neuaufforstungen einzuräumen.
 - Im Albvorland und auf der Hochfläche der Schwäbischen Alb sollten die Talsohlen der zahlreichen Fluß- und Bachläufe vorwiegend als Grünland genutzt werden; Umbruch von Grünland in Ackerland ist hier aus Gründen eines verbesserten Hochwasserrückhalts und schadlosen Hochwasserabflusses zu vermeiden. Eine Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung in den Uferlandbereichen, insbesondere die Umwandlung von Acker in Grünland, dient dem Gewässerschutz und sollte deshalb angestrebt werden (vgl. auch Kap. 3.2.5).
 - Der für das Albvorland, das Obere Gäu und Teile der Schwäbischen Alb charakteristische Streuobstbau ist zu erhalten und, soweit möglich, auszudehnen. Er sollte von behördlicher Seite gefördert werden (vgl. auch Kap. 3.2.1).

Begründung

Trotz der gravierenden Veränderungen in ihrer Struktur soll die Landwirtschaft auch künftig ein wesentlicher Faktor innerhalb des Wirtschaftsgefüges der Region Neckar-Alb bleiben. Sie erfüllt außerdem landschaftspflegerische Aufgaben und schafft damit eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung der Landschaft. Diese gesellschaftliche Funktion wird in Anbetracht der Überproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Europäischen Union und der Notwendigkeit des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen künftig eine verstärkte Bedeutung erhalten.

Den ihr im Landwirtschafts- und Landeskultugesetz (LLG) vom 14.03.1972 zugewiesenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und landschaftspflegerischen Aufgaben kann die Landwirtschaft nur dann langfristig gerecht werden, wenn ihre Belange bei konkurrierenden Raumnutzungen ausreichend berücksichtigt werden (vgl. Landschaftsrahmenbericht Neckar-Alb 1981, S. 79 ff., und Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 34 ff.). Die für die Landwirtschaft wertvollen Bereiche sind die Vorrangfluren der Flurbilanz und die Hofstellen mit den zugehörigen hofnahen Wirtschaftsflächen.

Die Landwirtschaft hängt sehr stark von der natürlichen Standortgunst ab. Ihr ist deshalb nur dann eine ausreichende Grundlage gegeben, wenn die für die jeweiligen Naturräume besonders wertvollen Böden langfristig für die landwirtschaftliche Nutzung gesichert werden. Im Regionalplan sind zu diesem Zweck schutzbedürftige Bereiche für die Landwirtschaft ausgewiesen, in denen die Landwirtschaft im Konfliktfall aus regionalplanerischer Sicht Vorrang vor anderen Nutzungen haben soll (zur Ermittlung der schutzbedürftigen Bereiche vgl. Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 35 f., Begründung zu PS 3.2.2).

Die größten Schwierigkeiten bei der Ausweisung und Abgrenzung dieser Bereiche ergeben sich zwangsläufig in der Grenzzone zwischen Landwirtschaft und Baulandinanspruchnahme (vgl. Landschaftsrahmenbericht Neckar-Alb 1981, S. 5, und Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 35 f.). So notwendig die langfristige Sicherung landwirtschaftlicher Bereiche gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Freiraumerhaltung in der Nähe größerer Siedlungen ist, so wenig ist im Rahmen der Regionalplanung eine exakte Grenzziehung zwischen Landwirtschaftsfläche und zukünftigem Bauland möglich. Sie muß unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Belange im Rahmen der Bauleitplanung vorgenommen werden. Dabei sollte geprüft werden, ob für außerlandwirtschaftliche Zwecke vorrangig Flächen in Anspruch genommen werden können, die nicht zu den landwirtschaftlichen Vorrangflächen gehören.

Besondere Probleme bereiten die gegensätzlichen Interessen von Landwirtschaft und Wasserschutz sowie von Landwirtschaft und Biotopschutz/Landschaftspflege (vgl. Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 36). Grundsätzlich muß auch in den schutzbedürftigen Bereichen für die Landwirtschaft die Landbewirtschaftung so erfolgen, daß die Belastbarkeit des Naturhaushalts beachtet, ein weiterer Artenrückgang verhindert und die natürliche Fruchtbarkeit der Böden langfristig erhalten wird. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe vor allem der Landwirtschaftsbehörden im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit für die Landwirte, z. B. hinsichtlich der Fruchtfolgen, der Anwendung von Dünge- und Pflanzenbehandlungsmitteln nach Art und Menge usw.

Das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Biotopschutz/Landschaftspflege sowie Fragen zur Neuaufforstung gewinnen in den Diskussionen über die erforderliche Umstrukturierung der Landwirtschaft im Rahmen der Europäischen Union, etwa bei Überlegungen zur Extensivierung und Flächenstillegung, zunehmend an Bedeutung (vgl. Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 36). Biotopvernetzungen nach den Landschaftspflegerichtlinien des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Baden-Württemberg vom 18.12.1990 sowie Verfahren der ökologischen Agrarflurneueordnung bieten in beispielhafter Weise die Möglichkeit, Landwirtschaft und Landschaftspflege miteinander zu verbinden. Hinzu kommen kommunale Initiativen zur Schaffung von Biotopvernetzungen, wie sie in einigen Gemeinden der Region bereits durchgeführt oder in Auftrag gegeben wurden.

Einen wirksamen Beitrag zur Stärkung landwirtschaftlicher Betriebe können Aufforstungen auf Grenzertragsböden sein. Für Aufforstungsgenehmigungen sind die Kriterien (Ziele) in Kap. 3.2.3 anzulegen.

Die Vorschläge zur Landbewirtschaftung in den Hauptnatur- und -kulturräumen Oberes Gäu/Tübinger Stufenrandbucht/Härten, Albvorland und Schwäbische Alb orientieren sich an den für diese Gebiete charakteristischen Gegebenheiten und sollen der Erhaltung der landschaftlichen Eigenart dienen. Entsprechende Maßnahmen werden teilweise von den Landkreisen unterstützt.

3.2.3 Schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft

- G Wälder sind in allen Teilen der Region Neckar-Alb so zu behandeln, daß sie ihre ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben erfüllen können. Dabei ist auf eine standortgerechte, vielfältige Gestaltung der Wälder, insbesondere auch der Waldränder, zu achten.
- Z Wälder, die aufgrund ihres hohen wirtschaftlichen Nutzungspotentials, ihrer Eignung für die Erholung und wegen ihrer Funktionen für das Siedlungsklima, den Bodenschutz, den Wasserhaushalt und das Landschaftsbild innerhalb des Siedlungs- und Freiraumgefüges der Region Neckar-Alb besondere Bedeutung haben, sind als schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte dargestellt. In den schutzbedürftigen Bereichen für die Forstwirtschaft sind andere verträgliche Nutzungen möglich. Bei konkur-

rierenden Nutzungsansprüchen ist im Konfliktfall aus regionalplanerischer Sicht der Forstwirtschaft Vorrang vor anderen Nutzungen und Funktionen einzuräumen.')

- G Neuaufforstungen sollen sich vorrangig an vorhandene Waldbestände anschließen sowie einer standortgerechten Baumartenzusammensetzung und dem charakteristischen Landschaftsbild anpassen.
- Z *Entsprechend den Zielen zu den schutzbedürftigen Bereichen für Naturschutz und Landschaftspflege (Kap. 3.2.1) sowie zu den regionalen Grünzügen und Grünzäsuren (Kap. 3.1) sind folgende Landschaftsbestandteile generell von Aufforstungen freizuhalten:*
- wertvolle Biotope einschließlich der zu ihrem Erhalt notwendigen Randbereiche,
 - für das Landschaftsbild besonders typische Elemente, insbesondere
 - Gebiete mit Hecken, Feldgehölzen und Steinriegeln, kleine Kuppen mit Einzelbäumen oder Feldgehölzen,
 - die Südhänge heckenbestandener Kuppen,
 - Reste von Holzwiesen,
 - Wacholderheiden,
 - Magerrasen,
 - Trockentäler und trockentalartige Senken,
 - Obstbaumwiesen/Streuobstbestände,
 - Waldwiesen sowie Vorzonen ökologisch besonders wertvoller Waldränder,
 - die noch freien Täler in größeren zusammenhängenden Waldgebieten, wie Schönbuch und Rammert,
 - auf der Schwäbischen Alb die Talsohlen der Flüsse Schlichem, Starzel, Bära, Schmiecha/Schmeie, Fehla, Lauchert, Große Lauter, obere Erms.
 - die freien Flächen um die Siedlungen,
 - die für das Siedlungsklima bedeutsamen Kaltluftentstehungsgebiete und Kaltluftabflusshahnen.
- V In Problembereichen, insbesondere auf der Schwäbischen Alb, sollten auf kommunaler Ebene Aufforstungskonzepte erarbeitet werden, in denen unter Beachtung der regionalplanerischen Ziele und unter Berücksichtigung lokal bedeutsamer Faktoren die Ausweisung von Aufforstungsflächen vorgenommen wird. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob natürliche Sukzession oder isolierte Aufforstungen mit standortgerechter Baumartenzusammensetzung und strukturreichen Waldrändern zu einer Bereicherung des Landschaftsbilds und des Naturhaushalts beitragen können.

Begründung

Die Bedeutung der Wälder - insbesondere größerer zusammenhängender Waldgebiete, wie Schönbuch, Rammert, Metzinger oder Hechinger Stadtwald, Kleiner Heuberg u. a. - sowie der Waldränder für den Naturhaushalt und als bevorzugte Erholungsgebiete für die Bevölkerung ist unbestritten. Gleichrangig ist die Bedeutung des Waldes als Rohstofflieferant und Arbeitsplatz für die Forst- und Holzindustrie. Der Erhaltung der

*) Eine Abwägung hinsichtlich der vorrangigen Nutzung findet nicht mehr statt. (Vgl. Hinweis in der Genehmigung vom 28.09.1994)

Waldbestände kommt daher in der Region Neckar-Alb eine besondere Bedeutung zu, zumal die langen Zeiträume des Aufwuchses keinen rasch wirksamen Ersatz für umgewidmete Waldbestände ermöglichen.

Wälder mit besonderen Schutzfunktionen oder mit besonderer Bedeutung für die Erholung wurden in der Waldfunktionenkartierung 1976 des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt Baden-Württemberg sowie im Forstlichen Rahmenplan Neckar-Alb 1983 der Forstverwaltung kartiert. Sie können gemäß §§ 29 bis 33 LWaldG zu Schutz-, Bann-, Schon- oder Erholungswald erklärt werden. Auftretende Konflikte sind in diesen Fällen nach den Rechtsverordnungen bzw. Festsetzungen zu regeln. Darüber hinaus wurden sie, soweit erforderlich, in die schutzbedürftigen Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege (Kap. 3.2.1) einbezogen oder zusätzlich als regional bedeutsame Erholungsbereiche (Kap. 3.2.4.1) ausgewiesen. Bei der Waldbewirtschaftung ist hier den besonderen Erfordernissen des Naturschutzes und der Erholungsvorsorge Rechnung zu tragen.

Einige Wälder haben darüber hinaus besondere Funktionen innerhalb des regionalen Siedlungs- und Freiraumgefüges zu erfüllen. Es handelt sich dabei um Aufgaben zur Stabilisierung des Siedlungsklimas, des Wasserhaushalts, zum Bodenschutz sowie zur Erhaltung des Wohn- und Freizeitwerts. Dazu sind im Regionalplan schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft ausgewiesen. Grundlage dafür ist der Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, insbesondere Kapitel 3.3 Forstwirtschaft.

In der Region Neckar-Alb nehmen vor allem im Zuge der Extensivierung landwirtschaftlicher Flächen die Anträge für Neuaufforstungen zu. Bei der Genehmigung sollten aus regionalplanerischer Sicht als mitentscheidende Kriterien für oder gegen eine Neuaufforstung herangezogen werden:

- Beibehaltung des jeweiligen Landschaftstyps,
- Belebung oder Beeinträchtigung des Landschaftsbilds (z. B. Offenhalten von Waldwiesen, Talauen, Trockentälern),
- Erhaltung ökologisch besonders wertvoller Waldränder durch aufforstungsfreie Vorzonen,
- Verbesserung der Waldrandgestaltung, sowohl hinsichtlich der Waldrandlänge als auch des Waldrandaufbaus,
- Erhaltung von Kaltluftentstehungsgebieten und Kaltluftabfußbahnen (vgl. Kap. 3.0.2 und 3.1),
- Erhaltung wertvoller Biotope und Biotopvernetzungen (vgl. Kap. 3.2.1).

Die Ziele für die Offenhaltung bestimmter Landschaftsteile orientieren sich an einer entsprechenden Studie des Regionalverbands aus dem Jahr 1989. Neben diesen regionalplanerischen Gesichtspunkten spielen zahlreiche lokale Besonderheiten eine wesentliche Rolle, z. B.

- die Situation der Landwirtschaft (die in der Regel den Aufforstungsdruck verursacht),
- kleinräumige lokale Aspekte des Natur- und Artenschutzes,
- Veränderungen des Lokal- und Mikroklimas,
- die gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung notwendigen größeren Abstände zu anderen Nutzungen,
- die Intensität der Erholungsnutzung u. a.

Vor allem in Gebieten mit hohem Aufforstungsdruck kann die Erarbeitung von Aufforstungskonzepten auf kommunaler Ebene oder im Rahmen von Flurneuordnungsverfahren dazu beitragen, konkret abgegrenzte Flächen für eventuelle Aufforstungen zu finden.

Das weit verbreitete Problem der Waldschäden bzw. der Walderkrankungen stellt sich in der Region Neckar-Alb vor allem in den exponierten Lagen des Schönbuchs, des Rammerts und der Schwäbischen Alb. Ihm kann durch regionalplanerische Mittel nicht begegnet werden. Jedoch werden die Gegenmaßnahmen der Forstwirtschaft, der Energiewirtschaft und der Verkehrspolitik vom Regionalverband Neckar-Alb unterstützt (vgl. Kap. 4.1 und 4.2).

3.2.4 Schutzbedürftige Bereiche für die Erholung

Die Ausweisung von schutzbedürftigen Bereichen für die Erholung, in denen naturnahe Erholung oder besondere landschaftsgebundene Erholungsformen absoluten Vorrang haben sollen und andere Nutzungen und Funktionen im Konfliktfall zurückstehen müssen, ist in der Region Neckar-Alb nicht möglich, weil sich die Erholungseignung vielfach aus den ihr zugrunde liegenden wertvollen und schutzbedürftigen natürlichen Landschaftsfaktoren ergibt. Zur langfristigen Sicherung von Erholungsräumen im Sinne der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung werden großräumige, regional bedeutsame Erholungsbereiche, Naherholungsschwerpunkte und Schwerpunkte der Fremdenverkehrsentwicklung ausgewiesen, in denen die übrigen Belange des Freiraumkonzepts berücksichtigt werden müssen.

3.2.4.1 Regional bedeutsame Erholungsbereiche und Naherholungsschwerpunkte

- G In der Region Neckar-Alb mit ihrer abwechslungsreichen Landschaft sollen die regional und überregional bedeutsamen Erholungsräume erhalten werden.
- Z *Landschaftlich besonders abwechslungsreiche und durch ihre Ausstattung mit Freizeiteinrichtungen für die Erholung besonders geeignete Teile der Region sind als regional bedeutsame Erholungsbereiche (Tab. 3.1) ausgewiesen und im Sinne der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung langfristig zu sichern. Sie sind in der Raumnutzungskarte dargestellt.*
- Z *Innerhalb der regional bedeutsamen Erholungsbereiche soll die Freizeitinfrastruktur in Naherholungsschwerpunkten konzentriert werden, damit ausreichend große Ruhezeiten für die extensive Erholung und die Regeneration der Landschaft erhalten bleiben. Die regional bedeutsamen Naherholungsschwerpunkte (Tab. 3.2) sind in der Raumnutzungskarte dargestellt.*
- Z *Bei der Erschließung und Ausstattung der Erholungsbereiche mit Straßen, Wegen und Erholungseinrichtungen sind die jeweiligen Vorrangfunktionen der schutzbedürftigen Bereiche (Kap. 3.2.1 bis 3.2.3, 3.2.5 und 3.2.6) sowie der regionalen Grünzüge und Grünzäsuren (Kap. 3.1) zu berücksichtigen. Ggf. sind entsprechende Auflagen zu fordern.*
- V Ergänzend zu den regional bedeutsamen Naherholungsschwerpunkten sind im Rahmen der Bauleitplanung weitere Naherholungsschwerpunkte entsprechend den örtlichen Notwendigkeiten zu schaffen. Für den Bereich des Naturparks Obere Donau sollen Vorschläge hierzu im Rahmen der Naturparkplanung aufgezeigt werden.
- V Für einzelne Anlagen der Freizeitinfrastruktur werden folgende Grundsätze zur Gestaltung bzw. örtlichen Festlegung vorgeschlagen:
- Kleingartenanlagen und Gartenhausgebiete sind in fußläufiger Entfernung zu den Siedlungsschwerpunkten vorzusehen. Sie sind so zu gestalten, daß der Charakter der freien Landschaft erhalten bleibt; Umzäunungen sind auf ein Minimum zu beschränken; Bepflanzungen sollten nur mit standorttypischen einheimischen Gehölzen erfolgen.
 - Wochenendhausgebiete sollen an vorhandene Siedlungen angegliedert werden.
 - Golfplätze sind so zu gestalten, daß der Charakter der offenen Landschaft gewahrt bleibt; die notwendigen baulichen Anlagen sind möglichst an Naherholungsschwerpunkten oder in Siedlungsnähe zusammenzufassen.
 - Sonstige großflächige Freizeitanlagen sollen ebenfalls an Naherholungsschwerpunkten oder in unmittelbarer Nähe zur Siedlung vorgesehen werden. Dies gilt insbesondere für Tennisplätze, Tennishallen, Reitanlagen, Sportplätze und Schwimmbäder/-hallen.

- G Um den Straßenverkehr und die damit verbundenen Belastungen zu reduzieren, ist insbesondere an Wochenenden die Erreichbarkeit der regional bedeutsamen Erholungsschwerpunkte mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu verbessern.

Z *Tabelle 3.1: Regional bedeutsame Erholungsbereiche in der Region Neckar-Alb*

Achalm

Albtraufbereich bei Mössingen mit Farrenberg, Filsenberg und Vorbergzone

Bad Urach - oberes Ermstal mit Seeburger Tal und Fischburgtal

Balinger und Bisinger Albvorland vom Eyachtal bis zum Hohenzollern

Eisenbühl

Engelhart - Kesselwald - Hauser Tal - Stockwald nördlich von Geislingen-Binsdorf/-Erlaheim

Eyachtal unterhalb von Balingen

Floriansberg - Hofwald - Sommerberg - Hörnle

Härtenrand - Bläsiberg - Ehrenbachtal

Heufeld - Kornbühl - Dreifürstenstein (Teile der Sonnenalb)

Killertal - Fehltal

Kreuzwald - Alteburg - Markwasen - Georgenberg

Lachenau - Nollenwald - Maienwald - Bongertwasen - Glemser Stausee

Landschaftsschutzgebiet Albstadt - Bitz und Schmeietal

Laucherttal

Mehrstetten/Schmiechtal

Münsinger Alb/Großes Lautertal

Naturpark Obere Donau und Hart - Großer Heuberg

Naturpark Schönbuch und Neckartal

Oberes Neckartal mit Seitentälern Rommelstal, Katzenbachtal, unteres Starzeltal und unteres Eyachtal

Oberes Schlichemtal

Pfaffenberg

Rammert und Rammertausläufer - mittleres Starzeltal - Forst Hechingen - Fasanengarten Hechingen

Reutlinger Alb mit Traufzone und Hangfuß

St. Johanner Alb

Spitzberg und Wurmlinger Kapelle

Vordere Alb/Römerstein - Grabenstetten - Hülben

Zimmerner Tal (Stunzachtal bei Rosenfeld-Heiligenzimmern)

Zwiefalter Alb/Tal der Zwiefalter Ach

Z *Tabelle 3.2: Regional bedeutsame Naherholungsschwerpunkte in der Region Neckar-Alb*

Albstadt - Bitz

- bad kap Ebingen: Bade- und Ferienzentrum (Campingplatz, Hotel u. a. geplant)
- Schloßberg Ebingen mit Aussichtsturm, Wildgehege, Waldheim u.a.
- Motor- und Segelfluggelände Degerfeld (Rundflüge) mit Ausflugsastätte
- Raichberg mit Aussichtsturm, Albvereins-Wanderheim, Spielplatz, Feuerstelle und Wintersport
- Burgfelden mit Michaelskirche, Heersberg und Böllat

Ammerbuch

- Motor- und Segelfluggelände Poltringen
- Ausflugslokal Hohenentringen

Bad Urach - Hülben - Grabenstetten - Römerstein

- Badezentrum Bad Urach
- Uracher Wasserfall/Burgruine Hohenurach
- Motor- und Segelfluggelände Hülben (Rundflüge) mit Spielplatz und Feuerstelle im Randbereich
- Motor- und Segelfluggelände Grabenstetten (Rundflüge) mit Spielplatz und Feuerstelle im Randbereich
- Aussichtsturm Römerstein mit Spielplatz, Feuerstellen und Wintersport
- Skigebiet Salzwinkel mit Skiliften und Sprungschanze
- Skigebiet Donnstetten
- Freizeitbereich beim Albstadion Böhringen mit Campingplatz, Skirollerstrecke und Erholungspark

Balingen

- Tierpark Roßwangen
- Seerosengarten Engstlatt

Bisingen

- Burg Hohenzollern (vgl. auch Hechingen)

Burladingen

- Skizentrum Dellisberg
- Skizentrum Salmendingen, Spielplatz und Feuerstelle für die Sommererholung, Gleitschirm-Fluggelände; landschaftsprägend das Naturschutzgebiet Kornbühl mit Salmendinger Kapelle
- Drachenfluggelände Starzeln

Dettingen an der Erms

- Garten Eden und Garten der Stille

Eningen unter Achalm

- Erholungsgebiet Eninger Weide mit Wanderparkplätzen, Spielplätzen, Feuerstellen, Albvereins-Wanderheim, Wildgehege, Naturlehrpfad

Hechingen

- Burg Hohenzollern (vgl. auch Bisingen)
- Sport- und Freizeitgelände Hechingen mit Golfplatz, Waldspielplatz, Märchenpfad, Waldlehrpfad, Feuerstellen und Sportanlagen
- römische Ausgrabungen (Gutshof) in Stein

Kirchentellinsfurt

- Baggersee

Lichtenstein

- Schloß Lichtenstein mit näherer Umgebung
- Nebelhöhle (vgl. auch Sonnenbühl)
- Erholungsgebiet Kalkofen mit Wanderparkplatz, Rasthaus, Feuerstelle, Spielplatz und Wintersport
- Skigebiet Traifelberg
- Skigebiet Holzelfingen

Meßstetten - Nusplingen

- Wildgehege Meßstetten mit Spielplatz und Feuerstelle
- Rauher Bühl mit Aussichtsturm, Spielplätzen und Wintersport
- Stausee Oberdigisheim mit Fischereilehrpfad, Spielplatz und Feuerstelle
- Nusplinger Hütte mit Wander- und Skigebiet
- Wanderheim Kohlraise mit Waldlehrpfad, Wander- und Skigebiet

Metzingen

- Motor- und Segelfluggelände Roßberg (Rundflüge) mit Feuerstellen im Randbereich
- Glemser Stausee (keine Bademöglichkeit) und nähere Umgebung mit Hotel/Restaurant, Motor- und Segelfluggelände, Spielplatz, Feuerstelle und Wintersport
- Freizeitgelände Bongertwasen mit Ferientagheim, Kneippanlage, Abenteuerspielplatz, Verkehrsübungsplatz, Sportstätten, Festplatz und Messegelände

Mössingen

- Motor- und Segelfluggelände Farrenberg (Rundflüge) mit Feuerstellen, Spielplätzen, Trimm-dich-Pfad und Wanderheim im Randbereich

Münsingen - Gomadingen

- Motor- und Segelfluggelände Dottingen (Rundflüge) mit Spielplatz und Feuerstelle im Randbereich
- Drachenfluggelände am Weißgerberberg (mit Drachenflugschule)
- Naherholungsgebiet Beutenlay mit Spielplatz, Feuerstelle, landwirtschaftlichen Schaufeldern, Wintersport
- Haupt- und Landgestüt Marbach
- Gestütshof Offenhausen/Aussichtsturm Sternberg mit Gaststätte, Albvereins-Wanderheim, Lehrpfad, Schaufeld, Spielplatz, Feuerstellen und Gestütsmuseum

Pfullingen

- Sport- und Freizeitgelände Wanne - Schöenberg mit Aussichtsturm Schöenberg, Spielplätzen, Feuerstellen, Trimm-dich-Pfad und Sportanlagen
- Motor- und Segelfluggelände Übersberg (Rundflüge) mit Ausflugslokal, Spielplatz und Feuerstelle im Randbereich

Reutlingen

- Achalm mit Aussichtsturm, Feuerstellen und Restaurant
- Sport- und Freizeitgelände Markwasen mit Erholungspark, Wasserflächen, Naturtheater, Ausflugslokal, Wildgehege, Naturlehrpfad, Feuerstellen, Abenteuerspielplätzen, Trimm-dich-Pfad und Sportanlagen
- Roßberg mit Aussichtsturm, Albvereins-Wanderheim, Spielplätzen und Feuerstellen

Rottenburg am Neckar

- *Schadenweiler Hof/Weilerburg mit Spielplatz, Feuerstellen, Waldsportpfad, Waldlehrpfad, Wildgehege und Aussichtsturm*
- *Golfplatz Sulzau*
- *Wurmliinger Kapelle/Spitzberg (vgl. auch Tübingen)*

St. Johann

- *Gestüthshof St. Johann und Fohlenhof mit Ausflugslokal, Aussichtsturm Hohe Warte, Lehrpfad, Feuerstellen und Wintersport*

Schömburg

- *Schlichemstausee mit Restaurants, Bootsverleih, Freibad, Angelmöglichkeit, Minigolf, Spielplatz, Märchengarten, Eisstockschießen; Campingplatz am See*

Sonnenbühl

- *Bärenhöhle mit Märchenpark, Tiergehege und Gaststätte*
- *Nebelhöhle (vgl. auch Lichtenstein)*
- *Skizentrum Genkingen, Spielplatz und Feuerstelle für die Sommererholung*
- *Golfplatz Vor Staudach (Udingen)*
- *Sonnenmatte Erpfingen mit Sommerbobbahn, Trimm-dich-Pfad, Naturlehrpfad, Spielplatz, Feuerstelle und Wintersport*

Trochtelfingen

- *Augstberg mit Aussichtsturm, Spielplatz und Feuerstellen*
- *Lauchertsee Mägerkingen*

Tübingen

- *ehemaliges Kloster und Königliches Jagdschloß Bebenhausen*
- *Spitzberg mit Bismarckturm, Ausflugslokal Schwärzloch und Wurmliinger Kapelle (vgl. auch Rottenburg am Neckar)*

Winterlingen - Straßberg

- *Freizeitzentrum Roßberg mit Erholungs- und Begegnungsstätte*

Zwiefalten - Hayingen

- *Barockmünster und ehemaliges Kloster Zwiefalten*
- *Freizeitgelände Zwiefalten mit Zeltplatz, Abenteuerspielplatz, Schutzhütte, Grillplätzen, Spiel- und Sportanlagen*
- *Wimsener Höhle mit Gasthaus*
- *Motor- und Segelfluggelände Hayingen (Rundflüge) mit Spielplatz und Feuerstelle*
- *Naturtheater Hayingen*

Begründung

Die Region Neckar-Alb besitzt sowohl bezüglich der Reliefgestaltung als auch hinsichtlich der Vegetation eine große landschaftliche Vielfalt. Viele Gebiete der Region sind daher für die landschaftsbezogene Freizeitgestaltung gut bis sehr gut geeignet und werden auch aus benachbarten Regionen häufig zu Erholungszwecken aufgesucht (vgl. Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, Kap. 4). Im Vordergrund steht dabei die Naherholung als Feierabend-, Tages- und Wochenenderholung.

Die überaus starke Frequentierung vor allem des Albtraufs und weiter Teile der Albhochfläche, der Naturparke Schönbuch und Obere Donau sowie der wenigen Wasserflächen in der Region (Baggerseen im Neckartal, Schlichem-Stausee u. a.) verursacht zunehmend Verkehrsprobleme und Konflikte mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Gewässergüte. Um Überlastungserscheinungen zu vermeiden und ausreichende Ruhezonen zu erhalten, ist innerhalb der Erholungsbereiche die Ausweisung regional bedeutsamer Naherholungsschwerpunkte erforderlich, an denen die Freizeitinfrastruktur unter Berücksichtigung der Tragfähigkeit der Landschaft konzentriert und ausgebaut werden soll (vgl. Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 79 f.). Diese Aufgabe kann jedoch nicht allein den Gemeinden überlassen werden. Vielmehr ist eine Förderung von übergemeindlicher Seite erforderlich, insbesondere an solchen Schwerpunkten, deren Einzugsbereiche weit über die Grenzen der Region Neckar-Alb hinausreichen (z. B. Baggersee Kirchentellinsfurt).

Mit der gleichen Zielsetzung sind im Rahmen der Bauleitplanung entsprechend den örtlichen Notwendigkeiten weitere Naherholungsschwerpunkte zu schaffen.

In diesem Zusammenhang ist besonders wichtig, daß diejenigen Freiräume, die als schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Wasservirtschaft und den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen sind, aus regionalplanerischer Sicht vorrangig diese Funktionen zu erfüllen haben. Das bedeutet, daß die Erholungsnutzung in den genannten Bereichen zwar stattfinden kann, daß sie jedoch in Konfliktfällen den Belangen der natürlichen Ressourcen Rechnung tragen muß. Entsprechendes gilt für die Freihaltung der regionalen Grünzüge und Grünzäsuren.

Entsprechend den Grundsätzen zu den schutzbedürftigen Bereichen für die Forstwirtschaft (vgl. Kap. 3.2.3) wurden die Wälder mit besonderer Bedeutung für die Erholung auch als regional bedeutsame Erholungsbereiche ausgewiesen. Die Forstwirtschaft trägt im Rahmen ihrer Zielsetzungen den Erfordernissen des Erholungswesens Rechnung.

Die Vorschläge für die Gestaltung bzw. örtliche Festlegung einzelner Anlagen der Freizeitinfrastruktur tragen nicht nur zur Sicherung der Naturgüter bei, sondern schützen gleichzeitig die Erholungseignung der Landschaft (Landschaftsbild) und fördern die Entwicklung des Fremdenverkehrs.

3.2.4.2 Schwerpunkte der Fremdenverkehrsentwicklung

- G Durch die Sicherung ausreichender wertvoller Freiräume und durch den Ausbau der Infrastruktur für die Ferien- und Kurerholung in der Region soll der Fremdenverkehr unter Ausnutzung und Weiterentwicklung der vorhandenen Ansätze verstärkt und zu einem ergänzenden wirtschaftlichen Faktor ausgebaut werden.
- Z *In der Region Neckar-Alb werden dort, wo aufgrund der Eignung und/oder der vorhandenen Ansätze aus regionalplanerischer Sicht das Erholungswesen langfristig als Wirtschaftsfaktor genutzt werden soll, Schwerpunkte der Fremdenverkehrsentwicklung (Tab. 3.3) ausgewiesen. Sie sind in der Raumnutzungskarte dargestellt.*
- G In den Schwerpunkten der Fremdenverkehrsentwicklung sind Freizeiteinrichtungen in der Trägerschaft der öffentlichen Hand zu konzentrieren und vorrangig zu fördern.
- V Insbesondere die staatlich anerkannten Kurorte
 - Bad Urach,
 - Haigerloch-Bad Imnau,
 - Mössingen-Bad Sebastiansweiler und
 - Rottenburg-Bad Niedernau

sind auf der Grundlage ihrer Heilquellen in ihrer Fremdenverkehrsfunktion zu stärken und zu konkurrenzfähigen, überregional bedeutsamen Kurorten auszubauen.

- V Zur Aktivierung des Fremdenverkehrs ist der Städtetourismus auf der Grundlage der vorhandenen historisch bzw. kulturell bedeutenden Anlagen und Einrichtungen auszubauen. Damit sollen gleichzeitig die Fremdenverkehrsfunktionen in den ländlichen Teilräumen der Region ergänzt werden.
- G Die Erschließung und die Ausstattung der Fremdenverkehrsschwerpunkte mit Infrastruktur- und Freizeiteinrichtungen ist mit den vorhandenen Einrichtungen in den Zentralen Orten und mit dem Bedarf der Bevölkerung im Nahbereich abzustimmen.
- G Bei der Erschließung und beim Ausbau der Fremdenverkehrsschwerpunkte ist den regionalen Grünzügen und Grünzäsuren sowie den schutzbedürftigen Bereichen von Freiräumen (Kap. 3.1, 3.2.1 bis 3.2.3, 3.2.5 und 3.2.6) Rechnung zu tragen. Ggf. sind entsprechende Auflagen zu fordern.
- G Feriendörfer sollen ebenso wie Wochenendhausgebiete (vgl. Kap. 3.2.4.1) an vorhandene Siedlungen angegliedert werden.
- G Campingplätze, insbesondere Dauercampingplätze, sind an Naherholungs- und Fremdenverkehrsschwerpunkte anzugliedern sowie in ihrer Größe und Gestaltung in die Landschaft einzubinden.
- V Die Möglichkeiten für kulturelle Veranstaltungen sind auch durch übergemeindliche Zusammenarbeit verstärkt zu nutzen und ggf. zu verbessern. Den damit verbundenen Anforderungen an die Gastronomie und das Beherbergungswesen soll verstärkt Rechnung getragen werden.

Z *Tabelle 3.3: Schwerpunkte der Fremdenverkehrsentwicklung in der Region Neckar-Alb*

Albstadt-Ebingen

- zur Stärkung der mittelzentralen Funktion auf der Schwäbischen Alb; Städtetourismus

Bad Urach

- Heilbad und Luftkurort, Thermal- und Mineralbad; Städtetourismus

Balingen

- zur Ergänzung der mittelzentralen Funktion im südwestlichen Albvorland; Städtetourismus; Jugendherberge Lochen (vgl. auch Meßstetten-Tieringen)

Burladingen

- zur Stärkung des Unterzentrums auf der Schwäbischen Alb

Gomadingen

- Luftkurort, Feriendorf

Haigerloch

- Städtetourismus

Haigerloch-Bad Imnau

- staatlich anerkannter Ort mit Heilquellen-Kurbetrieb

Hausen am Tann

- im Naturpark Obere Donau als Ergänzung zum Feriendorf Meßstetten-Tieringen

Hayingen

- Luftkurort, Feriendorf "Lauterdörfler"

Hechingen

- Städtetourismus im Zusammenhang mit der Burg Hohenzollern

Hirrlingen

- in Zusammenarbeit mit Starzach als Ergänzung zur Kurerholung in Rottenburg-Bad Niedernau und Haigerloch-Bad Imnau

Hohenstein-Odenwaldstetten

Lichtenstein

- zur Stärkung des Kleinzentrums; staatlich anerkannte Erholungsorte Honau und Unterhausen

Mehrstetten

Meßstetten

- zur Stärkung des Unterzentrums auf der Schwäbischen Alb; Wander- und Wintersportgebiet

Meßstetten-Tieringen

- staatlich anerkannter Erholungsort im Naturpark Obere Donau; Feriendorf, Tagungsstätte "Haus Bittenhalde", Jugendherberge Lochen auf Gemarkung Balingen-Weilstetten

Mössingen-Bad Sebastiansweiler

- staatlich anerkannter Ort mit Heilquellen-Kurbetrieb, Schwefelbad

Münsingen

- zur Ergänzung der mittelfunktionalen Funktion im strukturschwachen Raum der Schwäbischen Alb; die Anerkennung als Erholungsort ist beantragt

Nusplingen

- im Naturpark Obere Donau als Ergänzung zu den im Regionalplan Schwarzwald-Baar-Heuberg ausgewiesenen Bereichen mit Vorrang für die Ferienerholung

Obernheim

- im Naturpark Obere Donau als Ergänzung zu den im Regionalplan Schwarzwald-Baar-Heuberg ausgewiesenen Bereichen mit Vorrang für die Ferienerholung

Pfullingen

- Städtetourismus

Reutlingen

- Städtetourismus

Römerstein-Böhringen

- im Anschluß an die Feriengebiete Westerheim (Region Donau-Iller) und Schopfloch (Region Stuttgart) sowie als Ergänzung zur Kurerholung in Bad Urach

Rosenfeld

- zur Stärkung des Kleinzentrums im Mittelpunkt des Kleinen Heubergs

Rottenburg am Neckar

- Städtetourismus

Rottenburg-Bad Niedernau

- *staatlich anerkannter Ort mit Heilquellen-Kurbetrieb*

St. Johann

- *staatlich anerkannte Erholungsorte Bleichstetten, Lonsingen und Würtingen; Ergänzung zur Kurerholung in Bad Urach*

Schömberg

- *zur Stärkung des Kleinzentrums im Bereich Oberes Schlichemtal; Campingplatz am Stausee, Jugendbildungszentrum*

Sonnenbühl-Erpfingen

- *Luftkurort, Feriendorf "Sonnenmatte" mit Jugendherberge, Rosencamping*

Starzach

- *in Zusammenarbeit mit Hirrlingen als Ergänzung zur Kurerholung in Rottenburg-Bad Niedernau und Haigerloch-Bad Imnau*

Trochtelfingen

- *staatlich anerkannter Erholungsort*

Tübingen

- *Städtetourismus*

Zwiefalten

- *staatlich anerkannter Erholungsort; Oberschwäbische Barockstraße*

Begründung

In einigen besonders dafür geeigneten Gebieten der Region kann die Entwicklung des Fremdenverkehrs dazu beitragen, das Einkommen der ortsansässigen Bevölkerung zu verbessern. Dazu zählt insbesondere der Ausbau des Beherbergungswesens und der Gastronomie. Auch "Ferien auf dem Bauernhof" gehören zu diesem Bereich der Fremdenverkehrsentwicklung.

Angesichts des begrenzten ökonomischen Potentials für einen natur- und landschaftsbezogenen Fremdenverkehr ist dessen Entwicklung zu einem ergänzenden Wirtschaftsfaktor in der Region Neckar-Alb nur dann erfolgversprechend, wenn die Erholungseinrichtungen schwerpunktmäßig konzentriert werden. Der Regionalplan weist daher Schwerpunkte der Fremdenverkehrsentwicklung aus. In diesen Schwerpunkten sind Einrichtungen der Freizeitinfrastruktur, die in der Trägerschaft der öffentlichen Hand liegen oder mit erheblichen öffentlichen Mitteln gefördert werden müssen, vorrangig zu konzentrieren.

Fremdenverkehrsschwerpunkte besonderer Art sind die staatlich anerkannten Kurorte Bad Urach, Haigerloch-Bad Imnau, Mössingen-Bad Sebastiansweller und Rottenburg-Bad Niedernau sowie die Feriendörfer Gomadingen, Hayingen, Meßstetten-Tieringen und Sonnenbühl-Erpfingen. Sie sind die Kristallisationspunkte des Fremdenverkehrs in der Region. Anzustreben sind Ergänzungen zwischen den Sanatorien/Kurkliniken bzw. Feriendörfern und den gewachsenen Ortschaften und benachbarten Gemeinden sowohl hinsichtlich der Schaffung zusätzlicher Unterkunftsmöglichkeiten als auch hinsichtlich der gemeinsamen Nutzung der Kur- und Freizeiteinrichtungen.

Charakteristisch für die Region Neckar-Alb ist, daß die Bereiche, in denen die Feriendörfer liegen, gleichzeitig zu den besonders häufig aufgesuchten Naherholungsgebieten gehören. Im Lautertal, auf der Sonnenalb und im Lochengebiet treten daher die größten Konflikte zwischen der Wochenend- und der Ferienerholung auf. Soweit dies möglich ist, sollte deshalb durch die Konzentration der freizeitbedeutsamen Infrastruktur darauf hingewirkt werden, daß sich intensive Freizeitfunktionen (z. B. Sport, Spiel, Unterhaltung) und die extensive Freizeitfunktion Natur- und Landschaftserleben nicht gegenseitig beeinträchtigen.

Der Städtetourismus hat in der Region Neckar-Alb wegen der Vielzahl der historisch bzw. kulturell bedeutsamen Anlagen und Einrichtungen bereits ein beachtliches eigenständiges Gewicht und läßt sich durch eine Verbesserung des Angebots in der Gastronomie und im Beherbergungswesen noch ausbauen (vgl. Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 82 und Tab. 13). Er ist jedoch durch eine relativ geringe Aufenthaltsdauer gekennzeichnet. Die Verweildauer der Gäste läßt sich durch die Einbeziehung der landschaftlichen Attraktivitäten der Umgebung in das Angebot der Städte verlängern. Umgekehrt kann der Fremdenverkehr der umliegenden Kur- und Fremdenverkehrsorte durch das Angebot der Städte an Attraktivität gewinnen.

Neben der Verbesserung des Angebots in den Städten selbst kommt daher einer gebietsbezogenen Zusammenarbeit der bestehenden Fremdenverkehrsorganisationen eine besondere Bedeutung für die Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Region Neckar-Alb insgesamt zu.

3.2.5 Schutzbedürftige Bereiche für die Wasserwirtschaft

- G Um die Regenerationsfähigkeit des Wasserdargebots und den Ausgleich des Wasserhaushalts der Region Neckar-Alb langfristig zu sichern, sind die Wasservorkommen qualitativ und quantitativ zu erhalten und, wo erforderlich, zu verbessern. Dies gilt gleichermaßen für Grundwasservorkommen und Oberflächengewässer.
- G Für alle Oberflächengewässer in der Region Neckar-Alb ist mindestens die Güteklasse II (mäßig belastet) anzustreben. In den geringer belasteten Gewässern und Gewässerabschnitten ist der höhere Reinheitsgrad zu erhalten. Darüber hinaus sind die Erhaltung und Wiederherstellung der ökologischen Funktionen der Gewässer vorrangig zu berücksichtigen.
- G Dazu sind folgende Grundsätze zu beachten:
 - Alle Gewässer in der Region Neckar-Alb sind vor Verunreinigungen zu schützen. Insbesondere sind die Anlagen zur Abwassersammlung und -behandlung und zur Rückhaltung des Regenwasserabflusses so auszubauen, daß die Gewässer ihre Funktion als Vorfluter ohne Schädigungen erfüllen können.
 - Die Selbstreinigungskraft der Gewässer ist zu erhalten bzw. dort, wo dies erforderlich ist, zu verbessern. Hierzu sind die Gewässerläufe soweit wie möglich in ihrem Naturzustand zu belassen oder zu renaturieren. Erforderliche Gewässerausbauten müssen naturnah gestaltet werden. Auf die wasserbewohnende bzw. wasserbegleitende Pflanzen- und Tierwelt ist Rücksicht zu nehmen.
 - Künstliche Wärmebelastungen, die die Selbstreinigungskraft der Gewässer gefährden, sind zu reduzieren bzw. zu vermeiden.
- G Um schädliche Auswirkungen zu großer wie auch zu geringer Abflüsse zu mildern, ist auf einen Ausgleich des Wasserabflusses hinzuwirken. Hierzu sind vorrangig die natürlichen Überschwemmungsflächen zu erhalten und so weit wie möglich zu reaktivieren. Dort, wo sie nicht ausreichen, sind zusätzlich künstliche Rückhalteräume zu schaffen.
- G Grundwasservorkommen, die wegen ihrer Ergiebigkeit, ihrer Trinkwasserqualität oder ihres Gehalts an gelösten Mineralien besondere Bedeutung für die künftige Wasserversorgung oder für den Kurbetrieb in der Region haben, sind aus regionalplanerischer Sicht vorsorglich auch dann langfristig zu schützen, wenn für sie noch kein oder kein ausreichender wasserrechtlicher Schutz besteht.

- Z Die besonders empfindlichen Teile der Grundwassereinzugsbereiche sowie die regional bedeutsamen natürlichen Überschwemmungsgebiete und Standortbereiche für künstliche Hochwasserrückhalteräume sind als schutzbedürftige Bereiche für die Wasserwirtschaft ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte dargestellt. In den schutzbedürftigen Bereichen für die Wasserwirtschaft sind andere verträgliche Nutzungen möglich. Bei konkurrierenden Nutzungsansprüchen ist im Konfliktfall aus regionalplanerischer Sicht den Belangen des Wasserhaushalts Vorrang vor anderen Nutzungen und Funktionen einzuräumen.)*

- V Durch die Wasserbehörden und die technischen Fachbehörden ist zu prüfen, für welche Teile der schutzbedürftigen Bereiche ein weiterer Schutzstatus nach dem Wasserrecht erforderlich ist. Ggf. sind ergänzende hydrogeologische Untersuchungen durchzuführen.

- G Um die Belastung der Gewässer mit Schadstoffen zu verringern, sind genügend breite Uferlandstreifen mit extensiver Bewirtschaftung auszuweisen.

- V Zur Verbesserung der Gewässer als Lebensraum für Pflanzen und Tiere sollen insbesondere Forschungsvorhaben zur Farbstoffbehandlung in Abwässern der Textilindustrie intensiviert und durch entsprechende Förderprogramme unterstützt werden. Vorrangig soll dies im Einzugsbereich der Kläranlagen Albstadt-Ebingen (Vorfluter: Schmiecha/Schmiee), Meßstetten-Unterdigisheim (Vorfluter: Bära) und Burladingen (Vorfluter: Fehla/Lauchert) geschehen. Ebenso sind in den Kläranlagen Hechingen (Vorfluter: Starzel), Dußlingen (Vorfluter: Steinlach), Rottenburg-Kiebingen (Vorfluter: Neckar) sowie an Echaz und Erms Maßnahmen zur Entfärbung von Abwässern vorzunehmen.

- V Die natürlichen Retentionsräume sind durch entsprechende Maßnahmen der Wasserbehörden, technischen Fachbehörden und der Gemeinden so zu gestalten, daß sie langfristig ihre wasserwirtschaftlichen Aufgaben erfüllen können. Insbesondere sind die Uferbereiche der Fließgewässer von weiteren Siedlungstätigkeiten einschließlich Verkehrsbauten freizuhalten.

- G Entsprechend den Grundsätzen zum Bodenschutz (Kap. 3.0.1) ist einer hochwasserbedingten Bodenerosion entgegenzuwirken.

Begründung

Durch die Raumnutzung mit ihren Folgen wird das Wasser bei gleichzeitig steigendem Bedarf zunehmend der Verschmutzungsgefahr und der Gefahr zu großer oder zu geringer Wasserabflüsse ausgesetzt (vgl. Landschaftsrahmenbericht Neckar-Alb 1981, Kap. 2.13, sowie Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, Kap. 3.4 und 3.7). Aus den wachsenden Anforderungen an die Wasservorräte ergibt sich die Notwendigkeit, die in der Region Neckar-Alb vorhandenen Wasservorkommen vor beeinträchtigenden Nutzungen dauerhaft zu schützen.

Die Änderungen der Abflußverhältnisse zeigen bereits erhebliche negative Auswirkungen, die nur mit einem hohen technischen und finanziellen Aufwand und meist zu Lasten anderer Landschaftsfunktionen ausgeglichen werden können. Beim Ausgleich des Wasserabflusses ist in der Region Neckar-Alb deshalb dem natürlichen Hochwasserrückhalt und dem naturnahen Gewässerausbau der Vorzug vor Rückhaltebecken zu geben.

*) Eine Abwägung hinsichtlich der vorrangigen Nutzung findet nicht mehr statt. (Vgl. Hinweis in der Genehmigung vom 28.09.1994)

ben. Soweit das natürliche Rückhaltevermögen nicht ausreicht, werden allerdings Rückhaltebecken nicht vermeidbar sein.

Die wichtigsten Grundwasservorkommen der Region befinden sich im Karst der Schwäbischen Alb und des Gäus sowie in den Kiesen und Sanden der Flußniederungen - insbesondere des Neckars zwischen Rottenburg und der Echazmündung -, wo sie zugleich jedoch auch am stärksten gefährdet sind. Detaillierte Angaben zu den Grundwasservorkommen, insbesondere zu den Mineral- und Thermalwasservorkommen der Region, enthält der Landschaftsrahmenbericht Neckar-Alb 1981, S. 45 f.

Die Wasserbehörden und die technischen Fachbehörden tragen der Notwendigkeit des Gewässerschutzes durch die Festsetzung von Wasserschutzgebieten und Überschwemmungsgebieten Rechnung. Diese wurden nachrichtlich in die Raumnutzungskarte übernommen. Die Ausweisung weiterer Schutz- und Überschwemmungsgebiete ist in Vorbereitung. Insbesondere sind auch an kleineren Nebenflüssen Überschwemmungsgebiete geplant, die jedoch in der Raumnutzungskarte nicht darstellbar sind.

Von Seiten der Wasserwirtschaftsverwaltung werden geplante Schutzgebiete gleich behandelt wie rechtskräftig festgesetzte. Dieser Grundsatz soll auch im Regionalplan angewandt werden.

Über die Schutzgebiete hinaus gibt es in der Region Neckar-Alb weitere nutzungswürdige und schutzbedürftige Grundwasservorkommen und Retentionsräume. Die aus hydrogeologischen Gründen besonders empfindlichen und gefährdeten Teile ihrer Einzugsgebiete wurden in die Abwägung zur Ermittlung der schutzbedürftigen Bereiche für die Wasserwirtschaft einbezogen (vgl. Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, Kap. 3.4.2 und 3.4.3 mit Begründung, Tabellen 6 und 8 sowie Karte 6).

In den schutzbedürftigen Bereichen für die Wasserwirtschaft sind ähnliche Nutzungsbeschränkungen erforderlich, wie sie in Zone III A von Wasserschutzgebieten und in Überschwemmungsgebieten gelten. Durch die Wasserbehörden ist zu überprüfen, ob eine weitergehende Unterschutzstellung nach dem Wasserrecht erforderlich ist. Bei eindeutig nachgewiesener Schutzbedürftigkeit eines Grundwasservorkommens (z. B. hydrogeologisches Gutachten) haben die Wasserbehörden bzw. die technischen Fachbehörden die Möglichkeit, bestimmte Nutzungen einzuschränken, zu untersagen oder von Auflagen abhängig zu machen, auch wenn eine wasserrechtliche Grundlage noch nicht gegeben ist.

Durch die Ausweisung der schutzbedürftigen Bereiche für die Wasserwirtschaft erhalten einige Grundwasservorkommen und natürliche Rückhalteräume einen Schutzstatus, der eine weitergehende Unterschutzstellung nach dem Wasserrecht evtl. erübrigt.

Absolute Nutzungsgrenzen zur Vermeidung oder Lösung von Konflikten sind im Rahmen der Regionalplanung nicht zu ziehen. Ggf. müssen im Einzelfall fachliche Sondergutachten als Entscheidungshilfe zur Regelung von Nutzungskonkurrenzen, z. B. hinsichtlich möglicher Siedlungserweiterungen, Straßenaus- und -neubauten oder bezüglich der Art und Intensität der landwirtschaftlichen Nutzung sowie großflächiger Nutzungsänderungen, eingeholt werden.

Sobald die noch ausstehenden hydrogeologischen Gutachten für die Region Neckar-Alb vorliegen und sich daraus eine entsprechende Notwendigkeit ergibt, soll die im Landesplanungsgesetz geforderte Unterscheidung in schutzbedürftige Bereiche für die Wasserwirtschaft und Bereiche zur Sicherung von Wasservorkommen erfolgen.

Der Stand der Abwasserbehandlung in der Region wurde im Landschaftsrahmenplan Neckar-Alb 1989, S. 71 f., dargelegt. Lediglich die

- Erms unterhalb der Kläranlage Metzingen,
- Echaz ab Reutlingen-Süd,
- Ammer in ihrer Gesamtlänge,
- Eyach unterhalb von Albstadt-Lautlingen sowie
- Schmiecha/Schmieie unterhalb von Albstadt-Tailfingen

erreichten damals die geforderte Gewässergüteklasse II nicht. Verbesserungen wurden jedoch inzwischen durch den Ausbau der entsprechenden Kläranlagen erzielt und sind noch durch die gesonderte Behandlung

der Textilabwässer sowie durch verstärkte Investitionen auf dem Gebiet der Regenwasserbehandlung zu erwarten. Insbesondere wurden neben den Bemühungen um die Entfärbung der Textilabwässer in den Kläranlagen Albstadt-Ebingen und Burladingen bereits diesbezügliche Planungen bzw. Bauvorhaben für die Kläranlagen in Hechingen, Bisingen und Albstadt-Laufen begonnen.

Über den jeweils neuesten Stand der Abwasserbehandlung in der Region liefern die jährlichen Situationsberichte des Amts für Wasserwirtschaft und Bodenschutz Reutlingen ausführliche Informationen. Darin sind auch Aussagen über das zeitweilige Mißverhältnis von Wasserführung zur Abwasserbelastung in den Vorflutern sowie zur Problematik der Abwasserversickerung in den Karstgebieten der Schwäbischen Alb enthalten. Beide Sachverhalte machen ebenfalls weitere Anstrengungen auf dem Gebiet der Abwasserbehandlung erforderlich.

3.2.6 Schutzbedürftige Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe

- G Zur Gewährleistung der langfristigen Versorgung mit heimischen Rohstoffen sind abbauwürdige Vorkommen oberflächennaher Rohstoffe in der Region Neckar-Alb zu sichern.
- Z Oberflächennahe Rohstoffe, die sich aufgrund der Güte der Vorkommen, ihrer Standortgunst und der Standortverträglichkeit für einen Abbau eignen, sind langfristig verfügbar zu halten. Dazu werden schutzbedürftige Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (Tab. 3.4) ausgewiesen und in der Raumnutzungskarte dargestellt. Innerhalb der schutzbedürftigen Bereiche ist der Rohstoffabbau grundsätzlich langfristig zu ermöglichen. Abbaurechte sind daraus nicht abzuleiten.**) Die exakten Standorte sind durch die entsprechenden Genehmigungsverfahren festzulegen. In den schutzbedürftigen Bereichen für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe sind andere verträgliche Nutzungen möglich. Bei konkurrierenden Nutzungsansprüchen ist im Konfliktfall aus regionalplanerischer Sicht der Sicherung des Zugriffs auf oberflächennahe Rohstoffe der Vorrang vor anderen Nutzungen und Funktionen einzuräumen.)*
- G Für die einzelnen Abbaustätten ist frühzeitig ein Gesamtkonzept vorzulegen, das die geplante Folgenutzung bzw. Rekultivierung beinhaltet. Dabei ist auch darzulegen, wie unvermeidbare Eingriffe auszugleichen sind. Durch dieses Gesamtkonzept sollen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbilds so gering wie möglich gehalten werden.
- G Insbesondere sind bei den Planungen zur Rekultivierung die Möglichkeiten des Einbaus von Erdaushub auszuschöpfen.
- G Die Abbaustätten sind im Hinblick auf die Schonung unberührter Landschaftsteile einer optimalen Ausbeute zuzuführen.

*) Eine Abwägung hinsichtlich der vorrangigen Nutzung findet nicht mehr statt. (Vgl. Hinweis in der Genehmigung vom 28.09.1994)

**) In einem schutzbedürftigen Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ist ein Rohstoffabbau raumordnerisch möglich (siehe dazu 'Rohstoffsicherungskonzept des Landes Baden-Württemberg vom 24.11.1982'). (Vgl. Hinweis in der Genehmigung vom 28.09.1994)

Z Tabelle 3.4: Schutzbedürftige Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe in der Region Neckar-Alb

Albstadt

- Kalksteinbruch südlich von Albstadt-Truchelfingen; Siedlungsnähe, jedoch gute Verkehrsanbindung; Abbau mittelfristig zu sichern.

Ammerbuch

- Gipsabbaustätte nordöstlich von Ammerbuch-Altingen; Abbau mittelfristig zu sichern.

Dotternhausen

- Kalksteinbruch auf dem Plettenberg; Konflikte mit Naturschutz, Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft, wichtige Rohstoffgrundlage für die Zementherstellung am Ort; Abbau langfristig zu sichern.

Dotternhausen - Dautmergen - Dormettingen

- Ölschieferbruch westlich von Dotternhausen; nachfolgend: Ölschiefervorkommen zwischen Dautmergen und Dormettingen, wichtige Rohstoffgrundlage für die Zementherstellung am Ort; Abbau langfristig zu sichern.

Grabenstetten

- Kalksteinbruch östlich von Grabenstetten; Abbau langfristig zu sichern.

Haigerloch

- Gipsabbaustätte östlich von Haigerloch; Abbau langfristig zu sichern.
- Kalksteinbruch westlich von Haigerloch-Stetten; gute Verkehrsanbindung; Abbau langfristig zu sichern.
- Kalksteinbruch östlich von Haigerloch-Weildorf; gute Verkehrsanbindung; Abbau langfristig zu sichern.

Hechingen

- Tonvorkommen westlich von Hechingen-Schlatt; Abbau langfristig zu sichern.

Hülben

- Kalksteinbruch südlich von Hülben; Konflikte mit dem Landschaftsschutz, Beeinträchtigungen durch Gesteinstransporte, Erweiterung an bestehendem Standort ist jedoch Neuanlage vorzuziehen.

Münsingen

- Kalksteinvorkommen des Weißen Jura südlich von Münsingen an der B 465; im Flächennutzungsplan Münsingen als Standort für Abgrabungen enthalten, gute verkehrliche Erschließung, Konflikt mit Naturschutz, Abbauwürdigkeit noch zu prüfen; Option zum Abbau ist offenzuhalten.

Pliezhausen

- Werksteinbruch südlich von Pliezhausen-Rübgarten an der B 27 neu; eine der wenigen Abbaustätten von Stubensandstein in der Region Neckar-Alb, Konflikte mit Naturschutz und Forstwirtschaft, jedoch gute Verkehrsanbindung; Abbau mittelfristig zu sichern.

Rangendingen - Starzach

- Kalksteinbruch nordwestlich von Rangendingen-Bietenhausen, Abbaubereich auf Gemarkung Starzach-Wachendorf, Konflikt mit Wasserwirtschaft; Abbau mittelfristig zu sichern.

Römerstein

- Kalksteinbruch östlich von Römerstein-Zainingen; Abbau langfristig zu sichern.

Rosenfeld

- Quarzsandabbaustätte westlich von Rosenfeld-Brittheim; Abbau langfristig zu sichern.

Rottenburg am Neckar

- Kalksteinbruch südlich von Rottenburg-Frommenhausen; Abbau langfristig zu sichern.
- Kiesabbaustätte am Neckar nördlich von Rottenburg-Kiebingen; begrenzte Erweiterungsmöglichkeiten unter Beachtung wasserwirtschaftlicher und landschaftlicher Belange zu sichern.

Schömborg

- Tonabbaustätte südlich von Schömborg; Abbau langfristig zu sichern.

Sonnenbühl

- Kalksteinbruch nordöstlich von Sonnenbühl-Genkingen; Siedlungsnähe, jedoch gute Verkehrsanbindung; Abbau mittelfristig zu sichern.
- Kalksteinbruch südlich der Nebelhöhle; Lage in landschaftlich empfindlichem Gebiet, jedoch gute Verkehrsanbindung; Abbau mittelfristig zu sichern.
- Kalksteinbruch nördlich von Sonnenbühl-Willmandingen; Siedlungsnähe, jedoch gute Verkehrsanbindung; Abbau mittelfristig zu sichern.

Straßberg

- Kalksteinbruch nördlich von Straßberg; Konflikt mit Wasserwirtschaft; Abbau langfristig zu sichern.

Trochtelfingen

- Kalksteinbruch südöstlich von Trochtelfingen-Wilsingen; Abbau langfristig zu sichern.

Tübingen

- Kiesabbaustätte am Neckar südlich von Tübingen-Hirschau; begrenzte Erweiterungsmöglichkeiten unter Beachtung wasserwirtschaftlicher und landschaftlicher Belange zu sichern.
- Kiesabbaustätte am Neckar nordwestlich von Tübingen-Bühl; begrenzte Erweiterungsmöglichkeiten unter Beachtung wasserwirtschaftlicher und landschaftlicher Belange zu sichern.
- Werksteinbruch westlich von Tübingen-Pfrondorf; einziger Räsandsteinbruch in der Region Neckar-Alb, Konflikte mit Naturschutz und Forstwirtschaft; Erweiterungsmöglichkeiten unter Beachtung landschaftlicher und forstwirtschaftlicher Belange langfristig zu sichern.

Zwiefalten

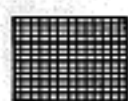
- Werksteinbruch südlich von Zwiefalten-Gauingen; einzige Abbaustätte hochwertigen Travertins in der Region Neckar-Alb, landschaftlich unbedenklich; Abbau langfristig zu sichern.
- Werksteinvorkommen nördlich von Zwiefalten-Sonderbuch; ehemalige Abbaustätte mit hochwertigem Travertin; Option zum Abbau ist offenzuhalten.

REGIONALVERBAND NECKAR-ALB

OBERFLÄCHENNAHE ROHSTOFFE UND BERGBAU- BERECHTIGUNGEN IN DER REGION NECKAR-ALB

Maßstab 1 : 200 000

Oberflächennahe Rohstoffe



Kalkstein

(Rohstoff für Naturstein, Zementstoff, Rohstoff für
Brannkalk, Naturwerkstein)

Stratigr. Einheiten: Gauinger Travertin (OSMG)
Hangende Bankkalke (tiH)
Liegende Bankkalke (tiL)
Mittel-/Oberkimmeridge-Massenkalke (ki2-3)
Oberkimmeridge-Kalke (ki3)
Mittelkimmeridge-Kalke (ki2)
Oxford-Kalke (ox2)
Oberer Muschelkalk (mo)



Rohstoff für Brannkalk

(Hangende Bankkalke im Raum Münsingen)



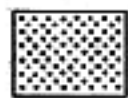
Naturwerkstein (Sandsteine)

Stratigr. Einheiten: Rätsandstein (ko)
Stubensandstein (km4W)
Schilfsandstein (km2)



Mergelstein (Zementrohstoff)

Stratigr. Einheiten: Zementmergel (tiZ)
Kimmeridge-Mergel (ki1)
Oxfordmergel (ox1Z)



Kies und Sand

Stratigr. Einheiten: Quartäre Kiese des Neckartales (qGS)
Stubensandstein (km4S)



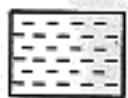
Ziegeleirohstoff

Stratigr. Einheiten: Lösslehm (qlö)
Opalinuston (a11)
Tuneri-Tone (si2)
Knollenmergel (km5)



Energierohstoff

Lias epsilon (tc1E)



Lias epsilon

Gesamtausstrich



Gips/Anhydrit

(Grundgipsschicht, km1)

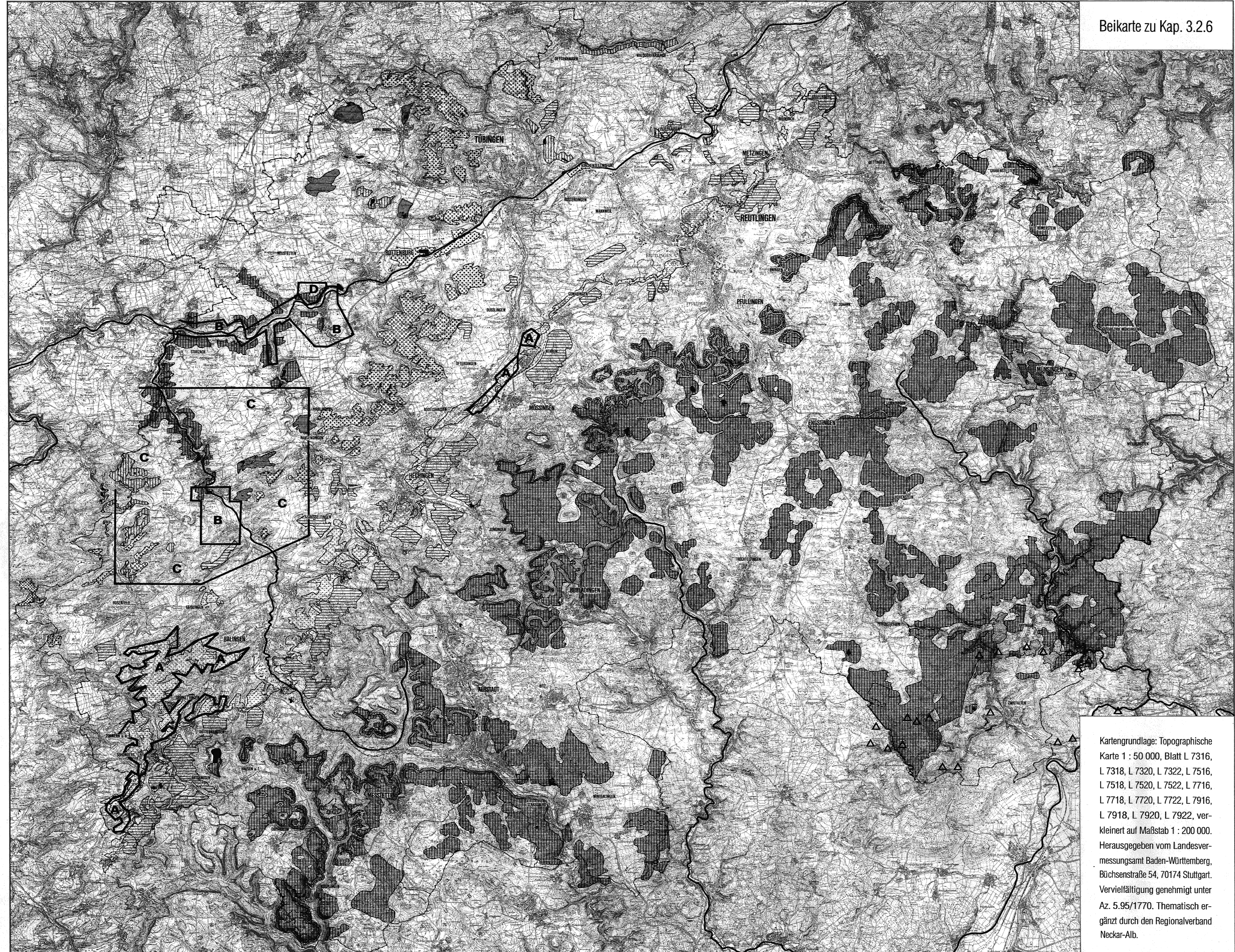


Aufschlüsse

(vorw. Betriebe in Produktion)

Bergbauberechtigungen (nach BBergG)

- A** Ölschiefer
- B** Kohlensäure
- C** Steinsalz
- D** Gips und Anhydrit
- △** Erloschene Bergbauberechtigungen



Kartengrundlage: Topographische Karte 1 : 50 000, Blatt L 7316, L 7318, L 7320, L 7322, L 7516, L 7518, L 7520, L 7522, L 7716, L 7718, L 7720, L 7722, L 7916, L 7918, L 7920, L 7922, verkleinert auf Maßstab 1 : 200 000. Herausgegeben vom Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Büchsenstraße 54, 70174 Stuttgart. Vervielfältigung genehmigt unter Az. 5.95/1770. Thematisch ergänzt durch den Regionalverband Neckar-Alb.

Begründung

Die Region Neckar-Alb verfügt aufgrund der geologischen Verhältnisse über ein großes Potential oberflächennaher Rohstoffe, von welchem gegenwärtig nur ein geringer Teil abgebaut wird. Erweiterungen bzw. Neuaufschlüsse von Abbaustätten führen zunehmend zu Konflikten mit anderen Raumansprüchen. Insbesondere Wasserschutz, Natur- und Landschaftsschutz, Siedlungstätigkeit sowie Land- und Forstwirtschaft erschweren immer häufiger den Zugang zu den heimischen Rohstoffen. Die Notwendigkeit der Sicherung oberflächennaher Rohstoffe ergibt sich daher nicht in erster Linie aus der Erschöpfung der Vorkommen durch den Abbau oder aus mangelnder Kenntnis weiterer Lagerstätten, sondern aus der bereits drastisch eingeschränkten Verfügbarkeit.

Unabhängig von der rechtlichen Regelung des Abbaus erfolgt die Sicherung der oberflächennahen Rohstoffe durch die Ausweisung entsprechender Bereiche im Regionalplan.

Um die notwendige Rohstoffversorgung langfristig zu gewährleisten, ist ein Interessenausgleich zwischen den unterschiedlichen Nutzungsansprüchen unerlässlich. Es genügt nicht zu wissen, an welcher Stelle welcher Rohstoff zu finden ist. Er muß zugänglich gehalten werden, indem man ihn insbesondere vor irreversibler Überbauung schützt und dem möglichen Abbau Vorrang vor anderen Nutzungen einräumt.

Eine Bestandsaufnahme der oberflächennahen Rohstoffe in der Region Neckar-Alb wurde im Landschaftsrahmenplan 1989 (S. 56 ff., Begründung zu Kap. 3.5.2, Tab. 9 und Karte 7) dargelegt. Den aktuellen Überblick gibt die Beikarte "Oberflächennahe Rohstoffe und Bergbauberechtigungen".

Als schutzbedürftige Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe werden solche Bereiche ausgewiesen, die wegen der Güte des Vorkommens, der Standortgunst hinsichtlich der Lage zu den Verbraucherschwerpunkten und der Verkehrserschließung sowie ihrer geringen Konkurrenz zu anderen Raumnutzungen für die Rohstoffgewinnung besonders geeignet sind (vgl. Tab. 3.4). Eine solche frühzeitige Koordination mit anderen Raumnutzungen und die Einbeziehung in ein Gesamtkonzept, welches gleichermaßen ökologische und ökonomische Aspekte berücksichtigt, können wesentlich zur Erhaltung der Landschaft in der Region Neckar-Alb beitragen.

Der Abbau selbst beeinträchtigt die Landschaft zwangsläufig und in vielfältiger Weise. Ziel einer integrierten Rohstoffsicherungsplanung muß es daher sein, den Abbau in solchen Bereichen langfristig zu ermöglichen, in denen er die Umwelt am geringsten beeinträchtigt, und ihn damit von empfindlichen Teilen der Region fernzuhalten. Eine frühzeitige Gesamtkonzeption für die einzelne Abbaustätte, die auch deren Folgenutzung beinhaltet, trägt wesentlich zur Minimierung der Landschaftsbeeinträchtigung bei. Vor allem die Möglichkeiten für eine Ablagerung von Erdaushub in ehemaligen Abbaustätten sind in diesem Zusammenhang zu prüfen und gegen die Belange des Naturschutzes zur Schaffung von wertvollen Sekundärbiotopen abzuwägen.

Auf den sparsamen Umgang mit oberflächennahen Rohstoffen ist hinzuwirken. Wo möglich, sollen Rohstoffe durch wiederverwendbare Materialien, z. B. Aushub bei Straßenbauten, ersetzt werden.

Eine Differenzierung der Rohstoffsicherung nach "schutzbedürftigen Bereichen für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe" und "Bereichen zur Sicherung von Rohstoffvorkommen" (§ 8 Abs. 2 LplG) ist wegen der noch unvollständigen Kenntnis über die Rohstoffvorräte in der Region Neckar-Alb zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Die Rohstoffsicherung in der Region Neckar-Alb muß daher zunächst im wesentlichen auf die bestehenden Abbaustätten und deren Erweiterungsmöglichkeiten sowie die zusätzlich ausgewiesenen schutzbedürftigen Bereiche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe beschränkt bleiben. Eine weitergehende Rohstoffsicherung muß auf den Ergebnissen der bereits in Angriff genommenen Analysen des Geologischen Landesamts aufbauen.

Unabhängig von der regionalplanerischen Sicherung oberflächennaher Rohstoffe bestehen in der Region Neckar-Alb zahlreiche öffentlich-rechtliche Bergbauberechtigungen nach dem Bundesberggesetz (siehe Beikarte "Oberflächennahe Rohstoffe und Bergbauberechtigungen in der Region Neckar-Alb"). Es handelt sich dabei um Rechtstitel, die das Recht zur Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen umfassen, wobei bergbauliche Tätigkeiten in Einzelfall genehmigungsbedürftig sind. Südwestlich von Balingen sowie im Raum

Mössingen liegen Bergwerksfelder, die auf Ölschiefer verliehen sind. Bergbauberechtigungen im Raum Hailerloch berechtigen zur Aufsuchung und Gewinnung von Steinsalz. Weitere Rechte in diesem Bereich sowie westlich von Rottenburg beziehen sich auf Kohlensäure. Westlich von Rottenburg liegt außerdem eine Bergbauberechtigung auf Gips und Anhydrid.

Im Interesse der Versorgung der Volkswirtschaft mit mineralischen Rohstoffen ist die Untersuchung heimischer Lagerstätten in den dargestellten Erlaubnisfeldern erforderlich. Art und Umfang der Aufsuchungsarbeiten werden im Einzelfall im Rahmen bergrechtlicher Betriebsplanverfahren genehmigt. An diesen Verfahren werden die Behörden, deren Aufgabenbereich vom jeweiligen Vorhaben berührt wird, und die Gemeinden als Planungsträger beteiligt.

3.3 Bereiche zur Sicherung von Wasservorkommen oder von Rohstoffvorkommen

Das Landesplanungsgesetz vom 10. Oktober 1983 sieht neben der Ausweisung von schutzbedürftigen Bereichen für die Wasserwirtschaft und für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe auch die Ausweisung von Bereichen zur Sicherung von Wasservorkommen oder von Rohstoffvorkommen vor (§ 8 Abs. 2 Nr. 6 LplG). Wegen der noch unvollständigen Kenntnis zur Hydrogeologie und zu den abbauwürdigen Rohstoffvorräten in der Region ist eine weitere Differenzierung nach "schutzbedürftigen Bereichen" und "Bereichen zur Sicherung" in der Region Neckar-Alb derzeit nicht möglich (vgl. Begründungen zu Kap. 3.2.5 und 3.2.6).

Die Region Neckar-Alb hat aufgrund ihrer Randlage zum gut ausgestatteten Wirtschaftsraum Stuttgart und wegen ihrer unterschiedlichen topographischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einen spezifischen Ausbau- und Erneuerungsbedarf an Einrichtungen der technischen Infrastruktur. Das gilt insbesondere für den Verkehrsbereich, aber auch für Einrichtungen der Energieversorgung und der Telekommunikation.

Die Ausstattung mit Anlagen der technischen Infrastruktur wird durch den verstärkten Wettbewerb infolge der Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und der Öffnung der osteuropäischen Länder zukünftig ein noch größeres Gewicht bekommen. Gleichzeitig werden die Grenzen der Ausbaumöglichkeiten hinsichtlich der Flächenverfügbarkeit und der Emissionen erkennbar. Schon jetzt zeigt sich diese Problematik beispielhaft bei der Standortsuche für Abfallentsorgungsanlagen.

In den verdichteten Teilräumen der Region besteht die Gefahr, daß Standortvorteile wegen Überlastungserscheinungen beeinträchtigt werden und notwendige Infrastruktureinrichtungen wegen Nutzungskonkurrenzen nicht realisiert werden können.

In den ländlich strukturierten Gebieten der Region Neckar-Alb ist ein abgestimmter Infrastrukturausbau notwendig, um die Tragfähigkeit zu sichern und die Leistungsfähigkeit bzw. Standortgunst zu erhöhen.

Bei dem Erhalt und dem Ausbau moderner Infrastruktureinrichtungen ist deshalb verstärkt auf wechselseitige Ergänzungen und Beeinträchtigungen der verschiedenen Maßnahmen Rücksicht zu nehmen. Der Ausbau soll auch zur Verminderung bestehender Umweltbelastungen in der Region beitragen.

4.0 Grundsätze zur regionalen Infrastruktur

- G Die Einrichtungen der technischen Infrastruktur sind dem verstärkten Wettbewerb und den neuen Anforderungen von seiten der Technik und des Umweltschutzes anzupassen.
- G Beim Ausbau und Erhalt der technischen Infrastruktur sind die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Infrastrukturmaßnahmen verstärkt zu berücksichtigen und mit den Ansprüchen der Siedlungstätigkeit (vgl. Kap. 2) und der Sicherung des Freiraums (vgl. Kap. 3) abzustimmen.
- G Im Hinblick auf ihre bessere Auslastung sowie zur Verringerung der Schadstoffbelastung und der Inanspruchnahme von Freiräumen ist die Bündelung der linienhaften Infrastruktur anzustreben.

Begründung

Die Region Neckar-Alb verfügt insgesamt zwar über eine gute Ausstattung mit Einrichtungen der technischen Infrastruktur, die Herausforderungen der Zukunft mit Blick auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Rahmen verlangen jedoch eine Modernisierung und zugleich eine umweltschonendere Nutzung der technischen Infrastruktur.

Das erfordert in erhöhtem Maße die Berücksichtigung der Wechselwirkungen der einzelnen Infrastrukturelemente untereinander und ihre Abstimmung mit anderen Raumansprüchen. Durch eine frühzeitige Abstimmung und Beachtung der Wechselwirkungen sind Einsparungseffekte erzielbar, die z. B. zur Verringerung des Verkehrsaufkommens, zur Vermeidung von Abfall oder zur Einsparung von Energie führen, ohne zugleich qualitative Einbußen bei der Versorgung mit infrastrukturellen Leistungen nach sich zu ziehen.

Der regionalplanerische Ansatz einer fachübergreifenden Frühkoordinierung geht jedoch über die Abstimmung der einzelnen Elemente der technischen Infrastruktur hinaus, indem er auch die Wechselwirkungen zur Siedlungstätigkeit und zum Freiraum einbezieht. So unterstützt das System der Achsen und Zentralen

Orte den effektiven und zugleich auch umweltschonenden Einsatz der technischen Infrastruktur, z. B. durch Bündelung von Energieleitungen und öffentlichen Verkehrslinien. Eine auf die bessere Ausnutzung von Netzen der technischen Infrastruktur abgestimmte Planung kann so auch zur Verminderung der Inanspruchnahme von Freiräumen und zur Verminderung der Schadstoffbelastung beitragen.

Die Grundsätze, Ziele und Vorschläge des Kapitels 4 zielen deshalb darauf ab, durch eine Abstimmung der Ver- und Entsorgungssysteme unter Beachtung der Wechselwirkungen mit den anderen Raumansprüchen einen Beitrag zur Stärkung der regionalen Potentiale zu leisten und die Region als Lebensraum langfristig attraktiv zu erhalten.

4.1 Verkehrswesen

- G Dem steigenden Verkehrsaufkommen in der Region Neckar-Alb soll nach dem Grundsatz "Ausbau vor Neubau" der Verkehrsinfrastruktur Rechnung getragen werden. Die Auslastung der Kapazitäten ist durch die Verknüpfung der Verkehrsmittel und der Transportsysteme zu erhöhen. Dazu ist die Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsträgern zu fördern.
- G Die folgenden Maßnahmen sollen in der Region Neckar-Alb mit Priorität vorangebracht werden:
 - Ausbau von Knotenpunkten für verkehrszweigübergreifende Verkehre (z. B. Umschlageneinrichtungen für den kombinierten Verkehr, P+R-Plätze, Omnibusknoten an Bahnhöfen),
 - Schaffung von Verkehrs- und Tarifverbünden,
 - Beseitigung von konkurrierenden Parallelverkehren.
- G Durch die Abstimmung der raumbedeutsamen Planungen, wie z. B. Ausweisung von verdichteten Wohnbauflächen und dezentralen Industrie-/Gewerbeschwerpunkten, ist eine Verminderung des Verkehrsaufkommens anzustreben und die Auslastung des öffentlichen Verkehrs zu verbessern (vgl. Kap. 2).
- G Zur Verbesserung der Standortgunst der Region Neckar-Alb sollen insbesondere die Verbindungen zum großräumigen Verkehrsnetz und in den Ballungsraum Stuttgart ausgebaut werden (vgl. Kap. 4.1.1 und Kap. 4.1.3).

Begründung

Sämtliche Verkehrsprognosen für die Bundesrepublik Deutschland gehen von einer weiterhin kräftigen Zunahme der Motorisierung und der Mobilität aus. Bis zum Jahr 2010 wird z. B. die Zahl der Pkw von derzeit (1990) rd. 30 Mio. auf ca. 36 Mio. anwachsen, der Kfz-Besatz wird von 605 PKW/1000 Einwohner auf ca. 700 steigen. Hinzu kommt ein verstärktes Wachstum im Güterverkehr durch

- die Schaffung des europäischen Binnenmarkts,
- die Zunahme des innerdeutschen Verkehrs infolge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten,
- die Öffnung der osteuropäischen Märkte und
- die Veränderungen bei den Produktionsverfahren (z. B. Verlagerung von Teilproduktionen, Anlieferung "just in time").

Dem muß auch die Verkehrsinfrastruktur in der Region Neckar-Alb auf lange Sicht Rechnung tragen. Dabei soll der Grundsatz "Ausbau vor Neubau" zur Geltung kommen. Im Sinne der Erhaltung der Standortgunst ist den Gesichtspunkten des Umweltschutzes bei der Neuordnung des Verkehrssystems und beim Ausbau der Verkehrswege eine zentrale Bedeutung zuzumessen. Bei der Beurteilung der Standortgunst werden die sogenannten weichen Standortfaktoren, z. B. Wohnqualität, intakte Umwelt, Freizeitwert, kulturelles Angebot, zukünftig eine noch größere Bedeutung erhalten.

Einerseits darf das Verkehrswesen nicht zum Engpaß der wirtschaftlichen Entwicklung werden, andererseits besteht die Gefahr, daß die nachteiligen Folgen des zunehmenden Straßenverkehrs (wie z. B. Luftbelastung, Lärmbelastung, Flächenversiegelung, Zerschneidung der Landschaft etc.) die Standortgunst der Region Neckar-Alb vermindern. Es ist deshalb erforderlich, die bestehenden Verkehrswege (Schiene, Straße) und Transportsysteme (Individualverkehr, öffentlicher Verkehr) so zu verknüpfen, daß sie sich gegenseitig ergänzen und somit die Auslastung der Transportkapazitäten insgesamt erhöht wird.

Darüber hinaus soll verstärkt die Verknüpfung der Siedlungstätigkeit mit den Erfordernissen der Verkehrssysteme erfolgen. Dem dient das punktaxiale Siedlungskonzept (vgl. Kap. 2): Durch eine bessere Verknüpfung der Verkehrssysteme und die Bündelung der Verkehre im Rahmen einer mit den Erfordernissen der Siedlungstätigkeit abgestimmten Gesamtkonzeption kann der Verkehr effizienter organisiert werden, wodurch auch eine Verminderung von Verkehren möglich wird.

Die verkehrliche Anbindung an die großräumigen Verkehrsnetze stellt einen wichtigen Standortfaktor dar und beeinflusst nachhaltig die wirtschaftlichen Entwicklungschancen einer Region. Da die Region Neckar-Alb vom großräumigen Verkehrsnetz (Autobahn, Flughafen, InterCity- und InterRegio-Linien) nur tangiert wird, hat der Ausbau der dorthin führenden Straßen und Schienenwege höchste Priorität.

4.1.1 Schienen- und kombinierter Verkehr

4.1.1.1 Schienenpersonenverkehr

- Z Die vorhandenen Schienenverbindungen in der Region Neckar-Alb sind langfristig zu erhalten und mit dem übrigen Nah- und Fernverkehrsnetz zu verknüpfen. Folgende Verbindungen haben aus regionalplanerischer Sicht für die Region Neckar-Alb höchste Priorität:*
- (Ulm -) Sigmaringen - Albstadt - Balingen - Hechingen - Tübingen - Reutlingen - Plochingen - Stuttgart,*
 - Tübingen - Horb,*
 - Tübingen - Herrenberg.*
- Z Maßnahmen zur Stärkung und zur Reaktivierung der Ammertalbahn, der Ermstalbahn, der Schönbuchbahn und der Hohenzollerischen Landesbahn sind zu fördern.*
- Z Für eventuelle Netzerweiterungen sollen die Trassen für folgende Verbindungen langfristig offen gehalten werden:*
- Tübingen/Reutlingen - Flughafen Stuttgart (vgl. auch PS 4.1.2.12 des Regionalplans Mittlerer Neckar 1989),*
 - Reutlingen - Engstingen,*
 - Reutlingen - Gomaringen (Westbahnhof),*
 - Schömburg - Rottweil.*

-
- V Der Taktverkehr auf der Strecke Tübingen - Stuttgart ist durch moderne, schnelle und in Tagesrandlagen bis nach Sigmaringen/Aulendorf fahrende Züge so zu verdichten, daß in Stuttgart und Plochingen ein gesicherter Anschluß an das ICE-, InterCity- und InterRegio-Netz der Deutschen Bundesbahn hergestellt wird. Dies darf nicht zu Lasten des Schienenpersonennahverkehrs erfolgen.
 - V Um das Oberzentrum Reutlingen/Tübingen in das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bundesbahn direkt einzubeziehen, ist langfristig die Verlängerung mindestens einer InterRegio-Linie bis nach Tübingen vorzusehen.
 - V Die Allgäu-Zollernbahn Tübingen - Sigmaringen - Aulendorf ist weiter zu modernisieren. Sie soll damit sowohl ihrer Funktion im Personennahverkehr gerecht werden als auch zu einer leistungsfähigen Regionalbahn mit kurzen Übergängen zu weiterführenden Bahnlinien in Tübingen, Hechingen, Sigmaringen und Aulendorf ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Talgangbahn der Württembergischen Eisenbahngesellschaft (Albstadt-Ebingen - Albstadt-Onstmettingen) als Zubringer zu erhalten und zu modernisieren.
 - V Die Hohenzollerische Landesbahn ist zwischen Hechingen und Sigmaringen auszubauen sowie in Hechingen und in Sigmaringen durch geeignete Maßnahmen besser mit dem Schienennetz der Deutschen Bundesbahn zu verknüpfen.
 - V Die Strecke Tübingen - Horb ist für den Nahverkehr zu erhalten sowie als schnelle Verbindung zur Gäubahn und zu den Fernzügen Richtung Schweiz auszubauen; beide Funktionen sind aufeinander abzustimmen. Sie soll darüber hinaus Bestandteil einer attraktiven Schienenverbindung zwischen den Oberzentren Reutlingen/Tübingen und Pforzheim werden und die Region Neckar-Alb über die Strecke Horb - Freudenstadt - Hausach besser an den Erholungsraum Schwarzwald anbinden.
 - V Im Hinblick auf den Bau der neuen Alpentransversale in der Schweiz (Gotthard-Basistunnel) und eine bessere Integration in das überregionale Schienennetz ist langfristig die Elektrifizierung der Strecke Tübingen - Horb anzustreben.
 - V Auf der Ammertalbahn ist die Netzlücke zwischen Gültstein und Herrenberg zu schließen und die Personenbeförderung auf der Gesamtstrecke wieder aufzunehmen. Sie soll in das regionale Schienennetz integriert werden und als Zubringer zur S-Bahn Herrenberg - Böblingen - Stuttgart die Bundesstraße 28 im Ammertal vom Individualverkehr entlasten (vgl. auch PS 4.1.2.12 des Regionalplans Mittlerer Neckar 1989).
 - V Die Ermstalbahn zwischen Bad Urach und Metzingen ist zu erhalten und in das regionale Schienennetz zu integrieren. Die Personenbeförderung ist in Abstimmung mit dem Busverkehr im Ermstal wieder aufzunehmen. In Bad Urach sind die Verknüpfungspunkte der Buslinien von der Schwäbischen Alb mit der Ermstalbahn entsprechend auszubauen.
 - V Die Schönbuchbahn zwischen Dettenhausen und Böblingen ist zu erhalten. Die Personenbeförderung ist im Hinblick auf die Funktion der Strecke als Zubringer zur S-Bahn in Böblingen wieder aufzunehmen.
 - V Die gemeinsame Nutzung von Schienenstrecken durch bundeseigene und nichtbundeseigene Bahnen ist anzustreben.

Begründung

Wegen des weiter zunehmenden Verkehrsaufkommens müssen die Schienenstrecken in der Region künftig zu einer wirksameren Entlastung des Straßennetzes beitragen. Dabei haben sie Funktionen sowohl im Nahverkehr als auch im Fernverkehr zu übernehmen, die gut aufeinander abzustimmen sind. Um diese Funktionen künftig verstärkt wahrnehmen zu können, müssen die Schienenstrecken vorrangig in den Zentralen Orten (Oberzentrum, Mittelzentren, Unterzentren) der Region mit dem Straßenverkehr verknüpft werden.

Für den Schienenverkehr bestehen in der Region gute Entwicklungschancen, weil die meisten Strecken in verdichteten Siedlungsräumen und entlang von Achsen verlaufen (Neckartal, Albvorland, Ermstal, Ammertal, Talgang Albstadt-Ebingen/-Onstmettingen) und die Straßen hier eine sehr hohe Verkehrsbelastung aufweisen.

Für die Erhaltung und den Ausbau des Schienennetzes sprechen neben verkehrlichen Notwendigkeiten und Umweltgesichtspunkten auch strukturpolitische Zielsetzungen. Eine bessere verkehrliche Anbindung des ländlichen Raums, z. B. über die Allgäu-Zollernbahn und die Hohenzollerische Landesbahn, kann zur Beseitigung von Standortnachteilen beitragen. Der Fortbestand des Streckennetzes muß auch aus diesen Gründen gesichert werden.

Die vorgeschlagenen Ausbaumaßnahmen konzentrieren sich auf die Achsen des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg 1983 und die regionalen Siedlungs- und Nahverkehrsachsen. Sie sollen zur besseren Auslastung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur beitragen. Damit soll auch die Einbindung der Region in das großräumige europäische Schienennetz verbessert und das innerregionale Netz konkurrenzfähig ausgestaltet werden. Dem würde die Wiederaufnahme der Personenbeförderung (Ermstalbahn, Schönbuchbahn), die Schließung von Netzlücken (Ammertalbahn), die Modernisierung und der Neubau von Streckenabschnitten, die Wiedereinrichtung oder Neuanlage von Haltepunkten sowie die Stärkung des Schienengüterverkehrs (vgl. Kap. 4.1.1.2) dienen.

Die Möglichkeiten zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs, die sich durch die Regionalisierung von Schienenstrecken ergeben können, müssen genutzt werden. Insbesondere soll eine Verknüpfung mit den regionalisierten Busverkehren (vgl. Kap. 4.1.2) erfolgen. Die finanziellen Voraussetzungen dafür müssen durch ein Nahverkehrsgesetz geschaffen werden.

Die Strecke Ulm - Sigmaringen - Tübingen - Reutlingen - Stuttgart gehört zu den Verbindungen, die Gegenstand der gemeinsam von der Deutschen Bundesbahn, dem Bundesverkehrsministerium und den Ländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern in Auftrag gegebenen Untersuchung "Integraler Taktfahrplan Südwestraum" sind. Mit dem Einsatz von Fahrzeugen mit Neigungstechnik kann auf dieser Strecke der Anschluß der Region Neckar-Alb an das ICE-/IC-/IR-Netz in Stuttgart/Plochingen und Ulm verbessert werden. Weiterhin lassen sich durch die mit dem Einsatz dieser Fahrzeuge verbundenen Fahrzeitgewinne die Reisezeiten zwischen den an dieser Strecke liegenden Zentralen Orten reduzieren.

Die regionalplanerische Trassensicherung auf der Grundlage des verkehrswissenschaftlichen Gutachtens für die Verlängerung der S-Bahn vom Flughafen Stuttgart nach Reutlingen/Tübingen ist im Regionalplan Mittlerer Neckar 1989 (PS 4.1.2.12 und Raumnutzungskarte) enthalten. Entsprechendes ist auch für die Bahnstrecken Reutlingen - Engstingen (mit der möglichen Anbindung von Münsingen/Gewerbepark Haid/Trochelfingen), Reutlingen - Gomaringen (Westbahnhof) und Schömbgen - Rottweil anzustreben. Sie befinden sich im Verlauf von Achsen des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg 1983 bzw. regionalen Siedlungs- und Nahverkehrsachsen und können somit zur Stärkung der Achsenstandorte und zu Verkehrsverlagerungen auf das umweltfreundliche Verkehrsmittel Bahn beitragen.

4.1.1.2 Schienengüterverkehr/kombinierter Verkehr

- G Die Region Neckar-Alb als Wirtschaftsraum ist leistungsfähig an den überregionalen Schienengüterverkehr anzubinden.
- Z *Um künftig das wachsende Verkehrsaufkommen bewältigen zu können und den Anforderungen der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Umwelt gerecht zu werden, müssen mehr Güter auf die Schiene verlagert werden. Dazu sind auch die Schienentransportwege in der Region Neckar-Alb, die z. Zt. nur dem Güterverkehr dienen, zu erhalten und auszubauen sowie verkehrszweigübergreifende Transportsysteme zu fördern.*
- Z *Die Möglichkeiten für den Ausbau entsprechender Einrichtungen für den kombinierten Güterverkehr sind vorrangig in Reutlingen und Tübingen (Oberzentrum) zu erhalten. In den Städten Albstadt, Bad Urach, Balingen, Hechingen, Metzingen, Mössingen, Münsingen und Rottenburg am Neckar sind entsprechende Flächensicherungen vorzunehmen.*
- V Der Umschlagbahnhof Reutlingen ist wieder einzurichten.
- V Der Anschluß der Region Neckar-Alb an das InterCargo-Netz der Deutschen Bundesbahn ist zu erhalten, das Angebot ist qualitativ weiter zu verbessern.
- V Der Güterbahnhof Reutlingen soll als Schnittstelle Schiene/Straße für den kombinierten Verkehr und Kleingutverkehr erhalten und ausgebaut werden. Der Bahnhof Reutlingen ist langfristig in das Kern- und Ergänzungsnetz der Deutschen Bundesbahn für den Kombinierten Ladungsverkehr (KLv) aufzunehmen.
- V Im gesamten Schienengüterverkehr soll in Abstimmung zwischen der Deutschen Bundesbahn, der Hohenzollerischen Landesbahn und der Württembergischen Eisenbahngesellschaft ein Netz von Stückgutbahnhöfen und Tarifpunkten erhalten bzw. geschaffen werden, das eine schnelle und zuverlässige Bedienung auch in der Fläche sicherstellt.
- V Im Hinblick auf eine eventuelle Regionalisierung einzelner Streckenabschnitte der Deutschen Bundesbahn muß die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bundesbahn und den nicht-bundeseigenen (NE-) Bahnen weiter verbessert werden. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit durch eine Öffnung der Schienenwege für die Benutzung durch private Speditionen oder die verladende Wirtschaft die Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene gefördert werden kann.
- V Mit dem Ausbau des Expreßdienstes der Deutschen Bundesbahn soll der Forderung nach einem flächendeckenden direkten Zustellservice zum Kunden erfüllt werden.

Begründung

Der Transport von Gütern auf der Schiene hat seit Jahren eine rückläufige Tendenz. Dies ist in erster Linie auf eine Änderung der Nachfrage zurückzuführen, die sich ihrerseits aus dem sektoralen Strukturwandel der Wirtschaft (weniger Massengüter, mehr Stückgut, Konzept des "just in time") ergeben hat. Hinzu kommen Personal- und Infrastrukturengpässe bei der Bahn, hervorgerufen durch Rationalisierungsmaßnahmen.

In der Region Neckar-Alb beträgt der Anteil der mit der Bahn transportierten Güter zur Zeit rund 1/4 des Aufkommens. Der Hauptanteil wird über die Straße abgewickelt. Nach Studien der Prognos AG zum Güterverkehr in Westeuropa (1988) wird das Güterverkehrsaufkommen bis zum Jahr 2010 um ca. 50 % ansteigen. Als wesentliche Ursache dafür wurde die Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts und die Verlagerung von Teilproduktionen (Anlieferung "just in time") genannt. Inzwischen sind mit dem Zusammenwachsen der alten und neuen Bundesländer sowie der Öffnung der osteuropäischen Märkte zwei weitere Steigerungsfaktoren hinzugekommen. Teilweise wird deshalb mit einer Verdoppelung des Güterverkehrsaufkommens bis zum Jahr 2010 gerechnet. Aus Kapazitätsgründen, aber auch aus Gründen des Umweltschutzes, der Verkehrssicherheit und der Ressourcenschonung wird eine verstärkte Verlagerung des wachsenden Güterverkehrs auf die Schiene unumgänglich sein. Der Erfolg hängt jedoch davon ab, zu welchen Konditionen und mit welcher Qualität (Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Schnelligkeit) Transportleistungen über die Schiene abgewickelt werden können. Sehr wesentlich ist dabei die Frage, ob der Träger dieser Transportleistungen in der Lage sein wird, sein Angebot als moderne Transportdienstleistung (alles in einer Hand) zu gestalten. Um dies zu erreichen, sind Wettbewerbsbeschränkungen bei der Deutschen Bundesbahn abzubauen. Es ist darüber hinaus denkbar, daß die Öffnung der Schieneninfrastruktur für die Benutzung durch Dritte zu einer verstärkten Verlagerung von Transportleistungen auf die Schiene führt.

Das Problem in der Region Neckar-Alb ist in erster Linie die Erschließung der Fläche für den Schienen-güterverkehr. Um künftigen Aufgaben gerecht zu werden, müssen der Kombinierte Ladungsverkehr (KLV) mittels Containertechnik und der Wagenladungsverkehr ausgebaut werden. Für neue, den Umschlag von Gütern vereinfachende Techniken (z. B. Abrollcontainersystem) sind in der Region die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen.

Um der verladenden Wirtschaft in einem zumutbaren Zeitaufwand den Zugang zum Schienennetz zu ermöglichen, soll eine räumliche Mindestpräsenz der Schieneninfrastruktur erhalten werden. Die vorhandenen Flächen, Gebäude und Einrichtungen sind zu sichern, um eine Reaktivierung zu ermöglichen.

Die Region Neckar-Alb wird von der Deutschen Bundesbahn flächendeckend im Hausverkehr bedient. Zuständige Depots für den Hausverkehr sind Reutlingen, Rottweil, Gammertingen (HzL) und Albstadt (NE-Bahnen). Darüber hinaus sollen Metzingen, Reutlingen, Tübingen, Hechingen, Balingen und Albstadt als Filialen (Expresgutabfertigung) für Selbstabholer/-auflieferer erhalten bleiben.

Die Möglichkeiten der Regionalplanung, den Gleisanschlußverkehr zu fördern, müssen ausgeschöpft werden. Bei der Ausweisung von Siedlungsbereichen und von Schwerpunkten für Industrie und Dienstleistungseinrichtungen wurde deshalb die Möglichkeit des Anschlusses an das Schienennetz als Standortfaktor weitgehend berücksichtigt (vgl. Kap. 2.6). Das gleiche gilt auch bei der Sicherung von Standorten für Einrichtungen zur Abfallentsorgung (vgl. Kap. 4.3.2).

4.1.2 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

- G Um langfristig die Funktionsfähigkeit der Verkehrsnetze zu erhalten, ist eine verstärkte Verlagerung des Individualverkehrs auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) notwendig. Dazu ist die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen.
- Z *Im unmittelbaren Einzugsbereich von bestehenden oder auszubauenden Schienenstrecken der Region soll die Hauptlast des ÖPNV auf diese verlagert werden. Die Buslinien sollen aufeinander abgestimmt und optimal mit der Schiene verknüpft werden. Verknüpfungspunkte sind die Städte Reutlingen und Tübingen (Oberzentrum) sowie die Mittel- und Unterzentren (vgl. Kap. 2.1).*

- Z *Mit der Bahn konkurrierende schienenparallele Busverkehre sollen vermieden werden. Der Übergang zwischen schienenengebundenen und straßengebundenen Verkehrsmitteln ist durch organisatorische und bauliche Maßnahmen zu erleichtern.*
- Z *Die flächenhafte Verkehrserschließung soll durch Omnibuslinien gewährleistet werden. Sie sollen als Zubringer und Verteiler mit dem Schienenverkehr zu einem einheitlichen Verkehrsnetz verknüpft werden.*
- V Um den Übergang von Individualverkehrsmitteln auf öffentliche zu erleichtern, sind Park and Ride (P+R)-Anlagen in unmittelbarer Nähe der Haltepunkte zu sichern, zu erweitern oder neu anzulegen. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob und an welchen Bushaltestellen P+R-Anlagen eingerichtet werden können. Dabei sind auch Abstellmöglichkeiten für Zweiräder zu berücksichtigen.
- V Um die Einbindung der weniger dicht besiedelten Räume in das öffentliche Nahverkehrssystem sicherzustellen, soll der ÖPNV durch neue Angebotsformen (z. B. Anmeldeverkehr, Sammeltaxi) ergänzt werden.
- V In den verdichteten Räumen werden folgende Maßnahmen zur Stärkung des ÖPNV vorgeschlagen:
 - Einrichtung von Busspuren in Abstimmung mit dem Schienennetz,
 - Bevorrechtigung des ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr.
- V Im Hinblick auf die bevorstehende Regionalisierung des Nahverkehrs sind neue Organisationsformen zu prüfen.

Begründung

Der ÖPNV in der Region Neckar-Alb hat z. Zt. vornehmlich die Funktion, der nichtmotorisierten Bevölkerung ein ausreichendes Angebot zu sichern. Die Verkehrsbelastung vor allem der Innenstädte und der Zufahrtsstraßen erfordert jedoch eine Ausrichtung des öffentlichen Nahverkehrs auf die Erfordernisse auch der Personen, die im Besitz eines Pkw sind und deshalb die Wahlmöglichkeit haben. Dazu gilt es, die Attraktivität des ÖPNV weiter zu erhöhen, um eine Alternative zur Benutzung des Pkw zu bieten. Verkehrsverbindungen müssen deshalb möglichst schnell, bequem und preisgünstig sein. Dabei sollten auch die stetig wachsenden Freizeitverkehre berücksichtigt werden (vgl. Kap. 3.2.4.1). Zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen sind sowohl organisatorische als auch investive Maßnahmen gefordert.

Die Verknüpfung der Verkehrssysteme Schiene/Straße an leistungsfähigen Knotenpunkten (Zentralen Orten), deren attraktive bauliche Gestaltung, ein gut lesbarer und möglichst vertakteter Fahrplan sowie moderne Beförderungsmittel sind wichtige Voraussetzungen für die Stabilisierung bzw. die Steigerung der Benutzerzahlen im ÖPNV. Es müssen organisatorische Maßnahmen getroffen werden, damit dem Verkehrsteilnehmer einzelne Transportleistungen (Bus/Bus bzw. Bus/Bahn) als Einheit angeboten werden können. Dazu ist eine verstärkte Zusammenarbeit über Zuständigkeitsgrenzen hinweg erforderlich. Die bestehenden Haltepunkte sind zu überprüfen; ggf. sind Haltepunkte zu verlegen oder neu einzurichten. Auch müssen beispielsweise die Schienenstrecken des Fernverkehrs für den ÖPNV stärker genutzt werden.

Mit den Nahverkehrskommissionen der Landkreise sind organisatorische Rahmenbedingungen für eine Optimierung des ÖPNV in der Region gegeben. Die bevorstehende Regionalisierung des Nahverkehrs auf den Schienenstrecken der Deutschen Bundesbahn und der Verkauf der Regionalbusgesellschaften erfordern eine Überprüfung der Organisationsformen für den ÖPNV.

4.1.3 Straßenverkehr

- G Das Straßennetz in der Region Neckar-Alb soll unter Berücksichtigung des Schienennetzes dort ergänzt und ausgebaut werden, wo dies zur Erschließung oder zur Entlastung von Siedlungen bzw. für die Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten erforderlich ist.
- Z Folgende Straßenverbindungen haben für die Region Neckar-Alb höchste Priorität:
- B 27 Stuttgart - Tübingen - Balingen - Rottweil,
 - B 28/B 465 A 81 - Tübingen - Reutlingen - Metzingen - Bad Urach - Münsingen - Ehingen,
 - B 312/B 313 Alaufstieg im Echaztal mit Anbindung nach Norden und nach Süden (Dietwegtrasse, Scheibengipfeltunnel, Verkehrsstraße Ost Pfullingen, Umfahrung Engstingen),
 - B 463 Albstadt - Balingen - Haigerloch - A 81.
- Z Darüber hinaus sind die im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 1985, im Generalverkehrsplan Baden-Württemberg (GVP) 1986 und die vom Regionalverband Neckar-Alb zur Fortschreibung der Pläne vorgeschlagenen Straßenbaumaßnahmen (Tab. 4.1) zu verwirklichen.
- N Das regional bedeutsame Straßennetz wird gemäß Generalverkehrsplan Baden-Württemberg 1986 nach seinen raumordnerischen Funktionen in drei Kategorien eingeteilt; sie werden nachrichtlich übernommen (vgl. Tab. 4.2 und Raumnutzungskarte).
- V Abweichend vom Generalverkehrsplan Baden-Württemberg (GVP) 1986 sind gemäß der regionalen Prioritäten die folgenden Straßen entsprechend ihrer Verbindungsfunktion im zentral-örtlichen Gefüge der Region Neckar-Alb neu zu kategorisieren:

Straße	von - bis	Funktion/Bemerkungen	GVP '86
Aufnahme in die Kategorie I:			
B 27	Tübingen - Balingen - Villingen-Schwenningen	Verbindung zwischen dem Oberzentrum Tübingen und dem Oberzentrum Villingen-Schwenningen; wichtigste Verkehrsstraße der Region	Kat. II
Aufnahme in die Kategorie II:			
B 297	Tübingen - Nürtingen	Verbindung zwischen dem Oberzentrum Tübingen und dem Mittelzentrum Nürtingen; Straße wird teilweise zurückgebaut, großräumige Verbindung über die B 27 neu	Kat. I
B 313	Metzingen - Nürtingen	Verbindung zwischen dem Oberzentrum Reutlingen und dem Mittelzentrum Metzingen zum Mittelzentrum Nürtingen	Kat. III
K 6746	Hayingen - Zwiefalten	Übertragung der Kategorie II von der L 245 auf die K 6746	

- V Zur Verminderung der Durchschneidung zusammenhängender Freiräume wird vorgeschlagen, die vorhandenen Verkehrsnetze in ihrer Maschenweite und Ausprägung zu prüfen, um gegebenenfalls überflüssige oder funktionslos gewordene Straßen einem Rückbau oder einer Rekultivierung zuzuführen.
- V Um eine weitere Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs vor allem im Berufsverkehr zu erreichen, sollen Fahrgemeinschaften gefördert werden. Dazu wird vorgeschlagen, folgende P+M-Plätze (Parken+Mitfahren) neu einzurichten oder zu erweitern:
- | | |
|---------------------------|------------------------|
| Balingen | (B 27/B 463) |
| Balingen | (B 27/L 415) |
| Bisingen | (B 27/L 360/B 463 neu) |
| Hechingen/Mitte | (B 27/L 410) |
| Hechingen/Nord | (B 27/B 32) |
| Bodelshausen | (B 27/L 389) |
| Mössingen | (B 27/L 385) |
| Gomaringen | (B 27/L 230) |
| Kirchentellinsfurt | (B 27/L 379) |
| Walddorfhäslach | (B 27/L 373/B 464) |
| Kälberstelle | (B 27 alt/B 464) |
| Rottenburg am Neckar | (A 81/B 28 a) |
| Kusterdingen | (B 28/K 6903) |
| Jettenburg | (B 28/K 6907) |
| Industriegebiet Mark-West | (B 28) |
| Betzinger Knoten | (B 28) |

Z *Tabelle 4.1: Geplante Straßenbaumaßnahmen in der Region Neckar-Alb (BVWP 1985, GVP 1986)*

<i>Straße</i>	<i>von - bis Maßnahmen</i>	<i>BVWP 1985</i>	<i>Vorschlag des Regionalverbands zur Fortschrei- bung des BVWP</i>
B 27	<i>Kirchentellinsfurt - Tübingen - Balingen - Schömburg</i>		
	<i>Maßnahmen: Kirchentellinsfurt - Tübingen</i>	1	
	<i>OD Tübingen</i>	2	1
	<i>Tübingen - Nehren</i>	1	
	<i>Nehren - Bodelshausen</i>	2	1
	<i>Bodelshausen - Hechingen/Nord</i>	1	
	<i>Hechingen/Süd - Bisingen</i>	1	
	<i>Bisingen - Engstlatt</i>	1	
	<i>Engstlatt - Balingen/Süd</i>	1	
	<i>Balingen/Süd - Dotternhausen</i>	2	1
	<i>OU Schömburg</i>	2	1

B 28	Tübingen - Anschlußstelle Herrenberg der A 81		
	Maßnahmen: Tübingen - Unterjesingen	2	1
	Umfahrung/Untertunnelung Unterjesingen	2	1
	Umfahrung Entringen	2	1
B 28 neu	Horb - Ergenzingen		
	Maßnahme: Umfahrung Ergenzingen	1	
B 28	Reutlingen - Metzingen - Bad Urach		
	Maßnahmen: vierspuriger Ausbau bis Auchtert Metzingen	1	
	Umfahrung Metzingen	2	1
B 312	Reutlingen - Zwiefalten		
	Maßnahmen: Scheibengipfeltunnel Reutlingen	2	1
	Verkehrsstraße Ost Pfullingen	1	
	Albaufstieg	2	1
	Umfahrung Engstingen (B 312/B 313)	2	1
	OU Pfronstetten, Tigerfeld, Huldstetten, Zwiefalten	2	1
B 313	Metzingen - Nürtingen		
	Maßnahme: Umfahrung Grafenberg		1
B 32	Hechingen - Burladingen		
	Maßnahmen: Ausbau Hechingen - Schlatt	1	
	Umfahrung Jungingen	2	1
	Burladingen	2	
B 463	Balingen - Sigmaringen		
	Maßnahmen: Umfahrung/Untertunnelung Laufen	1	
	Lautlingen	1	
B 464 (bisher B 313 neu)	Reutlingen - B 27 neu		
	Maßnahme: Dietweg	2	1
B 465	Bad Urach - Münsingen - Ehingen		
	Maßnahmen: Teilumfahrung Bad Urach	2	1
	Bad Urach - Seeburg	2	1
	Umfahrung Seeburg		1
	Teilumfahrung Münsingen	2	1
	Umfahrung Bremelau	2	1

1 Vordringlicher Bedarf (nach Bundesverkehrswegeplan 1985)

2 Planung (nach Bundesverkehrswegeplan 1985)

<i>Straße</i>	<i>von - bis Maßnahmen</i>	<i>GVP 1986</i>	<i>Vorschlag des Regionalverbands zur Fortschreibung des GVP</i>
L 230	Engstingen - Münsingen - Laichingen		
	Maßnahmen: Umfahrung Auingen		4
	Umfahrung Böttingen		4
	Umfahrung Magolsheim		4
L 247/ L 249/ L 245	Münsingen - Zwiefalten		
	Maßnahmen: L 249 Eglingen - Ehestetten	3	
	Ehestetten - Hayingen	4	
	L 245 Hayingen - Zwiefalten	4	
L 250	Bad Urach - L 1250		
	Maßnahme: Umfahrung Hülben		4
L 360	Albstadt - Bisingen		
	Maßnahmen: Umfahrung Thanheim und Bisingen	4	
	Untertunnelung Innenstadt		
	Albstadt-Ebingen		4
L 370	Tübingen - Rottenburg		
	Maßnahme: Neubau L 370 im Neckartal	3	
L 373	B 297 - Walddorfhäslach		
	Maßnahme: Umfahrung Gniebel		4
L 384	Reutlingen - Gomaringen - B 27		
	Maßnahme: Umfahrung Ohmenhausen	3	
L 388 (B 464 neu)	Walddorf - B 27		
	Maßnahme: Umfahrung Walddorf	3	
L 415	Balingen - Rosenfeld		
	Maßnahme: Umfahrung Geislingen	4	
L 433	Albstadt - Meßstetten - Tuttlingen		
	Maßnahmen: Meßstetten - Unterdigisheim	4	3
	OD Unterdigisheim	3	
	OD Nusplingen	4	
L 442	Balingen-Weilstetten - Dotternhausen		
	Maßnahme: Umfahrung Roßwangen	3	
L 449	Winterlingen - Bitz - L 442		
	Maßnahmen: Umfahrung Winterlingen/Nord		4
	Umfahrung Bitz	4	

3 Ausbauplan Landesstraßen 1986-1995 (nach Generalverkehrsplan 1986 Baden-Württemberg)

4 Ausbauplan Landesstraßen nach 1995 (nach Generalverkehrsplan 1986 Baden-Württemberg)

Begründung

Die prognostizierten Steigerungen des Verkehrsaufkommens sowohl im Güterverkehr als auch im Personenverkehr (vgl. Kap. 4.1) erfordern trotz Ausschöpfung des Verlagerungspotentials auf die Schiene einen weiteren Ausbau des Straßennetzes. Die Straßen werden auch in Zukunft den überwiegenden Teil des Verkehrs aufnehmen müssen.

Die lt. Bundesverkehrswegeplan 1985 und Generalverkehrsplan 1986 Baden-Württemberg vorgesehenen Straßenbaumaßnahmen in der Region Neckar-Alb sind unbedingt notwendig, um langfristig die Funktionsfähigkeit des regionalen Verkehrssystems zu erhalten. In der Tabelle 4.1 sind die in den Ausbauplänen des Bundes und des Landes Baden-Württemberg derzeit vorgesehenen Baumaßnahmen und die Vorschläge des Regionalverbands zur Fortschreibung dieser Pläne zusammengestellt.

Darüber hinaus wird für einige Straßenabschnitte die Einstufung in eine höhere Ausbaupriorität gefordert, da diese Abschnitte stark überlastet sind und im funktionalen Straßennetz der Region eine exponierte Stellung einnehmen.

Die Kategorisierung der Straßen erfolgt entsprechend ihren Funktionen in die Gruppen:

- | | |
|---------------|--|
| Kategorie I | Verbindung zwischen Oberzentren und Verdichtungsräumen sowie Verbindung zwischen benachbarten Oberzentren; |
| Kategorie II | Verbindung von Mittelzentren zum zugehörigen Oberzentrum sowie Verbindung zwischen benachbarten Mittelzentren; |
| Kategorie III | Verbindung von Unter- und Kleinzentren zum zugehörigen Mittelzentrum sowie Verbindung der Unter- und Kleinzentren untereinander. |

Mit dieser Kategorisierung sind Ausbauqualitäten verbunden: Je höher die Einstufung ist, desto leistungsfähiger sollten diese Straßen ausgebaut werden. Konkrete Richtlinien hierzu hat die Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen in ihrem "Leitfaden für die funktionale Gliederung des Straßennetzes - RAS/N" festgelegt.

Die Beseitigung von Engpässen und Behinderungen in diesem Netz ist in besonderem Maße ein regionales Anliegen. Insofern gibt die Kategorisierungsstufe einen wichtigen Hinweis auf die Erforderlichkeit des Ausbaus von Straßen und auf die Prioritätensetzung. Das in der Tabelle 4.2 und in der Raumnutzungskarte dargestellte kategorisierte Straßennetz stimmt zum größten Teil mit dem Generalverkehrsplan 1986 Baden-Württemberg überein. Die Vorschläge zur Neukategorisierung ergeben sich aus den Funktionsänderungen im ausgebauten Straßennetz.

An Verkehrsplanungen werden zunehmend strengere Maßstäbe bezüglich der Umweltverträglichkeit gestellt. Grundsätzlich soll im Sinne des sparsamen Umgangs mit der Landschaft der Ausbau des vorhandenen Straßennetzes Priorität gegenüber dem Neubau von Straßen besitzen.

Eine Untersuchung des klassifizierten Straßennetzes in der Region Neckar-Alb hat ergeben, daß nur sehr wenige Straßenzüge aufgrund ihrer geringen verkehrlichen Funktion für einen Rückbau oder für eine Rekultivierung in Frage kommen. Es handelt sich durchweg um nichtkategorisierte Straßenabschnitte mit einer für die Region insgesamt geringen Bedeutung; auf die Darstellung einzelner Maßnahmen wird verzichtet.

Tabelle 4.2: Kategorisierung des regional bedeutsamen Straßennetzes
in Übereinstimmung mit dem Generalverkehrsplan 1986 Baden-Württemberg (GVP)

Kategorie I		
Verbindung zwischen Oberzentren und Verdichtungsräumen sowie Verbindung zwischen benachbarten Oberzentren		
Straße	von - bis	Funktion
B 27	Stuttgart - Tübingen	Verbindung zw. Oberzentren (OZ)
B 28	A 81-Tübingen - Reutlingen	Verdichtungsraum - OZ
B 28 neu	A 81 - Ergenzingen - Horb - Freudenstadt - Straßburg	Verbindung zw. OZ
B 312	Reutlingen - Ravensburg	Verbindung zw. OZ
B 464 (bisher B 313 neu)	Reutlingen - B 27 neu	Verbindung zw. OZ
Kategorie II		
Verbindung von Mittelzentren zum zugehörigen Oberzentrum sowie Verbindung zwischen benachbarten Mittelzentren		
Straße	von - bis	Funktion
B 14	Horb - Ergenzingen - Herrenberg	Verbindung zw. Mittelzentren (MZ)
B 28 a	A 81 - Seebonn - L 361	Verbindung OZ - MZ
B 28	Reutlingen - Ulm	Verbindung zw. OZ (in Ergänzung zur A 8)
B 32	Hechingen - Sigmaringen	Verbindung zw. MZ
B 312	B 27 neu - B 28 - Reutlingen	Verbindung zw. OZ (in Ergänzung zur B 464 - B 27 neu)
B 313	Engstingen - Gammertingen - Sigmaringen	Verbindung OZ - MZ
B 463	Balingen - Sigmaringen	Verbindung zw. MZ
B 463 neu (bisher L 360/ L 410)	Balingen - B 27 - A 81	Verbindung zw. MZ, Autobahnzubringer
B 465	Bad Urach - Münsingen - Ehingen	Verbindung zw. MZ
	B 28 - Kirchheim/Teck	Verbindung zw. MZ
L 230	Engstingen - Münsingen - Laichingen	Verbindung OZ - MZ
L 230/L 247/ L 249	Münsingen - Hayingen; Weiterführung nach Zwielfalten über die K 6746 zur B 312 - Riedlingen	Verbindung zw. MZ
L 384/L 394	Reutlingen - Gomaringen - B 27	Verbindung OZ - MZ
L 370/L 361	Tübingen - Rottenburg am Neckar - B 28 a	Verbindung OZ - MZ
L 388 alt (B 464 neu)	Walddorf - B 27 alt	Verbindung OZ - MZ
L 360	Albstadt - Bisingen - B 27	Verbindung zw. MZ
L 415	Balingen - Oberndorf	Verbindung zw. MZ
L 433	Albstadt - Meßstetten (- Tuttlingen)	Verbindung zw. MZ
L 434	Schömburg - B 14 (- Tuttlingen)	Verbindung zw. MZ
Kategorie III		
Straßen für den zwischengemeindlichen Verkehr; Verbindung von Unter- und Kleinzentren zum zugehörigen Mittelzentrum sowie Verbindung der Unter- und Kleinzentren untereinander		
Straße	Verbindung	Kategorie III von - bis
L 210	Metzingen - Neuffen	Metzingen - Neuffen
L 211	Bad Urach - Lenningen	Bad Urach - Grabenstetten - L 1211

L 230	Engstingen - Gomaringen - Tübingen	Engstingen - Gomaringen - B 27
L 240	Münsingen - Schelklingen	Magolsheim - Schelklingen
L 245	Römerstein - Münsingen	Böhringen - Seeburg
L 248	Engstingen - Hayingen	Bernloch - Eglingen
L 249	Bad Urach - Hayingen - Munderkingen	Bad Urach - Marbach, Hayingen - Obermarchtal
L 250	Bad Urach - Neuffen	Bad Urach - Neuffen
L 252	Römerstein - Wiesensteig	Böhringen - Westerheim
L 253	Zwiefalten - Gammertingen	B 312 - Geisingen - Gammertingen
L 374	Metzingen - Pliezhausen	Riederich - Mittelstadt
L 378	Reutlingen - Pliezhausen	Reutlingen - Pliezhausen
L 378 a	Reutlingen - Metzingen	Reutlingen - Metzingen
L 379	Reutlingen - Kusterdingen	Reutlingen - Kirchentellinsfurt
L 380	Reutlingen - Eningen unter Achalm - St. Johann	Reutlingen - Gächingen
L 382	Pfullingen - Sonnenbühl - Burladingen	Pfullingen - Burladingen
L 383	Reutlingen - Mössingen	Reutlingen - Mössingen
L 387	Lichtenstein-Unterhausen - Engstingen	Unterhausen - Holzelfingen - Engstingen
K 6714	Metzingen - Eningen unter Achalm	Metzingen - Eningen unter Achalm
B 27 alt	Tübingen - Dettenhausen	Tübingen - Dettenhausen
L 359/1359	Ammerbuch - Gäufelden	Pfäffingen - Gäufelden
L 360	Haigerloch - Eutingen	Haigerloch - B 14
L 361/1361	Rottenburg am Neckar - Nagold	B 28 a - Seeborn - Bondorf
L 370	Rottenburg am Neckar - Horb	Rottenburg am Neckar - Horb
L 372	Rottenburg am Neckar - B 28/Tübingen/Ammerbuch	Rottenburg am Neckar - Unterjesingen
L 384	Gomaringen - Mössingen	Nehren - Mössingen
L 385	Rottenburg am Neckar - Mössingen - Burladingen/Trochtelfingen/Gammertingen	Rottenburg am Neckar - Mössingen - Mägerkingen
L 389	Rottenburg am Neckar - Bodelshausen - B 27	Dettingen - Hemmendorf - Bodelshausen - B 27
L 391	Rottenburg am Neckar/Starzach - Bisingen	Hemmendorf - Rangendingen - Bisingen
L 392	Starzach - Bodelshausen/Hechingen	Fellendorf - Hirrlingen
L 196	Meßstetten - Meßkirch	Meßstetten - Rohrdorf/B 313
L 390	Schömburg - Rosenfeld - Haigerloch	Leidringen - Rosenfeld - B 463 neu
L 365	Balingen - Haigerloch	Balingen - B 463 neu
L 410	B 27 - Hechingen - Rangendingen - Haigerloch - A 81	B 27 - Haigerloch
L 415	Winterlingen - Veringenstadt	Winterlingen - Veringenstadt
L 435	Rosenfeld - Schömburg - Wehingen	Leidringen - Schömburg - Wehingen
L 440	Balingen - Fridingen	Weilstetten - Unterdisigheim/L 433
L 442	Burladingen - Albstadt - Balingen - Schömburg	Hausen im Killertal - Taillfingen - Weilstetten - Roßwangen - B 27
L 448	Albstadt - Gammertingen	Ebingen - Bitz - Neufra
L 449	Winterlingen - Burladingen	Winterlingen - Bitz - Neuweiler/L 442
L 453	Albstadt/Winterlingen - Stetten am kalten Markt	Straßberg - Stetten am kalten Markt

4.1.4 Nachrichtenverkehr

- G Im Interesse der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Chancengleichheit sollen die neuen Informations- und Kommunikationstechniken in allen Teilräumen der Region Neckar-Alb gleichermaßen nutzbar gemacht werden.
- G Beim Ausbau der modernen Kommunikationsnetze ist darauf zu achten, daß auch die dünn besiedelten und strukturschwachen Räume gleichzeitig mit den Verdichtungsräumen Anschlußmöglichkeiten an diese Netze erhalten. Dies gilt insbesondere für die Mittelzentren in den ländlichen Teilräumen der Region.
- G Dem Schutz der Richtfunkverbindungen ist eine besondere Bedeutung beizumessen. Diesem Schutzbedürfnis hat die Regional- und Bauleitplanung Rechnung zu tragen.
- N Die einzelnen Richtfunkstrecken werden nachrichtlich übernommen und sind in der Beikarte "Richtfunkstrecken" dargestellt.
- V Die Deutsche Telekom wird aufgefordert, eine regionale Netzkonzeption aufzustellen, in der Zeitablauf, Ausbaustufen, Netzform und Verkabelungsart festgelegt sind. Diese Konzeption soll auf regionaler und kommunaler Ebene frühzeitig abgestimmt werden.
- V Bei zur Zeit nicht ausreichender Benutzerdichte soll der Ausbau mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Begründung

Die heutige Fernmelde-Infrastruktur ist im wesentlichen gekennzeichnet durch die Existenz dreier Netze:

- Fernsprechnet,
- Integriertes Text- und Datennetz,
- Breitbandverteilnetz.

Die Dienste der beiden erstgenannten Netze werden in der Bundesrepublik bereits flächendeckend angeboten. Der Versorgungsgrad des Breitbandverteilnetzes ist in der Region Neckar-Alb gegenwärtig noch sehr unterschiedlich. Während im Verdichtungsraum und in seiner Randzone bereits 1/3 aller Wohnungen angeschlossen sind (Stand Januar 1990), sind es in den Gemeinden des ländlichen Raums weniger als 12 %.

Wie wichtig gerade die Versorgung des ländlichen Raums mit den sogenannten "Neuen Medien" ist, wird u. a. aus der Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung "Zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens" vom 01.02.1989 deutlich. Dort wird die steigende Bedeutung der neuen Informations- und Kommunikationsdienste für die Verbesserung der Standortqualität dünn besiedelter Räume betont. Gleichzeitig wird gefordert, die flächendeckende Präsenz der Deutschen Bundespost bei allen Diensten der Grundversorgung zu gleichen Bedingungen sicherzustellen.

Die "Neuen Medien" mit ihren erweiterten Möglichkeiten zur Übertragung von Sprache, Text, Daten und Bildern sind grundsätzlich geeignet, die Kosten für die Überwindung von Entfernungen zu senken. Sie können damit einen spürbaren Beitrag zur Verbesserung der Standortqualität dünn besiedelter ländlicher Räume und zur Verkehrsvermeidung leisten. Voraussetzung dafür ist aber ein flächendeckender Zugang und eine entfernungsunabhängige Gebührenstruktur. Die steigende infrastrukturelle Bedeutung muß daher aus der Sicht der Raumordnung ein wesentliches Entscheidungskriterium für die anstehenden Investitionen im Bereich des Fernmeldewesens sein. Eine möglichst schnelle und angebotsorientierte Erschließung aller Teil-

räume ist anzustreben, um langfristig regionale Benachteiligungen zu vermeiden. Der zur Zeit laufende Aufbau des integrierten digitalisierten Fernmeldenetzes (ISDN) sollte daher in allen Teilräumen der Region gleichzeitig vorgenommen werden.

Die Deutsche Telekom unterhält für die Übertragung von Ferngesprächen, Fernschreiben, Daten und Fernsehprogrammen ein dichtes Richtfunknetz (vgl. Beikarte "Richtfunkstrecken"), das sich über das gesamte Bundesgebiet erstreckt. Die ständige Zunahme des Fernmeldeverkehrs erfordert den weiteren Aufbau von Richtfunkstrecken. Zur reibungslosen Funkübertragung muß der Raum zwischen Sender und Empfänger frei von Hindernissen sein, was eine Einschränkung der Bauhöhe in einem Schutzbereich von ca. 100 m beiderseits der Sichtlinie zwischen zwei Richtfunkstellen erforderlich macht. Auf PS 2.5.10 des Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg 1983 wird verwiesen, wonach bei allen überörtlichen Planungen die Erfordernisse des Post- und Fernmeldewesens zu beachten sind.

Im Sinne einer Frühkoordinierung wird vorgeschlagen, eine regionale Netzkonzeption für die verschiedenen Aktivitäten und Ausbaumaßnahmen im Bereich der Telekommunikation zu erarbeiten. Die Verkabelung von Neubaugebieten, die rechtzeitige Einbindung in geplante Tiefbauarbeiten, die Entscheidung über die Verkabelungsart u.ä. könnte in einem derartigen Kommunikationswegeplan festgelegt werden, so daß leichter als bisher die übrigen raumrelevanten Maßnahmen damit abgestimmt werden könnten.

4.2 Energieversorgung

- G In allen Teilen der Region ist die Energieversorgung so auszugestalten, daß sie die Umwelt so gering wie möglich belastet und die eingesetzte Energie optimal ausgenutzt wird. Eine Verringerung des Energiebedarfs ist anzustreben.
- G Standorte für Großkraftwerke zur Stromerzeugung sollen in der Region Neckar-Alb nicht mehr vorgehalten werden.
- G Der weitere Ausbau der leitungsgebundenen Energieversorgung mit Strom, Erdgas und Fernwärme soll in Abstimmung mit dem regionalen Siedlungs-, Freiraum- und Verkehrskonzept (vgl. Kap. 2, 3 und 4.1) erfolgen; auf die gegenseitigen Ergänzungen und die Vermeidung von Behinderungen der verschiedenen Versorgungssysteme ist dabei zu achten.
- G Durch verdichtete Siedlungsformen sollen der verstärkte Einsatz energiesparender Verkehrssysteme (öffentlicher Verkehr) sowie die Kraft-Wärme-Kopplung und Abwärmenutzung gefördert werden.
- V Die in der "Regionalen Energie- und Umweltanalyse für die Region Neckar-Alb" empfohlenen Maßnahmen zur Energieeinsparung, rationellen Energienutzung und zum verstärkten Einsatz erneuerbarer Energiequellen in den Gemeinden sind im Rahmen örtlicher Energieversorgungskonzepte weiter zu untersuchen. Ihre schrittweise Umsetzung ist anzustreben.

Begründung

Die Situation der Energieversorgung in der Region Neckar-Alb ist in der "Regionalen Energie- und Umweltanalyse" (Juli 1989) ausführlich dargestellt. Die Struktur von Energiebedarf und Energieversorgung wurde ermittelt und darauf aufbauend für jede Gemeinde eine vollständige Energiebilanz nach Verbrauchersektoren und Energieträgern aufgestellt. Anhand dieser Energiebilanzen wurden die SO_2 - und NO_x -Emissionen in den einzelnen Gemeinden berechnet. Für das Jahr 1986 wurden Emissionen von rd. 4 600 t SO_2 und 13 200 t NO_x ermittelt. Das entspricht einem Anteil von 3,2 % der Belastung Baden-Württembergs mit diesen beiden Luftschadstoffen.

In einem Szenario "Maximaler Umweltschutz und verstärkter Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung" wurde aufgezeigt, daß in der Region Neckar-Alb bis zum Jahr 2000 eine Reduzierung der SO_2 -Belastung um 50 % und der NO_x -Belastung um 20 % möglich ist.

Gegenwärtig werden weltweit ca. 90 % des Energiebedarfs durch die fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas gedeckt, bei deren Verbrennung Kohlendioxyd entsteht, einer der Hauptverursacher des Treibhauseffekts und damit langfristig auch von großräumigen Klimaveränderungen. Auf der Weltklimakonferenz 1988 und auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro wurde daher übereinstimmend eine Neugestaltung der Energiepolitik gefordert, deren Ziel auf Energieeinsparung, verstärkte Kraft-Wärme-Kopplung und Nutzung regenerativer Energiequellen gerichtet sein muß, um den Ausstoß von CO_2 drastisch zu reduzieren. In der Bundesrepublik Deutschland soll der CO_2 -Ausstoß gegenüber 1987 bis zum Jahr 2005 um 25 - 30 % verringert werden.

Diese Ziele können nicht isoliert auf der Ebene einer einzelnen Region in einem Schritt vollzogen werden; die Maßnahmen auf der Regionsebene müssen sich in bestehende Versorgungsstrukturen einfügen. Auf die übergeordneten Zielsetzungen zur Energieversorgung im Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1983 (PS 2.6.1 bis 2.6.12) wird verwiesen.

RICHTFUNKSTRECKEN

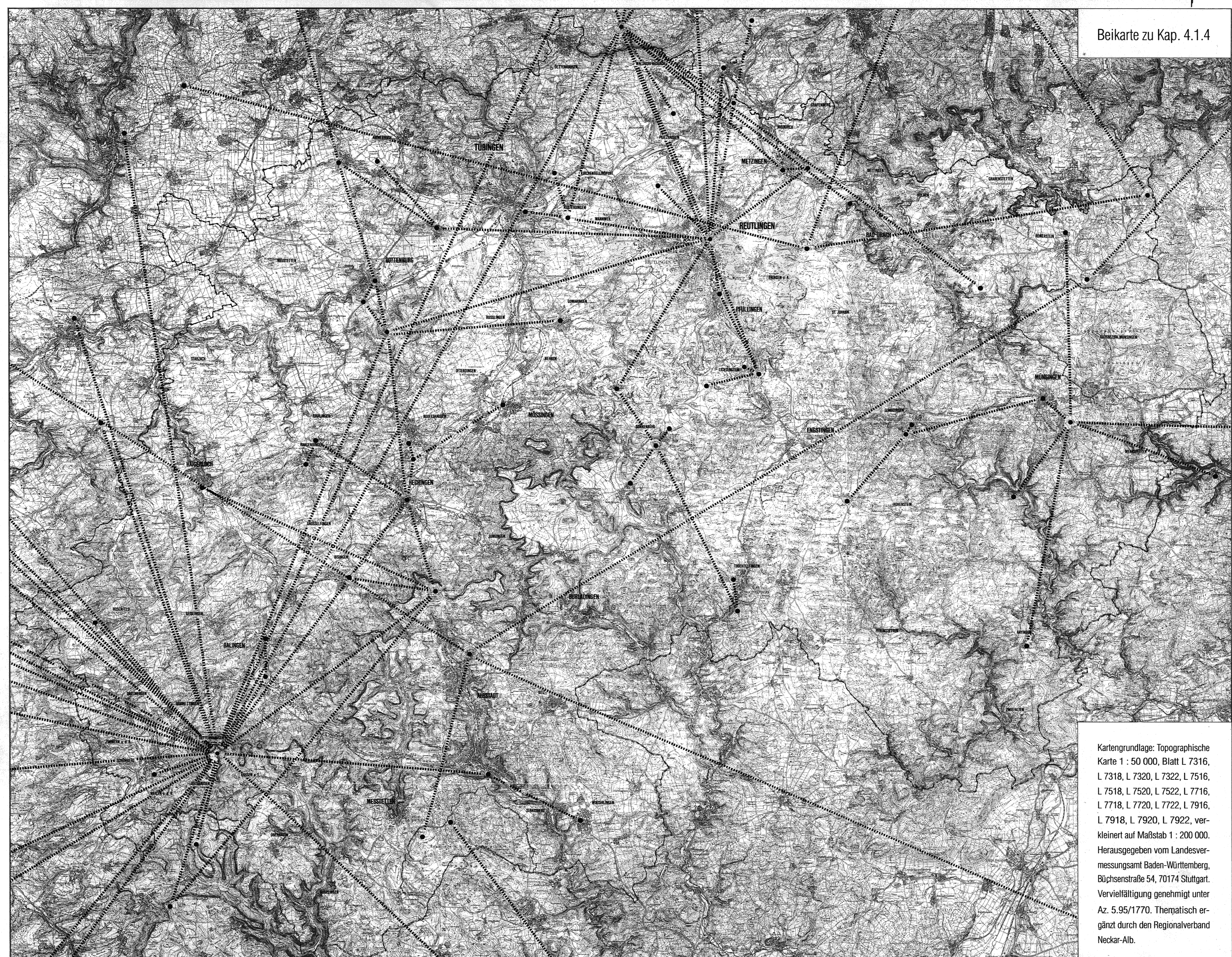
Maßstab 1 : 200 000



Richtfunkstrecke mit Richtfunkstelle



Richtfunkstrecke geplant



Kartengrundlage: Topographische Karte 1 : 50 000, Blatt L 7316, L 7318, L 7320, L 7322, L 7516, L 7518, L 7520, L 7522, L 7716, L 7718, L 7720, L 7722, L 7916, L 7918, L 7920, L 7922, verkleinert auf Maßstab 1 : 200 000. Herausgegeben vom Landesvermessungsamt Baden-Württemberg, Büchsenstraße 54, 70174 Stuttgart. Vervielfältigung genehmigt unter Az. 5.95/1770. Thematisch ergänzt durch den Regionalverband Neckar-Alb.

In der Region Neckar-Alb sind keine Großanlagen zur Stromerzeugung vorhanden. Die in das Stromverbundnetz der Region einspeisenden Großkraftwerke befinden sich außerhalb der Region. Neue Großkraftwerke sind nicht vorgesehen, nachdem der Kraftwerkstandort Reutlingen/Riederich seitens der Landesregierung nicht mehr weiterverfolgt wird.

Auch für die Energieversorgung in der Region Neckar-Alb gilt der Grundsatz, den Anteil fossiler Energieträger durch Energieeinsparung und rationellen Energieeinsatz zu vermindern und gleichzeitig die Marktchancen für den Einsatz erneuerbarer Energien zu verbessern, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

Im Verdichtungsraum sind die Voraussetzungen für einen verstärkten Einsatz der leitungsgebundenen Energieträger Gas und Fernwärme in Verbindung mit energiesparenden Technologien zum Teil bereits gegeben. Die Einsatzmöglichkeiten für Fernwärme werden z. Zt. jedoch nur in den Städten Reutlingen und Tübingen genutzt. Die Länge des Verteilernetzes beträgt dort ca. 62 km.

Entlang der Siedlungs- und Nahverkehrsachsen soll das Konzept zur regionalen Siedlungsstruktur (Zentrale Orte, Siedlungsbereiche, Dichtewerte) die Voraussetzungen für einen rationelleren Energieeinsatz schaffen. Die Einsatzmöglichkeiten leitungsgebundener Energieträger werden durch die geforderte Siedlungsverdichtung erheblich verbessert (vgl. Kap. 2).

Im ländlichen Raum (ca. 2/3 der Region) mit einer zum Teil sehr geringen Siedlungsdichte ist die Erschließung mit Fernwärme oder Erdgas sehr kostenintensiv. Außer Strom steht im Großteil des ländlichen Raums keine leitungsgebundene Energie für den Wärmeeinsatz zur Verfügung. In diesen traditionellen "Heizölgebieten" soll daher der Schwerpunkt auf der Prüfung des Einsatzes regenerativer Energien liegen. Zudem soll hier durch Siedlungsverdichtung wenigstens inselhaft eine Gas- oder Nahwärmeversorgung ermöglicht werden.

Aus raumordnerischer Sicht ist im Hinblick auf einen sparsamen Energieeinsatz darauf zu achten, daß

- Einsparmöglichkeiten durch entsprechende Bauweisen genutzt werden,
- durch günstige Zuordnung und Verknüpfung der Verkehrssysteme energiesparende Verkehrsmittel verstärkt zum Einsatz kommen,
- durch Erstellung örtlicher Energieversorgungskonzepte insbesondere die Potentiale der Abwärmenutzung und der Kraft-Wärme-Kopplung zur Energieeinsparung ausgeschöpft werden.

Die allgemeinen Empfehlungen der "Regionalen Energie- und Umweltanalyse" sowie die Ergebnisse des zweiten Teils der regionalen Energiestudie "Demonstrationsvorhaben zur rationellen Energieverwendung" liefern dazu wertvolle Hilfen.

4.2.1 Elektrizitätsversorgung

- V Die Möglichkeiten der Stromeinsparung und der Stromerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien, insbesondere Wasserkraft, sind unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeits- und Umweltgesichtspunkten verstärkt zu nutzen und ggf. zu fördern (vgl. Kap. 4.2.3 und 4.2.4).
- V Bei der künftigen Trassierung von Stromleitungen sind folgende Gesichtspunkte zu beachten:
 - Neue Hochspannungsleitungen sollen nur dann errichtet werden, wenn die benötigten Kapazitäten durch Mitbenutzung oder Ausbau bestehender Leitungen nicht bereitgestellt werden können.

- Um eine zusätzliche Zerschneidung von Freiräumen zu vermeiden, sollen Hochspannungsleitungen so geplant werden, daß sie mit vorhandenen Stromleitungen oder anderen linienhaften Infrastrukturanlagen gebündelt werden können.
- Siedlungen und landschaftlich besonders wertvolle Räume sollen von neuen Freileitungstrassen freigehalten werden; stattdessen ist eine Verkabelung anzustreben, deren technische und wirtschaftliche Vertretbarkeit im Genehmigungsverfahren gemäß § 14 Landesplanungsgesetz (LplG) geprüft werden muß.
- Bei Leitungsneubauten ist zu prüfen, ob bestehende Leitungen abgebaut werden können.
- Notwendige neue Umspannwerke sollen möglichst der bestehenden Bebauung zugeordnet werden. Bei Standorten im Außenbereich ist auf eine landschaftsschonende Einbindung zu achten.
- Die Abgrenzung der Konzessionsgebiete ist entsprechend der Gemeindeneugliederung zu überprüfen.

N In der Raumnutzungskarte sind die bestehenden 110 kV-, 220 kV- und 380 kV-Leitungen sowie die als Grobtrassen ausgewiesenen Höchstspannungstrassen Engstlatt - Herbertingen und Engstlatt - Metzingen dargestellt.

N Die geplante 110 kV-Hochspannungsleitung Donnstetten - Münsingen ist ebenfalls nachrichtlich dargestellt. Eine Zustimmung zur Planung der EVS bleibt einer Beurteilung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 14 LplG vorbehalten.

Begründung

Im Gegensatz zu früheren Verbrauchsschätzungen, als mit einem jährlichen Wachstum des Stromverbrauchs von bis zu 7 % gerechnet wurde, wird für Baden-Württemberg inzwischen nur mit einer jährlichen Zunahme um 1,3 - 2 % gerechnet (vgl. Energieprogramm 1991 der Landesregierung Baden-Württemberg). Aufgrund dieser niedrigen Wachstumsrate ist der Verzicht auf einen Vorsorgetandort für ein Großkraftwerk in der Region Neckar-Alb möglich. Stattdessen soll versucht werden, den Anteil der Elektrizitätserzeugung mit Blockheizkraftwerken und mit erneuerbaren Energien zu steigern. Konkrete Vorschläge dazu werden in den Kapiteln 4.2.3 und 4.2.4 gemacht. Die höheren Vergütungstarife für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien werden diese Entwicklung verstärken.

Einsparmöglichkeiten können auch durch Nichtverwendung von Strom für Heizzwecke aktiviert werden. Strom sollte zu Heizzwecken (z. B. Nachtspeicherheizung) nur dann verwendet werden, wenn er als sonst nicht nutzbarer "Überschußstrom" anfällt oder wenn der Ausbau der Fernwärme- und Erdgasversorgung sowie die Verwendung anderer umweltschonender Heizenergie unverhältnismäßig aufwendig ist und aus Gründen des Umweltschutzes besondere Anforderungen an die örtliche Luftqualität gestellt werden. Ein Zubau von Kraftwerksleistung aufgrund von Speicherheizungen soll ausgeschlossen werden.

Der relativ niedrige Zuwachs des Stromverbrauchs erfordert auch nur einen geringen Ausbau des bestehenden Hochspannungsnetzes. In der Region Neckar-Alb sind dies die beiden 380 kV-Leitungen Engstlatt - Herbertingen und Engstlatt - Metzingen sowie die 110 kV-Leitung Donnstetten - Münsingen. Es handelt sich dabei um erforderliche Netzergänzungen bzw. im Falle der 110 kV-Leitung Donnstetten - Münsingen um die Herstellung eines Ringschlusses im Versorgungsnetz der Energieversorgung Schwaben.

In der Fachplanung "Höchstspannungstrassen" des Landes Baden-Württemberg wurden Leitlinien für die Trassierung formuliert. Die Trassen dieser Fachplanung werden nachrichtlich in den Regionalplan übernommen.

4.2.2 Erdgasversorgung

- V Der Ausbau des Erdgasnetzes in der Region Neckar-Alb sollte verstärkt gefördert werden. Insbesondere die bisher noch nicht angeschlossenen Siedlungsbereiche entlang der Achsen sowie die Schwerpunkte für Industrie und Dienstleistungseinrichtungen sollten unter Berücksichtigung des Potentials für die Fernwärmeversorgung vorrangig an die Erdgasversorgung angeschlossen werden.

Begründung

Im Jahr 1990 waren in der Region Neckar-Alb 32 Gemeinden an die Erdgasversorgung angeschlossen. Der Schwerpunkt liegt in Gemeinden im Verdichtungsraum, wo eine hohe Siedlungsdichte vorherrscht und die Kosten für den Ausbau des Leitungsnetzes in einem günstigen Verhältnis zum Erlös stehen. Auch aus Emissionsgründen ist dort der Einsatz von Erdgas besonders vorteilhaft.

Der Erdgaseinsatz sollte auf solche Bereiche ausgedehnt werden, auf die die Siedlungstätigkeit konzentriert werden soll (vgl. Kap. 2) und in denen eine Fern- oder Nahwärmeversorgung nicht in Frage kommt.

4.2.3 Kraft-Wärme-Kopplung

- V Die Kraft-Wärme-Kopplung in Blockheizkraftwerken soll dort zum Einsatz kommen, wo geeignete Rahmenbedingungen dafür vorhanden sind oder geschaffen werden können.
- V Hierzu wird vorgeschlagen, in folgenden Gemeinden nähere Untersuchungen zum Aufbau von Wärmeinseln bzw. einer Nahwärmeversorgung durchzuführen:
Albstadt, Bad Urach, Balingen, Burladingen, Dettingen an der Erms, Engstingen, Eningen unter Achalm, Haigerloch, Hechingen, Jungingen, Kirchentellinsfurt, Kusterdingen, Meßstetten, Metzingen, Mössingen, Münsingen, Pfullingen, Reutlingen, Riederich, Rottenburg am Neckar, Tübingen, Winterlingen, Zwiefalten.

Begründung

Der Vorteil aller Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung liegt darin, daß für die gekoppelte Erzeugung von Strom und Wärme insgesamt weniger Energie eingesetzt werden muß als für deren getrennte Erzeugung. In Blockheizkraftwerken ist ein Gesamtnutzungsgrad der eingesetzten Energie von über 85 % möglich, während thermische Großkraftwerke bei reiner Stromerzeugung in der Regel nur einen Wirkungsgrad von ca. 35 % erreichen. Die Studie "Blockheizkraftwerke in der Region Neckar-Alb" des Regionalverbands gibt einen Überblick über die Einsatzbedingungen der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung. Sie zeigt, daß in Hallenbädern und Kläranlagen in der Regel optimale Bedingungen für den Einsatz von Blockheizkraftwerken gegeben sind. Der wirtschaftliche Betrieb hängt jedoch von sehr vielen Einzelfaktoren ab, die nur fallweise geprüft werden können.

Als technisches Potential weist die Regionale Energie- und Umweltanalyse 1989 den Einsatz von rd. 7 650 TJ (= 2,125 Mrd. kWh) Endenergie an Nah- und Fernwärme im Jahr 2000 in der Region Neckar-Alb aus, was etwa 14,6 % des gesamten Endenergieverbrauchs entspricht.

4.2.4 Erneuerbare Energien

- G Die Möglichkeiten der Nutzung erneuerbarer Energiequellen sind im Interesse der Verringerung von Umweltbelastungen, soweit vertretbar, auszuschöpfen, auch dann, wenn eine Wirtschaftlichkeit nach derzeit gültigen Parametern noch fraglich erscheint.
- V Die vorhandenen Fördermöglichkeiten der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Baden-Württemberg sind in Anspruch zu nehmen und ggf. durch örtliche Förderungen zu unterstützen.

Begründung

Eine gesicherte Energieversorgung allein auf der Basis erneuerbarer Energieträger erscheint auch langfristig nicht durchführbar. Regenerative Energieträger sollten aber einen wachsenden Beitrag im Verbund der Energieträger liefern und in Verbindung mit Energieeinsparung und rationeller Energieverwendung langfristig eine Verbesserung der Umweltbedingungen bewirken. Prognosen für die Bundesrepublik Deutschland (1989) gehen davon aus, daß bis zum Jahr 2000 ein wirtschaftlich realisierbares Potential an erneuerbaren Energien zur Verfügung steht, das etwa 5 % der genutzten Primärenergie entspricht. 1989 steuerten die erneuerbaren Energien (in der Hauptsache Wasserkraft und Müll) rd. 2,4 % zur Energieversorgung bei. In Baden-Württemberg beträgt der Anteil bereits 4 %. Ihr möglicher Beitrag wird auf mehr als 20 % geschätzt. Die Möglichkeiten des Einsatzes erneuerbarer Energien in der Region Neckar-Alb wurden im Rahmen der Regionalen Energie- und Umweltanalyse im Szenario "Verstärkter Einsatz regenerativer Energieträger" ermittelt. In die Untersuchung wurden der Ausbau der Wasserkraftnutzung, die thermische Nutzung der Solarenergie, die Nutzung der Windenergie und die Strohverbrennung einbezogen. Die daraus abgeleiteten Vorschläge zur Nutzung erneuerbarer Energien in den Gemeinden der Region wurden um Empfehlungen zur Restholz- und zur Erdwärmenutzung erweitert.

Der Gesamtbeitrag der regenerativen Energieträger könnte laut Szenario "Verstärkter Einsatz regenerativer Energieträger", umgerechnet auf die benötigte Endenergie, im Jahr 2000 rund 4 500 TJ (= 1,25 Mrd. kWh) betragen, was einem Anteil an der genutzten Endenergie in der Region von ca. 8,5 % entsprechen würde.

4.2.4.1 Wasserkraftnutzung

- V Die Renovierung bestehender, die Revitalisierung ehemaliger und die Anlage neuer Wasserkraftwerke soll an den Fließgewässern der Region im Bereich folgender Gemeinden geprüft werden:
Albstadt, Ammerbuch, Bad Urach, Balingen, Dettingen an der Erms, Haigerloch, Hayingen, Kirchentellinsfurt, Lichtenstein, Metzingen, Pfullingen, Reutlingen, Riederich, Rottenburg am Neckar, Starzach, Tübingen, Wannweil, Zwiefalten.

Begründung

Den größten Beitrag zur Energieversorgung durch regenerative Energieträger leistet z. Zt. die Wasserkraft. Der Ausbau der Wasserkraft kann auch in der Region Neckar-Alb weitergeführt werden, wobei allerdings die ökologische Verträglichkeit geprüft werden muß.

Im November 1988 waren in der Region Neckar-Alb 96 Laufwasserkraftanlagen mit Ausbauleistungen zwischen 2 kW und 1 360 kW und je ein Pumpspeicherwerk in Glems (90 MW) und in Kirchentellinsfurt (1,3 MW)

in Betrieb. Die mögliche Steigerung der Leistung dieser Anlagen durch Modernisierung wird mit durchschnittlich 20 % angegeben.

Darüber hinaus gibt es in der Region 36 stillgelegte Anlagen mit über 20 kW Ausbauleistung. Sie stellen ein technisch nutzbares Potential von ca. 8,0 GWh/a dar und können grundsätzlich als reaktivierbar angesehen werden. Ob eine Modernisierung bzw. Revitalisierung tatsächlich realisierbar ist, kann nur im Einzelfall nach eingehender Begutachtung der ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen entschieden werden.

Die Flüsse Neckar, Echaz und Erms werden bereits in hohem Maße zur Energiegewinnung genutzt. Nach Modernisierung bzw. Revitalisierung der bestehenden Anlagen dürften hier die Grenzen der Nutzung nahezu erreicht sein. Dagegen wird das vorhandene Potential an Eyach und Steinlach nur zu einem sehr geringen Prozentsatz genutzt.

Der Regionalverband hat die Flüsse in der Region hinsichtlich des Wasserkraftpotentials untersucht und im Januar 1995 den Materialienband "Wasserkraftnutzung in der Region Neckar Alb - Bestandsaufnahme und Potentialermittlung" veröffentlicht.

4.2.4.2 Solarenergienutzung

- V Die verstärkte Nutzung der Solarenergie ist grundsätzlich in allen Gemeinden anzustreben. In folgenden Gemeinden sollte aufgrund der besonders günstigen Rahmenbedingungen die thermische Nutzung der Sonnenenergie zur Brauchwasserbereitung geprüft werden:

Albstadt, Ammerbuch, Balingen, Burladingen, Dettenhausen, Dettingen an der Erms, Eningen unter Achalm, Haigerloch, Hechingen, Jungingen, Lichtenstein, Meßstetten, Metzingen, Münsingen, Nehren, Pfullingen, Pliezhausen, Rosenfeld, Rottenburg am Neckar, Schömberg, Sonnenbühl, Straßberg, Tübingen, Zwiefalten.

Begründung

Die Nutzung der Sonnenenergie ist umweltfreundlich und ressourcensparend. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen kann in der Region Neckar-Alb die Sonnenenergie zur Warmwasseraufbereitung und Schwimmbadbeheizung bereits wirtschaftlich eingesetzt werden. In der Regionalen Energie- und Umweltanalyse 1989 wird vorgeschlagen, in Gemeinden mit besonders günstigen Rahmenbedingungen den Einsatz von thermischen Sonnenenergieanlagen näher zu prüfen. Grundlage dafür waren solche Einrichtungen, die vor allem im Sommer einen hohen Wärmebedarf haben (z. B. Freibäder, kombinierte Sportanlagen), und Einrichtungen mit ganzjährig hohem Wärmebedarf (z. B. Krankenhäuser, Altenheime).

4.2.4.3 Windkraftnutzung

- V Standortbezogene Untersuchungen zur Stromerzeugung aus Windenergie sollten an exponierten Stellen der Region Neckar-Alb durchgeführt werden. Dafür kommen die Gemarkungen folgender Gemeinden in Betracht:

Albstadt, Bad Urach, Burladingen, Engstingen, Grabenstetten, Gutsbezirk Münsingen, Hechingen, Jungingen, Lichtenstein, Meßstetten, Münsingen, Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Römerstein, Schömberg, Sonnenbühl, Trochelfingen.

Begründung

Die Elektrizitätserzeugung aus Wind ist heute zwar kostengünstiger als z. B. die Solarstromerzeugung, die natürlichen Voraussetzungen, d. h. mittlere Windgeschwindigkeiten über 4 m pro Sekunde, sind in der Region Neckar-Alb jedoch nur stellenweise, insbesondere im Zollernalbkreis und im Landkreis Reutlingen, gegeben.

Von der Energieversorgung Schwaben (EVS) wird z. Zt. ein Windmeßprogramm auf der Schwäbischen Alb durchgeführt, um das Potential an Windenergie zu ermitteln. Ferner betreibt sie in Heroldstatt (Alb-Donau-Kreis) zwei Windkraft-Demonstrationsanlagen, um Betriebsdaten zu gewinnen und die Möglichkeit der Nutzung von Windenergie zu ermitteln.

Weitere lokale Untersuchungen müssen zeigen, wo die Installation von Windkonvertern tatsächlich möglich ist. Die theoretisch maximal mögliche Stromerzeugung aus Wind in der Region liegt nach der Regionalen Energie- und Umweltanalyse 1989 bei rund 3 % des Endenergiebedarfs an Strom, bezogen auf das Jahr 1986. Wie bei der Wasserkraft bedarf es auch hier einer gesamtökologischen Bewertung der Standorte.

4.2.4.4 Stroh-, Restholz- und Schwachholznutzung

- V In einigen Gemeinden wurde ein hohes Strohaufkommen festgestellt; die Nutzung des daraus abzuleitenden Energiepotentials sollte in folgenden Gemeinden näher untersucht werden:
Ammerbuch, Burladingen, Dußlingen, Grosselfingen, Haigerloch, Hirrlingen, Kirchentellinsfurt, Rangendingen, Rosenfeld, Rottenburg am Neckar, Trochelfingen, Walddorfhäslach.
- V Folgende Gemeinden verfügen aufgrund ihres Waldbestands über ein Restholzpotential, dessen Nutzbarkeit zur Wärme- bzw. Stromerzeugung näher untersucht werden sollte:
Burladingen, Gomadingen, Hausen am Tann, Hayingen, Jungingen, Nusplingen, Ratshausen, St. Johann, Winterlingen, Zwiefalten.

Begründung

Anlagen zur Stroh- und Holzverbrennung sowie zur Nutzung von Biomasse (auch Biogas) sind unter den derzeitigen Energiepreisen nur bedingt wirtschaftlich zu betreiben, wobei die Wirtschaftlichkeit unter günstigen Randbedingungen evtl. auch in der Region Neckar-Alb gegeben ist. In der Regionalen Energie- und Umweltanalyse 1989 wurden solche Gemeinden in der Region benannt, in denen aufgrund eines überdurchschnittlichen Strohaufkommens bzw. Waldbestands eine energetische Nutzung von Stroh und Restholz in Frage kommen könnte.

Die Restholznutzung in der Holz- und Sägeindustrie ist entsprechend der Handhabung des Stromeinspeisungsgesetzes von 1991 in Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung bei Berücksichtigung der Kosten von sonst notwendigen Deponien für Restholz im allgemeinen wirtschaftlich.

4.2.4.5 Erdwärmenutzung

- V Die geothermische Anomalie Bad Urach stellt in Teilen der Region ein nutzbares Erdwärmepotential dar. Die Nutzung der Erdwärme sollte vorrangig in folgenden Gemeinden geprüft werden:
Bad Urach, Dettingen an der Erms, Engstingen, Eningen unter Achalm, Münsingen, Pfullingen, Reutlingen.

Begründung

Die einzige Gemeinde in der Region, in der gegenwärtig Erdwärme genutzt wird, ist die Stadt Bad Urach. Das 56° C warme Wasser wird in einem Thermalbad zur Therapie und in einer Klinik zur Brauchwassererwärmung verwendet. Die dort vorhandene geothermische Anomalie ist relativ klar abgegrenzt; sie erstreckt sich auf die Gemarkungen der Städte und Gemeinden Bad Urach, Dettingen an der Erms, Engstingen, Eningen unter Achalm, Münsingen, Pfillingen und Reutlingen.

Für die Nutzung ist jedoch das Vorhandensein geeigneter Abnehmer von entscheidender Bedeutung. Genügend große Wärmeverbraucher mit kontinuierlichem Wärmebedarf über das ganze Jahr hinweg werden als Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erdwärmenutzung angesehen. Diese Bedingungen sind in den genannten Städten und Gemeinden gegeben. Aufgrund der hohen Kosten und des erheblichen Bohrrisikos sind jedoch sehr detaillierte Untersuchungen für den Einsatz der Erdwärme notwendig.

4.3 Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft

4.3.1 Wasserwirtschaft

Die Sicherung der Gewässergüte und des Wasserdargebots, die damit verbundenen regionsspezifischen Belange der Wasserwirtschaft und die dafür erforderlichen räumlichen Ausweisungen sind in Kap. 3.2.5 "Schutzbedürftige Bereiche für die Wasserwirtschaft" dargestellt. Die Trassen der Fernwasserleitungen wurden nachrichtlich in die Raumnutzungskarte übernommen.

4.3.2 Abfallwirtschaft

- G Die Abfallwirtschaft in der Region Neckar-Alb soll entsprechend den geltenden Prioritäten
 - Vermeidung,
 - Verwertung,
 - Entsorgungorganisiert werden. Dies gilt sowohl für Sonderabfälle und Siedlungsabfälle als auch für Erdaushub und Bauschutt.
- G Notwendige Anlagen zur Abfallbehandlung und -entsorgung sind entsprechend dem regionalen Siedlungs-, Freiraum- und Infrastrukturkonzept auszubauen (vgl. Kap. 2, 3, 4.1 und 4.2). Der Optimierung bestehender Anlagen ist grundsätzlich Vorrang vor der Schaffung neuer Anlagen einzuräumen.
- G Bei der verkehrlichen Anbindung der Abfallbehandlungs- und entsorgungsanlagen sind die Möglichkeiten für einen Gleisanschluß zu prüfen und in die Standortentscheidung einzubeziehen.
- G Über die bestehenden Anlagen hinaus sind in der Region Neckar-Alb weitere Bereiche, die aus hydrogeologischen, klimatischen oder infrastrukturellen Gründen für Anlagen zur Abfall- und Klärschlammbehandlung sowie zur Restmüllentsorgung geeignet sind, vorsorglich zu sichern. Sie werden im Einvernehmen mit den Landkreisen und dem Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen in der Raumnutzungskarte dargestellt.

- Z Die vom Landkreis Reutlingen getroffenen Festlegungen für
- eine Deponie für Siedlungsabfälle mit Bauschutt-Recyclinganlage im Gewann "Stettert", Gemarkungen Metzingen und Reutlingen, sowie
 - Biokompostierungsanlagen in Engstingen, Münsingen, Pfullingen und Reutlingen
- werden als Standortvorsorge im Regionalplan ausgewiesen.
- Z Die vom Zollernalbkreis getroffene Festlegung für eine Biokompostierungsanlage im Gewann "Schönbuch", Gemarkung Albstadt-Tailfingen, wird als Standortvorsorge im Regionalplan ausgewiesen.
- Z In diesen Standortbereichen ist aus regionalplanerischer Sicht bei konkurrierenden Nutzungsansprüchen der Abfallentsorgung Vorrang vor anderen Nutzungen und Funktionen einzuräumen.
- N Folgende Standortalternativen für weiterführende Untersuchungen werden nachrichtlich übernommen:
- Balingen-Paradies/Bol,
 - Bisingen-Schlöbleswald,
 - Dormettingen-Waldhof,
 - Dormettingen-Zinkental,
 - Dotternhausen-Withau,
 - Dotternhausen/Dormettingen-Zementwerk,
 - Gomaringen-Nordost,
 - Mähringen-Ost,
 - Nehren-Ost,
 - Tübingen-Schweinerain (Erweiterung).

Begründung

Grundlage für die Abfallwirtschaft bilden die Bundes- und Landesabfallgesetze sowie die Technische Anleitung (TA) Siedlungsabfall.

Oberste Priorität haben die Abfallvermeidung und die Abfallverwertung (§ 1 a Abfallgesetz vom 27.08.1986; §§ 1 bis 5 Landesabfallgesetz vom 08.01.1990). Die übergeordnete, landespolitische Konzeption ist im Abfallentsorgungsplan Baden-Württemberg festgelegt. Er umfaßt bisher – jeweils im Entwurf 1987 – die Teilpläne Hausmüll, Sonderabfälle und Krankenhausabfall. Darüber hinaus besteht für die Landkreise die Pflicht, Abfallwirtschaftskonzepte zu erarbeiten. Sie liegen für alle drei Landkreise und für den Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen vor.

Um die großen Mengen des bei Unfällen und Schadensfällen mit wassergefährdenden Stoffen kontaminierten Bodenmaterials von Deponien für Siedlungs- oder gar Sonderabfälle fernzuhalten und stattdessen einer Wiederverwertung zuzuführen, sind Anlagen zur Bodenreinigung biologischer und physikalisch-chemischer Art (z. B. Waschverfahren) zu schaffen. Das so behandelte Material kann dann wie praktisch unbelasteter Erdaushub wiederverwendet bzw. auf Erddeponien zwischengelagert werden.

Die Ablagerung von Erdaushub und schadstofffreiem Bauschutt ist zwar an weniger hohe Standortanforderungen gebunden als die von Siedlungsabfällen und siedlungsabfallähnlichen Gewerbeabfällen. Dennoch wird auch hier der Deponieraum knapp. Deshalb ist es zwingend erforderlich, durch Vermeidungs- und

Verwertungsmaßnahmen den enormen Anfall an Erdaushub, Straßenaufbruch und Bauschutt zu verringern (vgl. VwV UM vom 13.07.1988, GABl. S. 705). Eine vermehrte Verwendung der unschädlichen Materialien, z. B. bei der Landschaftsgestaltung, der Anlage von Lärmschutzwällen und im Straßenbau, kann dem Grundsatz eines sparsamen Umgangs mit dem verfügbaren Deponieraum Rechnung tragen. Darüber hinaus ist das Vermeidungspotential von Erdaushub bei entsprechender Erschließung der Baugebiete sehr hoch. Dies sollte durch Festsetzungen in den Bebauungsplänen stärker ausgeschöpft werden. Um eine problemlose spätere Wiederverwendung von Erdaushub zu ermöglichen, sind Boden-Zwischenlager ohne Bauschuttablagerungen anzustreben. Desgleichen soll im Bereich bestehender oder geplanter Abfallentsorgungsanlagen auf die Errichtung von Aufbereitungsanlagen für Straßenaufbruch und Bauschutt hingewirkt werden.

In der Region Neckar-Alb stehen vor allem aufgrund der hydrogeologischen Verhältnisse nur begrenzte Möglichkeiten für eine schadlose Deponierung in großem Umfang zur Verfügung. Schon allein deshalb, aber auch mit dem Ziel eines sparsamen Flächenverbrauchs ist die maximale Ausnutzung und technische Optimierung bestehender Anlagen anzustreben.

Mit den verschärften Anforderungen an die Qualität der Kläranlagen und bei der Verwendung von Klärschlämmen (z. B. in der Landwirtschaft oder zur Kompostierung) sind die Probleme der Klärschlamm Entsorgung sowohl von der Menge als auch von der Konsistenz der Klärschlämme her größer geworden. Die zunehmende Verknappung an geeigneten Deponiemöglichkeiten erfordert verbesserte Techniken zur Klärschlammbehandlung und -verwertung.

Auch bei zunehmender Wiederverwertung, Kompostierung und thermischer Behandlung der Abfälle wird es Reststoffe geben, die deponiert werden müssen. Deshalb ist es notwendig, dafür geeignete Bereiche langfristig zu sichern.

Für alle drei Landkreise wurden umfangreiche Untersuchungen zur Ermittlung von deponiegeeigneten Flächen durchgeführt. Darüber hinaus werden auch Standorte für thermische Abfallbehandlungsanlagen, Biokompostierungs- und Bauschuttreyclinganlagen gesucht.

Der Landkreis Reutlingen hat im Gewann "Stettert" auf den Gemarkungen Metzingen und Reutlingen bereits eine Standortvorsorge getroffen. Die hier vorgesehene Deponie soll ausschließlich der Ablagerung von nicht verwertbaren Siedlungs- und Gewerbeabfällen dienen. Ferner ist hier eine zentrale Aufbereitungsanlage für Straßenaufbruch und Bauschutt des Landkreises Reutlingen vorgesehen. Darüber hinaus wurden im Landkreis Reutlingen vier Standorte für Biokompostierungsanlagen festgelegt (Engstingen, Münsingen, Pfüllingen und Reutlingen). Der Zollernalbkreis beabsichtigt, in Albstadt-Tailfingen, Gewann "Schönbuch", eine Biokompostierungsanlage zu errichten.

Weitere Standortuntersuchungen und -festlegungen für Deponien im Landkreis Tübingen und im Zollernalbkreis, für Biokompostierungsanlagen im Landkreis Tübingen und für thermische Anlagen in allen drei Landkreisen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Sicherung der Standortbereiche im Regionalplan und die nachrichtlichen Übernahme der Standortalternativen ersetzen nicht die notwendigen Verwaltungsverfahren.

Genehmigung

Wirtschaftsministerium
Baden-Württemberg
Az.: VII 2423-41/1

Genehmigung des Regionalplans für die Region Neckar-Alb

I. Verbindlicherklärung

1. Der von der Verbandversammlung des Regionalverbands Neckar-Alb am 30. November 1993 als Satzung beschlossene Regionalplan für die Region Neckar-Alb wird gemäß § 10 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes (LplG) in der Fassung vom 8. April 1992 (GBl. S. 229), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes über die Stärkung der Zusammenarbeit in der Region Stuttgart vom 7. Februar 1994 (GBl. S. 92), mit Ausnahme der in Nr. II aufgeführten Grundsätze und Ziele für verbindlich erklärt.

Die Verbindlicherklärung umfaßt die mit "Z" gekennzeichneten Ziele und die mit "G" gekennzeichneten Grundsätze im Textteil sowie die ihnen entsprechenden zeichnerischen Darstellungen in der Raumnutzungskarte sowie in der Strukturkarte in Verbindung mit deren Legenden.

An der Verbindlichkeit nehmen nicht teil:

Die mit "V" gekennzeichneten Vorschläge und die mit "N" gekennzeichneten nachrichtlichen Übernahmen in Textteil, Raumnutzungskarte sowie Strukturkarte, die Begründungen einschließlich zugehöriger Tabellen und Karten.

2. Die Ziele "Z" sind von den Behörden des Bundes, des Landes, den Kreisen, den Nachbarschaftsverbänden, den Verwaltungsgemeinschaften, den Gemeinden und sonstigen in § 4 Abs. 5 des Raumordnungsgesetzes (ROG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1993 (BGBl. I S. 630), geändert durch Artikel 6 Abs. 33 des Gesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378), genannten öffentlichen Planungsträgern bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten. Die Grundsätze "G" sind von den öffentlichen Planungsträgern im Rahmen des ihnen zustehenden Ermessens bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen gegeneinander und untereinander abzuwägen (§ 10 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 6 Abs. 3 LplG). Mit den regionalplanerischen Vorschlägen "V" sollen sich die öffentlichen Planungsträger bei ihren Planungen und Maßnahmen auseinandersetzen (§ 17 Abs. 2 LplG).
3. Die Verbindlichkeit des Regionalplans Neckar-Alb tritt mit Ablauf der öffentlichen Auslegung ein.

II. Ausnahmen von der Verbindlicherklärung

1. Von der Verbindlichkeit ausgenommen werden die nachstehenden Ziele und Grundsätze im Textteil, in der Strukturkarte und in der Raumnutzungskarte:
 - (a) In Kapitel 2.1.3 die Aufstufung des Kleinentrums Zwiefalten zu einem Unterzentrum (Z) und in Kapitel 2.1.4 die Ausweisung von Hayingen als Kleinzentrum (Z),
 - (b) in Kapitel 2.1.3 der fünfte Absatz (Z) mit der Tabelle der Verflechtungsbereiche auf der Stufe der Unterzentren,
 - (c) in Kapitel 2.1.4 die Ausweisung von Dettingen an der Erms (Z), Eningen unter Achalm (Z), Bodelshausen (Z) und Dettenhausen (Z) als Kleinzentren,
 - (d) der zweite Absatz (Z) des Kapitels 2.3,
 - (e) im dritten Absatz (Z) in Kapitel 2.5 die Beschränkung der dort genannten Gemeinden auf Eigenentwicklung mit Ausnahme der Gemeinden Gomadingen, Riederich und Starzach,
 - (f) der dritte und vierte Satz im vierten Absatz (Z) des Kapitels 3.1,
 - (g) der vierte Absatz (Z) des Kapitels 3.2.3,
 - (h) der zweite (Z), dritte (Z) und vierte Absatz (Z) und die Tabellen 3.1 (Z) und 3.2 (Z) des Kapitels 3.2.4.1,
 - (i) alle Ziele (inklusive Tabelle 3.3) des Kapitels 3.2.4.2 und
 - (j) alle Ziele in Kapitel 4.1.1.1 und 4.1.1.2 sowie in Kapitel 4.1.2 und 4.1.3, soweit die Zielformulierungen keine freizuhaltenden Bereiche zur Trassensicherung gemäß § 8 Abs. 2 LplG benennen.

2. Hinweise:

- 2.1 Da gemäß § 8 Abs. 5 Nr. 2 LplG die Mittelbereiche aus dem Landesentwicklungsplan nachrichtlich zu übernehmen sind, sind in Kapitel 2.1.2 in der zugehörigen Tabelle folgende Hinweise als Fußnote aufzunehmen:

Bei Reutlingen (V):

"Der im Landesentwicklungsplan ausgewiesene Mittelbereich Reutlingen umfaßt neben den oben genannten noch die folgenden Gemeinden: Bad Urach, Dettingen an der Erms, Grabenstetten, Grafenberg, Hülben, Metzingen, Riederich und Römerstein."

Bei Tübingen (V):

"Der im Landesentwicklungsplan ausgewiesene Mittelbereich Tübingen umfaßt neben den oben genannten noch die folgenden Gemeinden: Hirrlingen, Neustetten, Rottenburg am Neckar und Starzach."

- 2.2 Der erste Absatz (G) des Kapitels 2.4 (Richtwerte) ist durch folgenden Hinweis als Fußnote zu ergänzen:

"Dichtewerte können zwar sinnvolle Orientierungswerte für die Siedlungsentwicklung sein, sie sind jedoch keine planerischen Richtwerte im Sinne des Landesplanungsgesetzes, denn sie beziffern nicht die Bevölkerungsentwicklung durch Zuwanderung. Richtwerte gemäß § 8 Abs. 4 LplG sind bisher nicht ausgewiesen."

2.3 Folgende Ausführungen des Regionalplans:

- erster Satz des viertletzten Absatzes (Z) in Kapitel 2.6,
- vierter Satz des zweiten Absatzes (Z) in Kapitel 3.2.1,
- dritter Satz des zweiten Absatzes (Z) in Kapitel 3.2.2,
- dritter Satz des zweiten Absatzes (Z) in Kapitel 3.2.3,
- dritter Satz des sechsten Absatzes (Z) in Kapitel 3.2.5 und
- siebter Satz des zweiten Absatzes (Z) in Kapitel 3.2.6

sind zur Klarstellung durch folgenden Hinweis als Fußnote zu ergänzen:

"Eine Abwägung hinsichtlich der vorrangigen Nutzung findet nicht mehr statt."

2.4 Der vierte Satz des zweiten Absatzes (Z) des Kapitels 3.2.6 ist zur Klarstellung durch folgenden Hinweis als Fußnote zu ergänzen:

"In einem schutzbedürftigen Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ist ein Rohstoffabbau raumordnerisch möglich (s. dazu "Rohstoffsicherungskonzept vom 24.11.1982")."

2.5 In der Raumnutzungskarte überlagern sich teilweise schutzbedürftige Bereiche - insbesondere für den Abbau von Rohstoffen - mit Regionalen Grünzügen. Es wird davon ausgegangen, daß es die Absicht des Regionalverbands ist, einen eindeutigen Vorrang der schutzbedürftigen Bereiche vor anderen Funktionen und Nutzungen einzuräumen.

2.6 Die von der Verbindlicherklärung ausgenommenen Ziele und Grundsätze sind vor der öffentlichen Bekanntmachung durch Kursivdruck im Textteil sowie in der Legende der Raumnutzungskarte und der Strukturmarte deutlich als nicht verbindlich zu kennzeichnen.

III. Begründung

Die Ausnahmen von der Verbindlicherklärung werden wie folgt begründet:

Zu (a): Kapitel 2.1.3 und 2.1.4 (Aufstufung von Zwiefalten zu einem Unterzentrum und Ausweisung von Hayingen als Kleinzentrum)

Im Regionalplan 1978 sind Zwiefalten und Hayingen als Doppelzentrum auf der Ebene eines Kleinzentrums ausgewiesen.

Weder die Aufstufung von Zwiefalten noch die Ausweisung von Hayingen als Kleinzentrum entsprechen den rechtlichen Vorgaben.

Nach Plansatz 1.5.43 Landesentwicklungsplan (LEP) sollen Unterzentren so ausgestattet sein, daß sie auch den qualifizierten, häufig wiederkehrenden überörtlichen Bedarf eines Verflechtungsbereiches der Grundversorgung mit in der Regel mehr als 10 000 Einwohnern decken können.

Von dieser Forderung ist die Gemeinde Zwiefalten mit einer Einwohnerzahl von ca. 2 300 Einwohnern und einem im Begründungsteil zu Plansatz 2.1.3 (Tab. 2.2) aufgeführten Verflechtungsbereich von ca. 6 000 Einwohnern weit entfernt.

Allein das Argument einer großen Entfernung (26 km) zu dem am nächsten gelegenen Mittelzentrum Münsingen trägt keine Aufstufung, zumal im Regionalplan 1978 noch Riedlingen (Mittelzentrum in der benachbarten Region Donau-Iller) mit einer wesentlich kleineren Distanz und nicht Münsingen als Bezugspunkt für Zwiefalten gewählt wurde.

In Plansatz 1.5.44 LEP wird als Anforderung an den Verflechtungsbereich eines Kleincentrums im Normalfall eine Größenordnung von 8 000 oder mehr Einwohnern verlangt. Nur wenn die Entfernung zum nächsten Versorgungskern über 7 km beträgt und die Tragfähigkeit benachbarter Verflechtungsbereiche nicht gefährdet ist, sind auch 5 000 Einwohner ausreichend. Auf jeden Fall soll eine Mindesteinwohnerzahl von 3 500 nicht unterschritten werden.

Die Gemeinde Hayingen erreicht mit 2 104 Einwohnern im Verflechtungsbereich nicht annähernd die Mindesteinwohnerzahl.

Zu (b): Kapitel 2.1.3 (Verflechtungsbereiche auf der Stufe der Unterzentren)

Verflechtungsbereiche auf der Stufe der Unterzentren kennt weder das Landesplanungsgesetz noch der Landesentwicklungsplan. Zudem kommt der Aufzählung kein Zielcharakter zu.

Zu (c): Kapitel 2.1.4 (Kleinzentren)

Hauptmerkmal von Zentralen Orten ist die Deckung des überörtlichen Bedarfs (vgl. Plansatz 1.5.1 LEP).

Die als Kleinzentren ausgewiesenen Gemeinden Dettingen an der Erms, Eningen unter Achalm, Bodelshausen und Dettenhausen weisen als Verflechtungsbereich nur einen Ort auf (vgl. Auflistung und Tab. 2.3). Ohne Versorgungsfunktion für andere Orte oder Ortsteile ist eine zentralörtliche Funktion bei diesen Gemeinden nicht gegeben. Dies wird im übrigen auch in der Begründung zu Kapitel 2.1.4 eingeräumt, indem dort von "Kleinzentren ohne Verflechtungsbereich" die Rede ist. Sie sind als "Selbstversorgergemeinden" anzusehen.

Zu (d): Kapitel 2.3 (Siedlungsbereiche zur Aufgliederung der Entwicklungsachsen)

Landesplanungsgesetz und Landesentwicklungsplan kennen keine Ortskategorie, deren "Siedlungsentwicklung vorrangig am örtlichen Eigenbedarf und in geringerem Maß an Wanderungsgewinnen zu bemessen" ist, sondern nur die Kategorien "Siedlungsbereich" und bei besonderen Gründen "Gemeinden mit Beschränkung auf Eigenentwicklung". Der bewußte Verzicht des Gesetzgebers auf ein regionalplanerisches Instrument, das zwischen den genannten Regelungen angesiedelt ist, geht darauf zurück, daß die Steuerung der Siedlungsentwicklung in solchen Gemeinden ausschließlich Sache der örtlichen Bauleitplanung ist, weil keine regionalplanerischen Vorgaben notwendig sind.

Zu (e): Kapitel 2.5 (Gemeinden mit Beschränkung auf Eigenentwicklung)

Nach § 8 Abs. 2 Nr. 4 LplG können nur Gemeinden insgesamt und keine Teilorte auf Eigenentwicklung beschränkt werden.

Bis auf die Gemeinden Gomadingen, Riederich und Starzach sind alle im dritten Absatz dieses Kapitels aufgeführten Gemeinden in Kapitel 2.3 mit Siedlungsbereichen ausgewiesen.

Im vierten Absatz des Kapitels 2.3 ist zu den Siedlungsbereichen aufgeführt, daß in diesen Bereichen Bauflächen für den überörtlichen Bedarf ausgewiesen werden sollen.

Somit können diese Gemeinden nicht auf Eigenentwicklung beschränkt werden.

Zu (f): Kapitel 3.1 (Regionale Grünzüge und Grünzäsuren)

Es ist Aufgabe des Regionalverbands, diese Bereiche gebietsscharf abzugrenzen. Den Gemeinden verbleibt genügend Spielraum für Festlegungen im Einzelfall, insbesondere zur parzellenscharfen Abgrenzung im Rahmen der Bauleitplanung unter Beachtung von § 1 Abs. 4 BauGB.

Die Aufgabendelegation an die Gemeinden steht nicht im Einklang mit § 8 Abs. 2 LplG, sie verkehrt die gesetzliche Zuständigkeitsverteilung ins Gegenteil.

Außerdem richtet sich die Notwendigkeit von Umweltverträglichkeitsprüfungen ausschließlich nach den einschlägigen gesetzlichen Regelungen.

Zu (g): Kapitel 3.2.3 (Schutzbedürftige Bereiche für die Forstwirtschaft)

Ziele zur Ausweisung von Bereichen, in denen die forstliche Nutzung Vorrang haben soll, können kein Ziel mit gegensätzlicher Ausrichtung, nämlich der Freihaltung von Aufforstungen, umfassen.

Genehmigung

Hinzu kommt, daß die hier als freizuhaltend beschriebenen Landschaftsbestandteile vielfach weder in sachlicher noch in räumlicher Hinsicht bestimmt oder bestimmbar sind.

Zudem ist die Festsetzung von Nichtaufforstungsgebieten nicht Aufgabe der Regionalverbände, sondern der Gemeinden (vgl. § 25 a des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes in der Fassung vom 20. Mai 1994 (GBl. S. 281)).

Zu (h): Kapitel 3.2.4.1 (Regional bedeutsame Erholungsbereiche und Naherholungsschwerpunkte)

Die Ausweisung von regional bedeutsamen Erholungsbereichen und sogenannten Naherholungsschwerpunkten steht nicht in Einklang mit den einschlägigen raumplanerischen Vorschriften.

Sie umfassen undifferenziert und andere Nutzungen überlagernd den größten Teil der Region; damit ist ausgeschlossen, daß die für Ziele erforderliche Abwägung mit anderen konkurrierenden oder entgegenstehenden Nutzungen zweifelsfrei und sachgerecht erfolgte.

Nr. 3.1.1. der Anordnung des Innenministeriums über die Aufstellung von Regionalplänen fordert, daß der Inhalt der Ziele räumlich und sachlich so konkret sein muß, daß die öffentlichen Planungsträger ihre raumbedeutsamen Vorhaben im Rahmen ihrer Planungszuständigkeit den Zielen anpassen können. Dies bedeutet, daß in räumlicher Hinsicht ein Bezug auf bestimmte oder bestimmbare räumliche Bereiche gegeben sein muß. Ein solcher Bezug ist angesichts der den größten Teil der Region einbeziehenden Ausweisung von regional bedeutsamen Erholungsbereichen in der Raumnutzungskarte nicht erkennbar.

Darüber hinaus überschreitet diese Ausweisung zum einen die durch § 8 Abs. 2 LplG gezogenen Grenzen bezüglich des Inhaltes von Regionalplänen, und zum anderen zielen die ausgewiesenen Naherholungsschwerpunkte auf eine Bündelungs- und Konzentrationswirkung ab und nicht, wie vom Gesetzgeber beabsichtigt, auf den Schutz naturbezogener Nutzungen vor konkurrierenden Nutzungsarten. Überdies sind die schutzbedürftigen Bereiche ein Instrument der Freiraumsicherung; sie sind damit in Siedlungen nicht anwendbar.

Zu (i): Kapitel 3.2.4.2 (Schwerpunkte der Fremdenverkehrsentwicklung)

Die Ausweisung von Schwerpunkten der Fremdenverkehrsentwicklung ist aus den gleichen Gründen, wie in den vorangegangenen Ausführungen zu Kapitel 3.2.4.1 dargestellt, von der Verbindlichkeit auszunehmen.

Zu (j): Kapitel 4.1.1.1 (Schienenpersonenverkehr), 4.1.1.2 (Schienengüterverkehr/kombinierter Verkehr), 4.1.2 (Öffentlicher Personennahverkehr) und 4.1.3 (Straßenverkehr)

Die regionalplanerischen Instrumente gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 8 LplG zur Trassensicherung sind beschränkt auf die Freihaltung der ausgewiesenen Bereiche von konkurrierenden Raumnutzungen derart, daß sachgerechte Realisierungsmöglichkeiten offengehalten werden müssen.

Nicht zulässig sind die Plansätze mit Zielcharakter, die keine Trassensicherung, sondern eine "Förderung" vorsehen oder andere Planungsträger zu sonstigen Maßnahmen anhalten.

Stuttgart, den 28. September 1994

Rainer Brechtken, MdL
Staatssekretär

Genehmigung

Wirtschaftsministerium
Baden-Württemberg
Az.: VII 2423-41/1

Änderung der Genehmigung
des Regionalplans für die Region Neckar-Alb

I. Änderung

1. Abschnitt II. Nr. 1 Buchstabe (e) der Genehmigung des Regionalplans für die Region Neckar-Alb vom 28. September 1994 erhält folgende Fassung:
"im dritten Absatz (Z) in Kapitel 2.5 die Beschränkung der dort genannten Gemeinden auf Eigenentwicklung mit Ausnahme der Gemeinde Riederich,"
2. In der Begründung der Genehmigung, Abschnitt III. zu (a), wird der fünfte Absatz ("Allein das Argument...") gestrichen.
3. Die Verbindlichkeit tritt mit Ablauf der öffentlichen Auslegung ein.

II. Begründung

1. Der Regionalverband Neckar-Alb hat in seinem Regionalplan in Kapitel 2.3 Siedlungsbereiche festgelegt, in denen Wohnbauflächen und/oder gewerbliche Bauflächen für den überörtlichen Bedarf ausgewiesen werden sollen und in Kapitel 2.5 Gemeinden, in denen keine über die Eigenentwicklung hinausgehende Siedlungstätigkeit stattfinden soll.
Mit Ausnahme der Gemeinden Gomadingen, Riederich und Starzach wurden in den Gemeinden mit Beschränkung auf Eigenentwicklung zugleich Siedlungsbereiche ausgewiesen. Bei der Genehmigung des Regionalplans vom 28.9.1994 wurde deshalb die Beschränkung auf Eigenentwicklung für die Gemeinden mit Siedlungsbereichen als Ziel der Raumordnung und Landesplanung von der Verbindlichkeit ausgenommen. Auf Eigenentwicklung beschränkt blieben danach nur die Gemeinden Gomadingen, Riederich und Starzach.
Der Regionalverband hat daraufhin geltend gemacht, die Beschränkung der Gemeinden Gomadingen und Starzach auf Eigenentwicklung sei nicht beabsichtigt gewesen; die Beschränkung auf Eigenentwicklung sollte sich lediglich auf die Ortsteile Dapfen, Marbach, Offenhausen und Wasserstetten der Gemeinde Gomadingen und auf die Ortsteile Börstingen und Sulzau der Gemeinde Starzach erstrecken. Nach Überprüfung der maßgeblichen Unterlagen kann der Wille der Verbandsversammlung entgegen dem Wortlaut in Kapitel 2.5 dahingehend ausgelegt werden, daß lediglich die Gemeinde Riederich auf Eigenentwicklung beschränkt wird.
2. Die Streichung in der Begründung der Genehmigung vom 28. September 1994, Abschnitt III, zu (a), fünfter Absatz, dient der Vermeidung von Mißverständnissen.

Stuttgart, den 21. Juli 1995

Rainer Brechtken, MdL
Staatssekretär